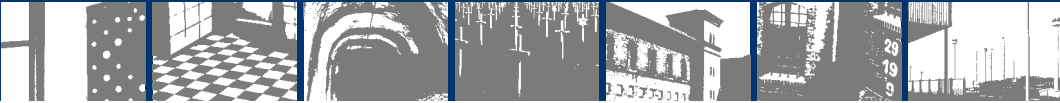




Erinnern!

Aufgabe, Chance, Herausforderung.

1 | 2022



STIFTUNG GEDENKSTÄTTEN SACHSEN-ANHALT

1933

1945

1989

Editorial	1
Die Geschichte der Ukraine – und wie Putin sie verzeichnet Berthold Seewald	3
Krieg in der Ukraine – Historische Vorbedingungen Jannes Bergmann und Dr. Paul Fröhlich im Gespräch mit Dr. Franziska Davies	8
Ansprache des Präsidenten der Ukraine, Wolodymyr Selenskyj, im Deutschen Bundestag Wolodymyr Selenskyj	25
„Die Geschichte des staatlichen politischen Terrors für Russland ist schmerzlich aktuell.“ Zum Verbot von Memorial International in Russland Anke Giesen	30
Filmproduktion „Die Wannseekonferenz“ (2022) Nicolas Bertrand im Gespräch mit dem Drehbuchautor Magnus Vattrodt	38
Die NS-„Volksgemeinschaft“ im Schulbuch der Gegenwart. Eine Bestandsaufnahme aktueller Lehrwerke für den gymnasialen Geschichtsunterricht in Sachsen-Anhalt Etienne Schinkel	50
Von Odense, Dänemark, nach Langenstein-Zwieberge: Ivan Adriansen (1924 – 1945) Therkel Stræde	66
Die Albert-van-Hoeji-Straße: Würdigung eines Überlebenden des KZ-Außenlagers Blankenburg-Oesig Luisa Hulsrøj	79

Aus der Arbeit der Stiftung

Nach dem Ende der Zeitzeugenschaft.

**Zum Tod von Albert van Dijk, dem letzten namentlich bekannten Überlebenden
der Todesmärsche in die Altmark vom April 1945**

Andreas Froese

86

„Tagebuch der Gefühle“

**Veranstaltung anlässlich des Tages des Gedenkens an die Opfer des
Nationalsozialismus am 27. Januar 2022 in Halle (Saale)**

Andreas Dose

91

Rezension

Ivan Ivanji: Corona in Buchenwald, Picus Verlag 2021

Rezensiert von Angela Kolb-Janssen

96

Liebe Leserinnen und Leser,

sollten Sie unseren zweimal jährlich erscheinenden Rundbrief „Erinnern!“ bereits kennen, sind Ihnen beim ersten Durchblättern dieses Heftes vielleicht einige Besonderheiten aufgefallen. Eine markante Neuerung ist auch dieses Editorial. Um Ihnen einen besseren Überblick über die jeweilige Themenauswahl und -abfolge zu ermöglichen, soll es künftig regulär allen Ausgaben vorangestellt werden.

Abgesehen von der neuen Orientierungshilfe haben sowohl die besondere Gestaltung des Mantelteils als auch die Textauswahl mit dem Ukrainekrieg zu tun, der auch aus erinnerungskultureller Sicht eine „Zeitenwende“ markiert. Dass eine diktatorisch verfasste Atommacht ein demokratisches Nachbarland überfällt, um es von der europäischen Landkarte zu tilgen, macht es notwendig, den aus unserer deutschen Geschichte abgeleiteten Imperativ des „Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!“ neu zu denken. Neben Polen, dem Baltikum und Belarus war die Ukraine vor rund 80 Jahren eines der Hauptschauplätze des deutschen Eroberungs- und Vernichtungskrieges im Osten Europas gewesen. Rund acht Millionen Tote und ein nahezu vollständig zerstörtes Land sind eine katastrophale Bilanz, die vielen Deutschen gar nicht bekannt ist.

Aufgrund seiner NS-Vergangenheit hat Deutschland eine besondere Verantwortung gegenüber der Ukraine. Um ihr bei der Verteidigung ihres Existenzrechtes beizustehen, leistet die Bundesrepublik nicht nur umfassende politische und wirtschaftliche Unterstützung, sondern auch militärische Hilfe. Dieser Bruch mit bisherigen Grundsätzen deutscher Politik wird nur dann verständlich und nachvollziehbar, wenn man sich mit der Geschichte des größten europäischen Flächenlandes vertraut macht.

Zusammen mit anderen Gedenkstättenstiftungen und Einrichtungen der demokratischen Erinnerungskultur haben wir uns einem bundesweiten Hilfsnetzwerk angeschlossen, dass in der Ukraine lebende ehemalige NS-Opfer und deren Familien unterstützt. Nähere Angaben dazu finden Sie auf der Rückseite dieses Heftes.

Das Thema „Ukraine“ bildet folglich einen Schwerpunkt der vorliegenden „Erinnern!“-Ausgabe: In seinem Überblicksbeitrag zur Geschichte der Ukraine geht „WELT“-Autor Berthold Seewald auf die Behauptung Putins ein, der sowjetische Staatsgründer Lenin habe dieses Land als „künstliches Gebilde“ erschaffen. Diese These war Bestandteil der Rechtfertigung des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges durch den russischen Präsidenten. In einem ausführlichen Interview für das Portal Militärgeschichte wid-

met sich die Münchner Osteuropa-Expertin Franziska Davies ausführlich den historischen Vorbedingungen des Krieges. Ihr Fokus liegt auf der Geschichte der Ukraine im 20. Jahrhundert und die ukrainische Erinnerungskultur. Worin die schon erwähnte historische Verantwortung Deutschlands gegenüber der Ukraine aus deren Sicht besteht und welche Erwartungen sich damit verbinden, wird anhand der Rede ihres Präsidenten Wolodymyr Selenskyj an das deutsche Volk deutlich. Wir haben deren Wortlaut hier noch einmal dokumentiert.

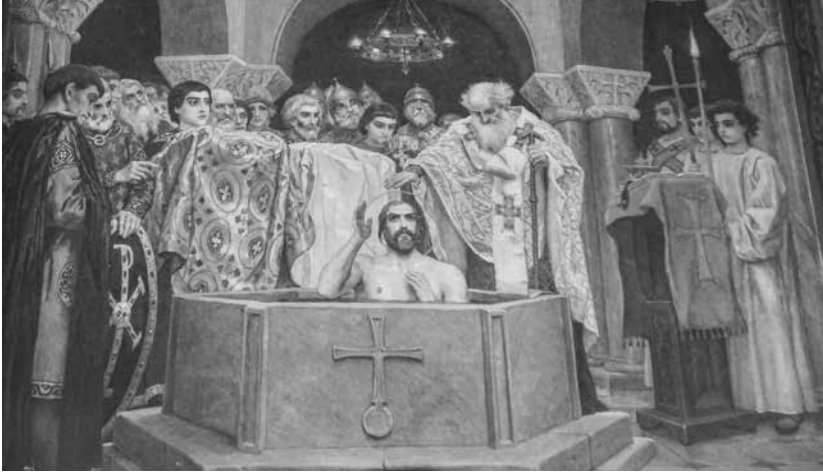
Der Beitrag von Anke Giesen, Vorstandsmitglied von Memorial Deutschland, streift thematisch den Krieg, fokussiert aber auf die zunehmende Repression innerhalb Russlands gegen die oppositionelle Bürgerrechtsbewegung. Beschrieben werden vor allem die Folgen des Verbots der Dachorganisation Memorial International in Russland, die bisher die wichtigste Stimme bei der Aufarbeitung der stalinistisch-kommunistischen Vergangenheit darstellte und nunmehr zum Verstummen gebracht wird.

Die weiteren Hauptbeiträge des Heftes widmen sich unterschiedlichen Formaten der Dokumentation von NS-Verbrechen: Im Interview beantwortet Magnus Vattrodt, Drehbuchautor der preisgekrönten ZDF-Produktion „Die Wannseekonferenz“, Fragen, die die Aufbereitung historischer Inhalte für das Fernsehen betreffen. Etienne Schinkel, Studienrat am Winckelmann-Gymnasium Stendal, widmet sich der Darstellung der NS-„Volksgemeinschaft“ in Lehrbüchern für den Geschichtsunterricht in Sachsen-Anhalt. Therkel Straede, Professor für Zeitgeschichte an der Universität Süddänemark in Odense, erinnert schließlich an das Schicksal von Ivan Adriansen, der 1943 als Mitglied einer in dieser Region agierenden Widerstandsgruppe gegen die deutsche Besatzung gefangen genommen wurde. Über das Konzentrationslager Sachsenhausen landete er schließlich in Langenstein, wo sich die Spur des einzigen hier inhaftierten Dänen verlor.

Das und noch einiges mehr erwartet Sie im aktuellen Heft. Ich wünsche Ihnen eine angenehme und spannende Lektüre.



Dr. Kai Langer
Direktor der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt



Viktor Vasnecov: Die Taufe des Großfürsten Vladimir, Wandgemälde in der Kyjiwer St.-Wolodymyr-Kathedrale

Die Geschichte der Ukraine – und wie Putin sie verzeichnet

Berthold Seewald

Bereits 2021 hat der russische Präsident in einem Aufsatz seine Vision von der „historischen Einheit von Russen und Ukrainern“ beschrieben. Jetzt folgt er diesem Konstrukt, das sich als Zeugnis einer beklemmenden Geschichtsklitterung erweist. In der einstündigen Rede, mit der Wladimir Putin die Anerkennung der russischen Separatisten-Gebiete in der Ostukraine begründete, war viel von Geschichte die Rede. Die einschlägigen Aspekte schöpfte der russische Präsident dabei aus einem Essay, den der Chefhistoriker des Kreml im Sommer 2021 veröffentlicht hat. Sein Name: Wladimir Putin. Der programmatische Titel lautet: „Über die historische Einheit von Russen und Ukrainern“.

Was Putin in seiner Rede stichwortartig als geschichtliche Begründung für seine Ukraine-Politik vorgetragen hat, findet sich in dem Text breit ausgeführt. Von der Kiewer Rus

und ihrer Annahme des Christentums, von den Kosaken des 17. Jahrhunderts und ihrem Vertrag mit dem Zaren, von der Eingliederung „Neu-Russlands“ ins Zarenreich und den Verträgen während und nach dem Ersten Weltkrieg. Das Fazit von Putins Essay lautet: „Russen und Ukrainer sind ein Volk“, denn „sowohl Russen als auch Ukrainer und Weißrussen sind die Erben des alten Russland, das der größte Staat in Europa war“. Um das zu beweisen, liefert Putin mehrere Lektionen in russischer Geschichtspolitik. Es beginnt mit der Rurik-Dynastie, die im 9. Jahrhundert „slawische und andere Stämme in einem riesigen Gebiet“ – von Nowgorod bis Kiew – vereint habe. Damit blendet er jedoch die entscheidende Frage aus: Wer waren die Rurikiden?

Die altrussische Nestor-Chronik gibt darauf eine klare Antwort. Es handelte sich um Leute aus dem Land jenseits des Meeres, die Rus genannt wurden. Das Wort wurde (wahrscheinlich) als „Ruotsi“ (= Ruderer) abgeleitet, mit dem finnische Küstenvölker die Seeräuber jenseits des Schärenmeers bezeichneten, die Waräger. Diese schwedischen Nordleute drangen in die weitverzweigten Flussnetze Russlands ein, zogen ihre leichten Boote über die schmalen Wasserscheiden und errichteten ein riesiges Tribut-Imperium. Ihre Zentren wurden Nowgorod und Kiew, von wo aus sie intensiven Handel mit Byzanz und der arabischen Welt führten.

Nicht zuletzt militärischer Druck sorgte dafür, dass Großfürst Wladimir eine Prinzessin aus Konstantinopel zur Frau erhielt und sich im Gegenzug 988 christlich taufen ließ – nach orthodoxem Ritus. Während Putin die in Russland als „normannistische These“ verrufene Gründungsgeschichte der Kiewer Rus re-nationalisiert, legt er großen Wert auf das Bekenntnis zur Orthodoxie. Denn damit findet er die entscheidende Klammer für seine These von der historischen Einheit.

Unbestreitbar ist, dass die Fürsten der Kiewer Rus und ihr Gefolge in ihren Untertanen aufgingen und die Eroberung durch die Mongolen ihre Fürstentümer im Reich der Goldenen Horde verschwinden ließ. Die Ukraine wurde das, was ihr Name bedeutet: Grenzland. Während die Russen unter Moskauer Führung nach zwei Jahrhunderten die mongolische Herrschaft abwarfen, etablierte sich im Süden das Osmanische Reich und im Westen Polen-Litauen als neue Großmacht. Jeder neue Krieg zwischen ihnen verschob die Grenzen in der Ukraine.

Putins nächste Lektion ist den Kosaken gewidmet. Dabei handelte es sich um entflohene Bauern und andere, die sich dem staatlichen oder adligem Druck im Norden entziehen wollten und zwischen Dnjepr und Don wehrhafte Gemeinschaften bildeten,

die unter der Führung eines Hetman standen. Einer von ihnen war Bohdan Chmelnyzkyj, der sich 1654 mit einem Bündnisangebot an den Zaren Aleksei I. wandte. Im Abkommen von Perejaslaw schwor das Heer der Dnjepr-Kosaken und die Bevölkerung von Kiew und anderer Städte dem Zaren ihre Treue – für Putin ein entscheidender Schritt zur Vereinigung der orthodoxen Brudervölker.

Allerdings stand Chmelnyzkyj nur einem unter mehreren Kosakenstaaten vor. Andere suchten Unterstützung beim Osmanischen Reich und den mit ihnen verbündeten Krimtataren, wieder andere bei Polen-Litauen. Vor allem waren diese Bündnisse nie auf Dauer angelegt, sondern folgten der Maxime, dass der Nachbar deines Feindes dein Freund sei. Das zeigte sich, als der Hetman Mazepa während des Großen Nordischen Krieges (1700 bis 1721) versuchte, im Bündnis mit Schweden die russische Oberhoheit abzuschütteln. Zuletzt scheiterte ein solcher Versuch 1775 unter Katharina der Großen.

Putin folgert aus dem Eid der Kosaken, dass sich ihr Gros längst als Russen und Anhänger der Orthodoxie verstanden habe. Daher sei es quasi ein Selbstläufer gewesen, dass Russen und die Bewohner der Ukraine „auf der Grundlage des gemeinsamen Glaubens und der kulturellen Traditionen“ zusammenwuchsen. Aus Ukrainern wurden „Kleinrussen“, die sich – so Putin – derselben Literatursprache bedienten, die in der Ukraine allenfalls von Elementen der Volkssprache bereichert wurde. Dafür wird ausgerechnet ein orthodoxer Kirchenfürst als Autorität zitiert, wobei unerwähnt bleibt, dass sich die Kirchensprache tatsächlich nicht unterschied.

Religion und Sprache sind für Putin die Fundamente der gemeinsamen Geschichte. Dass „Neurussland“, wie weite Gebiete der heutigen Ostukraine genannt wurden, Ergebnisse von militärischen Eroberungen sind, blendet der Kreml-Herr aus. Vor allem unter der Zarin Katharina II. der Großen, wurden die riesigen Territorien im Süden dem Reich einverleibt. 1783 wurde das Khanat der Krimtataren annektiert. In den drei Teilungen, die Polen-Litauen Ende des 18. Jahrhunderts von der Landkarte tilgten, gewann das Zarenreich weite Gebiete der Adelsrepublik, während Österreich mit Galizien den Westen um Lemberg (Lwiw) einstrich.

Wie komplex die Situation war, illustriert die Parteinahme viele Ukrainer während der polnischen Aufstände im 19. Jahrhundert. So fiel es den Habsburger Behörden leicht, ihre ukrainischen Untertanen gegen die Revolutionäre zu mobilisieren, weil sie lieber unter der milden Herrschaft Wiens als unter der Knute polnischer Magnaten leben

wollten. Der Antagonismus zwischen Österreichern und Polen hat viel zur Bildung einer ukrainischen Nation beigetragen. Sie formierte sich eben nicht im Anschluss an das russische Brudervolk, sondern erkannte ihre Eigenständigkeit im Gegensatz zu den Nachbarn, auch Russland.

Dass das Zarenreich dies mit aller Macht zu verhindern suchte, zeigen die Russifizierungskampagnen, zumal unter Alexander III. (reg. 1881 bis 1894), den Putin gern als sein großes historisches Vorbild preist. Allerdings gelang es den Mitgliedern der ukrainischen Intelligenzija nicht, eine nationale Massenbewegung zu entfachen. „Trotz aller Restriktionen und Verbote entstand zumindest bei gesellschaftlichen Trägerschichten ein ukrainisches Sonderbewusstsein, was vor allen Dingen eine vollständige, irreversible Angleichung an das Russentum verhinderte“, schreibt die Potsdamer Historikerin Kerstin S. Jobst in ihrer „Geschichte der Ukraine“. „Dass die Ukrainer keine Russen wurden, frappt auch heute noch den einen oder die andere.“

Selbst Putin scheint das bei der Abfassung seines Traktats erkannt zu haben, konstatiert er doch die Existenz von ukrainischen Nationalisten, die es doch eigentlich nicht geben dürfte, wenn es doch angeblich keine ukrainische Nation gab. Den Ausweg bieten – wie im Fall der Kosaken – einzelne Gruppen oder Institutionen, die in der Ukraine beheimatet waren und von dort aus an eine gesamtrussische Identität appellierten.

Eines dieser Gebilde war die Sowjetrepublik Donez-Kriwoi Rog, die sich im Februar 1918 in der Ostukraine um Charkow (Charkiw) gegründet hatte. Sie verstand sich als Gegenstück zur Ukrainischen Volksrepublik (UNR), die im Monat zuvor in Kiew entstanden war. Während die UNR den „Brotfrieden“ mit den Mittelmächten schloss, wollte die Sowjetrepublik Deutschen und Österreichern den Griff nach den Industrieregionen im Osten des Landes verwehren. Verkompliziert wurde die Situation durch den Bürgerkrieg in Russland, in dem Lenin und die Bolschewiki gegen weiße Generäle, auswärtige Mächte und die Milizen verschiedener Nationalitäten des zerfallenden Zarenreichs kämpften.

1918 besetzten die Armeen der Mittelmächte weite Teile der Ukraine. Nach ihrem Abzug rückten Truppen des restituierten Polen in weite Teile des Landes ein und machten die UNR zum Juniorpartner im Krieg gegen die Moskauer Sowjetmacht. Ein Dutzend Mal wechselte Kiew in dieser Zeit den Besitzer, Millionen Menschen verloren in diesem Konflikt jeder gegen jeden ihr Leben. Schließlich gelang es Polen im „Wunder an der

Weichsel“ 1920, die Gegenoffensive der Roten Armee zu stoppen. Im Frieden von Riga verzichtete Warschau auf den östlichen Teil der Ukraine.

Ausführlich lässt sich Putin über das Schicksal der Sowjetrepublik Donez-Kriwoi Rog aus. Ihre Bitte um Aufnahme wurde von Lenin abschlägig beschieden. Er verstand die UNR bzw. die ihr nachfolgende Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik als Partner bei der Gründung der Sowjetunion. Damit wollte Lenin sein altes Versprechen einlösen, die Völker Russlands aus ihrem Völkergefängnis zu befreien.

Bei Putin liest sich das anders: „In der Verfassung der UdSSR von 1924 wurde das Recht auf freien Austritt der Republiken aus der Union eingeführt. Damit wurde die gefährlichste ‚Zeitbombe‘ im Fundament unserer Staatlichkeit gelegt.“ Damit macht der Präsident einmal mehr deutlich, welche politische Vision ihm vor Augen steht: nicht die untergegangene Sowjetunion, sondern das Zarenreich, das sich als Imperium aller orthodoxen ostslawischen Völker verstand. Nicht das Völkerrecht, vertragliche gesicherte Grenzen und das Bekenntnis zu einer Nation, sondern Traditionen, historische Besitzstände und Konstruktionen sollen die russische Politik der Gegenwart bestimmen.



„Euromajdan“ – Blick auf den Kyjiwer Unabhängigkeitsplatz (Majdan Nezalezhnosti) während der „Revolution der Würde“, Januar 2014

Krieg in der Ukraine – Historische Vorbedingungen¹

Jannes Bergmann und Dr. Paul Fröhlich im Gespräch mit Dr. Franziska Davies

Der völkerrechtswidrige russische Angriffskrieg gegen die Ukraine dauert inzwischen mehr als drei Wochen an und der weitere Fortgang und das Ende sind nach wie vor unbestimmt. Gewiss kann es angesichts der Quellenlage nicht Aufgabe der Militärgeschichte sein, sich dem Krieg als historischem Objekt zu nähern und exemplarisch das operative Geschehen zu analysieren. Aber dennoch ist es möglich, diese schon jetzt klare Zäsur in der europäischen Geschichte vor dem Hintergrund historischer (Dis-)Kontinuitäten zu betrachten und damit auch Ausblicke auf potentielle Entwicklungen zu gewähren. Hierzu befragen wir im zweiten Teil der Themenreihe „Krieg in der Ukraine“ Dr. Franziska Davies vom Lehrstuhl für Osteuropäische Geschichte am Historischen Seminar der LMU München. Zu ihren Forschungsschwerpunkten gehört die moderne Geschichte Russlands, der Ukraine und Polens. In ihrem gemeinsam

mit Katja Makhotina verfassten und demnächst erscheinenden Buch „Offene Wunden Osteuropas“ setzt sie sich mit der deutschen Erinnerungskultur zum Vernichtungskrieg im östlichen Europa auseinander – also die perfekte Gesprächspartnerin, um die historischen Vorbedingungen des Krieges näher zu beleuchten.

Liebe Frau Davies, Sie beschäftigen sich schon seit dem Beginn Ihres Studiums mit osteuropäischer Geschichte und waren als Gastwissenschaftlerin in Warschau, Moskau und St. Petersburg. Wie überrascht waren Sie von dem Beginn des Angriffskrieges am 24. Februar?

Mir war klar, dass dies eine Möglichkeit war. Mit einem Angriff habe ich gerechnet, dass er so umfassend sein würde, hat mich dann doch sehr erschreckt. Mit der Beschießung von westukrainischen Städten habe ich z.B. nicht gerechnet und auch nicht mit dem massiven Angriff auf Kyiv. Dass Putin grundsätzlich zu so etwas fähig ist, daran hatte ich keinen Zweifel, schließlich hat er Ähnliches bereits mehrfach getan, in Tschetschenien und in Syrien. Dass er die Ukraine verachtet und sie zugleich als Teil Russlands begreift, war auch klar. Aber ich hatte gehofft, dass das politische Risiko für ihn persönlich, das mit einem Totalangriff auf einen Nachbarstaat der Europäischen Union einhergeht, ihn von diesem abhält. Aber offenbar geht er davon aus, dass er seine imperiale Vision eines Großrusslands mit radikaler Gewalt umsetzen kann und hat ein System geschaffen, das es ihm erlaubt, in seiner eigenen Wirklichkeit zu leben. Das ist vermutlich auch der Grund, warum er sowohl den Zustand der eigenen Armee als auch die Widerstandsbereitschaft und -fähigkeit der Ukrainer:innen völlig falsch eingeschätzt hat.

Putin spricht der Ukraine ihre staatliche Eigenständigkeit ab und behauptet das Land wäre ein in der Sowjetunion unter russischer Führung geschaffener Staat. Dabei liegen die Ursprünge des ukrainischen Nationalismus viel weiter zurück und für dessen Entwicklung spielten gerade auch Kriege immer wieder eine wichtige Rolle. Wo genau liegen die Anfänge des ukrainischen Staates und wie hat Russland in der Vergangenheit auf nationale Bestrebungen in der Ukraine reagiert?

Zu dieser Frage vorab: Was Putin über ukrainische Geschichte zu sagen hat, ist natürlich falsch. Es besteht aber auch eine gewisse Gefahr darin, sich überhaupt auf sein Spiel einzulassen, dass die Souveränität eines Staates von seiner Geschichte abhängt. Aus

gutem Grund ist das durch das Völkerrecht geregelt und nicht durch die Interpretation der Vergangenheit. Tatsächlich aber fallen die Ursprünge eines modernen ukrainischen Staates in den Zeitraum von 1917 bis 1921. Mit dem Zerfall der beiden osteuropäischen Imperien der Habsburger und der Romanovs im Zuge des Ersten Weltkrieges schien es erstmals möglich, einen unabhängigen ukrainischen Staat zu verwirklichen. Von der Oktoberrevolution 1917 bis zur Gründung der Sowjetunion war die heutige Ukraine dann Schauplatz vielerlei Kriege, wobei die Grenzen zwischen Staatsgründungskriegen, Revolutionskriegen und imperialen Expansionskriegen ineinander übergingen. Hier zeigt sich, dass der Erste Weltkrieg in Osteuropa 1918 nicht vorbei war. Im vormaligen Ostgalizien, mit Lwiw als Zentrum, wurde 1918 die Westukrainische Volksrepublik ausgerufen. Dieses Territorium beanspruchte aber auch der wiedergegründete polnische Staat für sich und er ging aus dem folgenden polnisch-ukrainischen Krieg letztlich siegreich hervor. In der Zentral- und Ostukraine waren die Fronten noch unübersichtlicher. Nach der Machtübernahme durch die Bolschewiki erklärte sich die Ukraine 1917 als Ukrainische Volksrepublik unabhängig, aber die Bolschewiki akzeptierten das nicht. Trotz der Abgrenzung von ihren zaristischen Vorgängern und ihrem vermeintlichen Bekenntnis zum Selbstbestimmungsrecht der Völker waren den neuen Machthabern großrussische imperiale Ansprüche keineswegs fremd. Auch Deutschland versuchte 1918 kurzzeitig einen ukrainischen Marionettenstaat zu errichten. Zugleich gab es aber auch Versuche von ukrainischen Anführern, eine unabhängige Ukraine zu errichten, etwa durch Symon Petljura, der sich für kurze Zeit als Präsident etablieren konnte. Verkürzt kann man sagen, dass die Staatsgründungsversuche an der Roten Armee und der polnischen Armee scheiterten. Aber anders als es Putin suggeriert, kamen diese Staatsgründungsversuche natürlich nicht aus dem Nichts. Auch wenn die Sowjetunion für die Definition der Grenzen der Ukraine (aber eben auch Russlands) eine wichtige Rolle spielte, so war das trotzdem eine Reaktion auf die unübersehbare Stärke des ukrainischen Nationalismus. Der wiederum hatte seine Ursprünge im frühen 19. Jahrhundert und damit ist die Ukraine Regel- und nicht Sonderfall der europäischen Geschichte. Für die ukrainische Nationalbewegung war außerdem das kosakische Hetmanat in der Zentralukraine in der Frühen Neuzeit ein wichtiger Bezugspunkt, weil man damit einen proto-staatlichen Verband hatte, der als Vorläufer ukrainischer Staatlichkeit interpretiert werden konnte. Der Kosaken-Mythos ist bis heute sehr wichtig. Was die russischen Reaktionen auf ukrainische nationale Ideen angeht, so gibt es hier frappierende Kontinuitäten. Zunächst einmal

hat das Einheitsparadigma, wonach Russ:innen und Ukrainer:innen ein Volk seien, auch eine Geschichte. Seinen Ursprung hat es in der Regierungszeit des konservativen Zaren Nikolaus I., der mit der Formel von „Autokratie, Orthodoxie und *Narodnost*“ (so etwas wie „Volkstümlichkeit“) versuchte, eine großrussische Identität zu stärken. Auf ukrainische Artikulationen von Eigenständigkeit – auch wenn diese sich auf Sprache, Geschichte und Kultur bezogen und nicht auf einen eigenen Staat – reagierte das russische Reich mit großer Ablehnung und Repressionen, besonders etwa ab der Mitte des 19. Jahrhunderts. Aus seiner Sicht waren „Kleinrussen“ (Ukrainer) nur als regionale Variante der eigenen Nation akzeptabel, wobei das oft einherging mit einem abfälligen Blick. Das ukrainische nationale Projekt wurde als Bedrohung Russlands gesehen und das sowohl in Bezug auf das Imperium als auch auf Entwürfe einer russischen Nation. Es ist für Russland bis heute nicht klar, wo die russische Nation endet, Imperium und Nation sind untrennbar miteinander verbunden und nirgendwo zeigt sich das so deutlich wie in der Beziehung zur Ukraine. Ein eindrückliches Beispiel für die anti-ukrainische Politik des Zarenreiches sind die Dekrete von Innenminister Pjotr Valuev im Jahr 1863. Mit diesen wurden viele Publikationen in ukrainischer Sprache verboten, aber zugleich hieß es „eine kleinrussische (d.h. ukrainische) Sprache gab es nicht, gibt es nicht und wird es nicht geben“. Er leugnete also die Existenz des Ukrainischen, verbot aber zugleich dessen schriftlichen Gebrauch. Dieses Paradox sehen wir bis heute in der russischen Propaganda: Einerseits gibt es die Ukraine angeblich nicht, zugleich sind Ukrainer:innen „Faschisten“ und „Banditen“. Im Unterschied zum Zarenreich erkannte die Sowjetunion die Existenz einer ukrainischen Nationalität explizit an und gründete die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik. In den 1920er Jahren sehen wir dann in der ganzen Sowjetunion eine Nationalitätenpolitik, die nationale Sprachen und Institutionen förderte. Die Idee war, dadurch Moskau loyale Kader zu schaffen – „National in der Form, sozialistisch im Inhalt“ war die Formel. In den 1930er Jahren unter Stalin kam es dann aber zur Reaktivierung des russischen Nationalismus. Dass Russland an der Spitze der inoffiziellen Hierarchie der sowjetischen Republiken stand, war von nun an klar. In den 1930er Jahren sehen wir dann eine Terrorpolitik gegen vermeintliche anti-sowjetische Nationalisten: in der Ukraine, aber auch in Belarus und anderen Regionen. In gewisser Weise vereinen sich in Putins Politik die schlimmsten Traditionen des Zarenreiches und der Sowjetunion: der imperial-chauvinistische Blick auf die Ukraine mit der Bereitschaft zur brachialen Gewalt.

Auf Revolution und Gegenrevolution nach dem Ersten Weltkrieg, auf den Holodomor und die „bloodlands“ in den Dreißiger- und Vierzigerjahren, die Millionen Menschen das Leben kosteten, folgte für die Ukraine als Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik eine jahrzehntelang währende Phase vermeintlicher Stabilität. Was waren die Hauptgründe für die Unabhängigkeitsbestrebungen, die 1991 zur Souveränität führten?

Besonders in der Westukraine war die Identifikation mit der Sowjetunion nicht sehr stark ausgeprägt. Die Kämpfe der Ukrainischen Aufständischen Armee (UPA) gegen die Sowjets gingen bis in die 1950er Jahre weiter, erst dann gelang es der Sowjetunion die Region mit Gewalt zu „pazifizieren“. Für die Unabhängigkeit gab es vor allem zwei Gründe: Vor allem sowjetisch-ukrainische Dissident:innen sahen das asymmetrische Machtverhältnis zwischen der Ukraine und Russland sehr deutlich und artikulierten dies auch, besonders im „Tauwetter“ in den 1960er Jahren. Die Abgrenzung zu Russland blieb auch unter den Bedingungen der Diktatur erhalten. Insofern waren die Forderungen nach Unabhängigkeit von Moskau, die nicht nur von den Eliten artikuliert wurden, in der späten Sowjetunion auch Ergebnis eines eigenen ukrainischen kulturellen Gedächtnisses. Auch im vermeintlich sowjettreuen Donbas gab es ab 1989 einen von Industriearbeitern getragenen massiven Widerstand gegen das Moskauer Zentrum, der schließlich auch bei ihnen zur Forderung nach Unabhängigkeit führte. Das Besondere an der ukrainischen Unabhängigkeitserklärung im August 1991 war dann, dass es hier erstmals auch Kommunisten waren, die die Unabhängigkeit unterstützten. Das hatte auch damit zu tun, dass Moskau den ukrainischen Parteiapparat etwa seit Beginn der 1980er Jahre vernachlässigt hatte. Denn nach den russischen waren die Funktionäre der Sowjetukraine die einflussreichsten gewesen, sie konnten in Moskau Karriere machen trotz der kulturellen und sprachlichen Marginalisierung der Ukrainer:innen. Ende 1991 bestätigte dann die ukrainische Bevölkerung in einem Referendum den Wunsch nach Unabhängigkeit. Die Mehrheiten zeigten aber auch starke regionale Unterschiede: Im Westen war die Zustimmung ausgesprochen hoch, am niedrigsten dagegen auf der Krim, wo sie knapp über 50 Prozent lag. Auch die Hoffnung von vielen, dass die Unabhängigkeit eine neue Phase der ökonomischen Verbesserungen einleiten würde, erfüllte sich nicht. Zugleich muss man sagen, dass die Politiker:innen (oft zugleich Oligarch:innen) in Kyiv sich nicht darum verdient machten, gerade die Krim und den Donbas besser zu integrieren. Das ist ein Grund,



Teilnehmende einer Studienfahrt der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt vor der Gedenkmemora zur Erinnerung an die jüdischen Opfer des Massakers von Babyn Jar, Kyjiw im November 2018

warum es dort in unterschiedlichem Maße Zustimmung zu Russlands Einmarsch 2014 gegeben hat. Die Eskalation hin zum Krieg im Donbas ist aber ganz erheblich auf das russische Eingreifen zurückzuführen.

In den Medien und politischen Reden wird immer wieder das Bild einer „gespaltenen“ Ukraine mit einem eher nationalistischen, westlich orientierten Westen und einem eher Russland zugewandten Osten bemüht. Wie realitätsnah ist dieses Bild und hat der Krieg hier vielleicht zu einem stärkeren gesamtukrainischen Gemeinschaftsgefühl geführt?

Dieses sehr schematische und unterkomplexe Ost-West-Modell begleitet die Ukraine seit der Unabhängigkeit im Jahr 1991. Es ist natürlich richtig, dass es große Unterschiede innerhalb des Landes gibt, aber das Ost-West-Modell greift viel zu kurz. Präziser wäre es, von starken regionalen Identitäten zu sprechen, die aber eine gleichzeitige Identifizierung mit der Gesamtukraine nicht ausschließen. Und schließlich darf man auch die konsolidierende Wirkung der Unabhängigkeit nicht unterschätzen. Immer mehr Menschen haben die Sowjetunion gar nicht mehr bewusst miterlebt.

Besonders 2013/14 war ich sehr frustriert darüber, wie oft man dieses Ost-West-Schema in Deutschland gehört hat – oft übrigens vorgetragen von Leuten, die sich vorher noch nie mit der Ukraine beschäftigt hatten, nun aber zu wissen glaubten, dass das Land unüberwindbar gespalten sei. Denn dabei wurde ein ganz entscheidender Aspekt der „Revolution der Würde“ übersehen: Auf dem Majdan artikuliert sich in aller Deutlichkeit eine neue Vision der Ukraine als einer Staatsbürgernation, die sich über ein gemeinsames Bekenntnis zu Freiheit, Unabhängigkeit und Rechtsstaatlichkeit definiert – unabhängig von Sprache und regionaler Herkunft. Daran konnten auch die radikalen Nationalisten, die es auf dem Majdan auch gab, nichts ändern. Diese Vision wurde nicht von allen Landesteilen gleich stark mitgetragen, in den östlichen und südöstlichen Regionen war sie schwächer ausgeprägt als in der Zentral- und Westukraine, aber auch dort gab es besonders unter den jungen Menschen Majdan-Anhänger:innen. Es handelte sich damit auch um eine Emanzipationsleistung der ukrainischen Bevölkerung, deren Politiker:innen oft versucht hatten, durch das Schüren erinnerungskultureller Gegensätze die eigene Anhängerschaft zu mobilisieren. Das Ausland hielt also noch an dem lieb gewonnen Ost-West-Schema fest, als sich die Ukraine gerade in einem fundamentalen Wandel befand. Dann hat Putin mit seinem ersten Angriff auf die Ukraine auf der Krim und im Donbas 2014 entscheidend dazu beigetragen, dass viele derjenigen, die den Vorgängen auf dem Majdan bisher skeptisch gegenübergestanden hatten, sich nun viel stärker mit der Gesamtukraine identifizierten und sich von Russland abwandten. Erst jetzt bildeten sich eindeutige Mehrheiten für einen EU- und NATO-Beitritt. Durch seinen Totalangriff hat Putin nun auch die letzten Sympathien für Russland in den östlichen und zentralen Regionen weggebombt. Die Ukraine ist geeint wie nie zuvor in ihrer Geschichte. Das hat Putin nicht verstanden, weil er tatsächlich davon überzeugt ist, dass Ukrainer:innen minderwertig und nicht staatsfähig sind. Und weil er nicht an Gesellschaften als Akteure glaubt. Aus westlicher Perspektive finde ich es erschütternd, dass viele die Ukraine erst jetzt als „echte“ Nation ansehen, wo Ukrainer:innen massenhaft für ihr Land sterben oder es verlassen müssen. Das ist ein solches Armutszeugnis.

Die Heroisierung von Stepan Bandera und der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) bzw. der Ukrainischen Aufständischen Armee (UPA) ist nicht nur im Ausland stark umstritten. Auch in der Ukraine selbst hat es zuletzt Initiativen um

eine differenziertere Betrachtungsweise gegeben. Was ist der Grund für die große Popularität Banderas trotz des Wissens um seine Rolle im Zweiten Weltkrieg und wer sind hier die wichtigsten Diskursakteure?

Radikale ukrainische Nationalist:innen und Neo-Nazisten, besonders in der Westukraine, verehren ihn, weil sie tatsächlich seine Vision einer ethnisch homogenen ukrainischen Nation teilen, die sich besonders gegen Jüdinnen und Juden und gegen Russland richtet. Diese Tradition eines radikalen ukrainischen Nationalismus gibt es durchaus noch. Das ist aber eine Minderheit – auch in der Westukraine. Es ist immer noch sehr verbreitet in der populären Erinnerungskultur, die Verbrechen der OUN und der UPA an der polnischen und jüdischen Bevölkerung einfach auszublenden, man sieht sie nur als antisowjetische Freiheitskämpfer:innen. Das ist für jüdische Ukrainer:innen und für den polnischen Nachbarn natürlich ein Schlag ins Gesicht und völlig inakzeptabel. In westukrainischen Städten überall die Denkmäler für Menschen zu sehen, die sich an der deutschen Politik der Ausrottung beteiligten, ist schon sehr deprimierend. Gleichzeitig waren es aber auch gerade ukrainische Wissenschaftler:innen, die sich um die Erforschung des Holocaust in der Ukraine in den letzten Jahrzehnten verdient gemacht haben und dabei auch die unbequemen Fragen nach der Zusammenarbeit mit den Deutschen nicht ausgeblendet haben. Seit der Unabhängigkeit gibt es eine wachsende Zahl von Holocaust-Museen und Denkmälern für die jüdische Bevölkerung in der ganzen Ukraine. Denn bei aller berechtigten Kritik an der ukrainischen Erinnerungskultur darf man eines nicht vergessen: Erst seit der Unabhängigkeit und der demokratischen Konsolidierung kann das Leiden der jüdischen Bevölkerung in der Ukraine überhaupt offen thematisiert werden und wird von staatlicher Seite offiziell anerkannt. In der Sowjetunion wurde der Holocaust dagegen in hohem Maße marginalisiert. Freilich gibt es auch hochproblematische Tendenzen etwa die „Dekommunisierungsgesetze“ von Präsident Petro Poroschenko im Mai 2014. Eines davon besagte, dass man den Beitrag von OUN und UPA zur Unabhängigkeit würdigen muss. Diese staatlichen Vorgaben zur Geschichtsschreibung dürfen selbstverständlich nicht sein. Zugleich sieht man jetzt wie sehr sich ukrainische Nationsentwürfe seit dem Zweiten Weltkrieg gewandelt haben: Hätte man einem Juden in Ostgalizien in den 1930er Jahren gesagt, dass eines Tages ein Jude zum Anführer und Held der gesamten Ukraine werden würde, er hätte es wahrscheinlich nicht geglaubt.

Wir sehen momentan eine große Hilfsbereitschaft und Unterstützung in den übrigen europäischen Ländern, insbesondere auch im angrenzenden Polen. Dabei hat es in der Geschichte der polnisch-ukrainischen Beziehungen gerade im 20. Jahrhundert häufig ethnische und nationalistische Spannungen und Konflikte gegeben. Welche Auswirkungen hat der Krieg auf das Verhältnis der Ukrainer zu ihren Nachbarvölkern?

Die Geschichte der polnisch-ukrainischen Aussöhnung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wäre in der Tat ein Thema für ein ganzes Buch. Auch in Polen gab es ja lange einen imperialen Blick auf die Ukrainer:innen, sie galten als unterlegene Variante der eigenen Nation. Der polnisch-ukrainische Krieg nach dem Ersten Weltkrieg belastete die Beziehungen enorm. Der polnische Staat der Zwischenkriegszeit diskriminierte die ukrainische Bevölkerung, Ukrainer verübten ihrerseits Terroranschläge auf Regierungsvertreter. Grausamer Höhepunkt waren dann die ethnischen Säuberungen der polnischen Bevölkerung in Wolhynien und Teilen Ostgaliziens im Zweiten Weltkrieg, ausgeführt vor allem von der UPA, bei denen zwischen 70 000 und 100 000 polnische Zivilist:innen starben. Die Polnische Heimatarmee verübte ihrerseits entsetzliche Racheakte, bei denen mehr als 10 000 Ukrainer:innen getötet wurden. Die „Massaker von Wolhynien“ sind bis heute der größte erinnerungskulturelle Konflikt zwischen der Ukraine und Polen. Zugleich kann man etwa ab den 1980er Jahren eine stetige Annäherung beobachten. In Lwiw z.B. entstanden in dieser Zeit Projekte, um die polnischen Erinnerungsorte der Stadt zu pflegen, und in der Untergrundpresse in Polen wurde eine Aussöhnung mit dem Nachbarn gefordert. Und seit die Ukraine sich zunehmend von Russland emanzipiert, sehen die Pol:innen im Nachbarland das eigene Schicksal wiederholt: Ein übermächtiger Nachbar versucht, die eigene Staatlichkeit zu zerstören. Das hat jetzt offenbar höhere Priorität als die Vergangenheit. Schon während der „Orangen Revolution“ und dem Majdan 2013/14 war die Solidarität in Polen viel stärker ausgeprägt als etwa in Deutschland. Das und die enorme Hilfsbereitschaft heute werden die Ukrainer:innen nicht vergessen, da bin ich mir sicher. Eine ähnliche Welle der Solidarität lässt sich bei praktisch allen anderen Nachbarn der Ukraine beobachten – mit Ausnahme von Belarus, wobei es hier der Diktator Lukaschenko ist, der den Krieg gegen die Ukraine unterstützt und nicht die Bevölkerung, die ihre Sympathien für die Ukraine auf Grund des staatlichen Terrors nur unter großer Gefahr äußern kann.

Dass der Krieg in der Ukraine lang bestandene sicherheitspolitische Konzepte in wenigen Tagen gestürzt hat, dürfte inzwischen außer Frage stehen. Wie auch immer sich der Krieg entwickeln wird: Welchen Einfluss wird er auf die osteuropäischen Staaten in der Zukunft haben? Werden für ihr Sicherheitsempfinden die bestehenden Verbindungen zur NATO und zur EU ausreichend sein? Und welche Verantwortung sehen Sie für Deutschland?

Was wohl vorbei sein wird, ist die herablassende Haltung gegenüber den Regierungen Ostmitteleuropas durch die westlichen EU-Staaten. Schließlich warnen Polen und die baltischen Staaten seit Jahren davor, dass eine reale Expansionsgefahr von Putins Russland ausgeht. Dass es Bomben auf Kyiv gebraucht hat, bis diese Erkenntnis sich mehrheitlich durchsetzt, ist sehr bitter. Die NATO und auch die Europäische Union werden vermutlich gestärkt werden, weil jetzt klar geworden ist, dass eben auch Wehrhaftigkeit zur Demokratie gehört – ein Zusammenhang, der gerade in Deutschland lange nicht gesehen wurde. Gegenüber der Ukraine gibt es sehr viel wiedergutzumachen. Der teilweise sehr Putin-freundliche Diskurs hierzulande ist wahrgenommen worden, die lange Verweigerung von Waffenlieferungen hat gerade im Angesicht der Tatsache, dass Deutschland die Ukraine im Zweiten Weltkrieg mit einer grausamen Vernichtungspolitik überzogen hat, viele entsetzt. Ein Beitritt der Ukraine zur Europäischen Union muss jetzt das Ziel sein, auch wenn das eine große Herausforderung sein wird. Deutschland muss das und die Aufnahme von ukrainischen Flüchtlingen unterstützen. Ein EU-Beitritt sollte dann auch einhergehen mit der Zusicherung militärischen Beistands. Die Waffenlieferungen der EU sind ein Schritt in die richtige Richtung. Außerdem muss Deutschland so schnell wie möglich den Import von russischem Gas stoppen. Bis dahin muss aber jetzt schon die Nord-Stream-1 Pipeline lahmgelegt werden. Das würde Russland zwingen, das Gas zumindest wieder über die Ukraine zu transportieren. Nur Sanktionen, die auch uns etwas kosten, werden der Ukraine helfen. Grundsätzlich würde ich mir für Deutschland eine ernsthafte Auseinandersetzung mit der bisherigen Russland-Politik und der Haltung gegenüber den Staaten Ostmitteleuropas wünschen. Der deutsche Umgang mit Russland hat sich spätestens jetzt als schwerer Fehler erwiesen. Das betrifft natürlich die Abhängigkeit von russischen Rohstoffen, aber auch insgesamt die bisher weit verbreitete Bereitschaft, bei Putins Verbrechen wegzuschauen und weiterhin mit seinem Regime Geld zu verdienen und Floskeln von „Dialog auf Augenhöhe“, „neuer Ostpolitik“ etc. zu wieder-

holen. Das betrifft freilich nicht nur Deutschland, sondern den gesamten „Westen“, der an Putins Ausbau eines von (Ex-)Geheimdienstlern getragenen Staatskapitalismus mitverdient hat. Die Rolle Großbritanniens ist hier besonders unrühmlich. Jahrzehntelang bot der Finanzstandort London russischen Oligarch:innen optimale Bedingungen für Geldwäsche und den Transfer ihres erbeuteten Eigentums auf europäische Konten. Die Geschichte Russlands der vergangenen Jahrzehnte ist auch die Geschichte eines enthemmten globalen Finanzkapitalismus. Darüber muss gesprochen werden, nicht nur in Bezug auf Russland, sondern insgesamt in Hinblick auf den Umgang mit diktatorischen Regimen in der Welt. Gerade in Deutschland spielte in Bezug auf Russland aber auch eine verquere Romantisierung des Landes eine Rolle. Selbstverständlich ist es wichtig, dass wir langfristig das Ziel eines friedlichen Zusammenlebens mit Russland weiter verfolgen – aber nicht auf dem Rücken der Ukrainer:innen.

Besonders in Deutschland hat mich erschreckt, wie selbstverständlich viele in Politik und Gesellschaft die Nationen Ostmitteleuropas als Verschiebemasse zwischen Russland und dem „Westen“ angesehen haben. Das haben Vertreter:innen aller Parteien gemacht, mit Ausnahme der Grünen. Die Menschen in Ostmitteleuropa haben auch das Recht auf Selbstbestimmung und Sicherheit. Es ist geschichtsvergessen, wenn gerade die Linke diese Position zu großen Teilen mitträgt. Die vermeintlichen Anti-Imperialisten stellen sich damit in eine Tradition deutschen imperialen Denkens, dessen schlimmste Folgen sich im Zweiten Weltkrieg gezeigt haben. Die außenpolitische Linie Deutschlands gegenüber Russland in den letzten Jahren hat unglaublich viel Vertrauen in Ostmitteleuropa zerstört. Sich dieses Vertrauen wieder zu erarbeiten, ist eine Aufgabe für die Politik. Wenn jetzt immer noch Leute über die angebliche Bedrohung Russlands durch die NATO und die berechtigten „Sicherheitsinteressen“ Moskaus reden, haben sie den Kern des Problems nicht verstanden. Wir wissen, dass Putin der Ukraine das Existenzrecht abspricht, ihre Staatlichkeit als historischen Fehler begreift und sie als Teil Russlands sieht. Er hat das mehrfach explizit geäußert. Die Geschichte hat gezeigt, dass man die Phantasmen von Diktatoren durchaus ernst nehmen sollte. Wie man im Angesicht eines imperial-chauvinistischen Angriffskrieges auf eine friedliche Demokratie davor immer noch die Augen verschließen kann, ist mir wirklich ein Rätsel.



Kerze des Gedächtnisses – Denkmal für die Opfer des Holodomor 1932/33, Kyjiw

Im Zuge des Krieges ist bereits mehrfach der Begriff Genozid gefallen. Zuerst von Putin, der im Vorfeld des Einmarschs von einem „Genozid“ im Osten der Ukraine sprach und zuletzt durch den ukrainischen Präsidenten Selenskyj, der Russland u. a. im Zusammenhang mit den Angriffen auf zivile Einrichtungen einen „Genozid“ vorwarf. Welche Bedeutung hat dieser Begriff in der Ukraine, insbesondere vor dem Hintergrund des Holodomor als Teil der ukrainischen Geschichte/Erinnerungskultur?

Der Genozid-Vorwurf Putins war unglaublich perfide. Zum einen entbehrte er selbstverständlich jeder Grundlage: Russischsprachige Ukrainer:innen genießen viel mehr Freiheiten und Rechte als die Menschen in Russland. Zum anderen missbrauchte Putin das tiefste Trauma der Ukrainer:innen in ihrer Geschichte, den von Ihnen angesprochenen Holodomor, die von Stalin herbeigeführte Hungersnot zu Beginn der 1930er Jahre u. a. in der Sowjetukraine, die etwa vier Millionen Menschen dort das Leben kostete. In der Geschichtswissenschaft ist umstritten, ob es sich hierbei um einen Genozid gehandelt hat, da es die Hungersnöte auch in anderen Teilen der Sowjetunion – u. a. in Kasachstan – gab und es unterschiedliche Ansichten dazu gibt,

ob Stalin wirklich die systematische (Teil-)Auslöschung der ukrainischen Bevölkerung anstrebte. Völlig klar ist aber, dass es ihm darum ging, die ukrainische Nation zu brechen, deswegen gab es in dieser Zeit auch massenhaften Terror gegen ukrainische Eliten, die als „Nationalisten“ dämonisiert wurden. Für den heutigen Zusammenhang sind diese akademischen Diskussionen aber letztlich irrelevant, entscheidend ist, dass im ukrainischen Diskurs „Holodomor“ und „Genozid“ untrennbar miteinander verbunden sind. Putin warf den Ukrainer:innen also ausgerechnet ein Verbrechen vor, dessen Opfer sie in der Vergangenheit selbst geworden waren und dessen Täter damals in Moskau saßen.

Aber Putins Genozid-Vorwurf richtete sich auch an das heimische Publikum. In den letzten Jahren wurde in Russland versucht, die deutsche NS-Besatzungspolitik gegenüber der slawischen Bevölkerung unter dem Begriff „Genozid“ zu fassen. Also versuchte Putin offenbar, den Angriff auf die Ukraine als Fortsetzung des antifaschistischen Kampfes der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg zu legitimieren, deswegen auch die Lüge der „Denazifizierung“. Was die Genozid-Vorwürfe von Selenskyj angeht: ich kann diese im Angesicht der russischen Kriegsverbrechen an der Zivilbevölkerung absolut nachvollziehen und halte es auch unter den jetzigen Umständen nicht für angemessen, Ukrainer:innen, die das jetzt aus gutem Grund so empfinden, das ausreden zu wollen. Es ist ihr Erleben und das gilt es erst einmal zu respektieren. Aus wissenschaftlicher Perspektive fällt mir die Antwort schwer. Es geht in jedem Fall um die Vernichtung ukrainischer Staatlichkeit und mindestens um die maximale Unterordnung einer gebrochenen ukrainischen Nation unter Moskau. Das schließt Terror gegen ukrainische Eliten und die Ermordung von Zivilist:innen ein. Aber die komplette Auslöschung aller Ukrainer:innen wie sie etwa Hitler in Bezug auf das europäische Judentum anstrebte, sehe ich derzeit nicht. Aber man kann nicht ausschließen, dass es zu genozidalen Massenerschießungen kommt, wie wir sie während des Bosnienkrieges in Srebrenica erlebt haben. Das Gewaltpotenzial dafür hätte Putin. Wenn man jetzt Berichte liest über zerstörte Dörfer, in denen russische Soldaten ukrainische Zivilist:innen auf offener Straße erschießen – das erinnert schon stark an das deutsche Besatzungsregime im östlichen Europa während des Zweiten Weltkrieges.

Mit der Orangen Revolution 2004 und dem Euromajdan 2013/14 gab es in der Ukraine in jüngster Vergangenheit zwei Ereignisse, bei denen durch Proteste der

Bevölkerung letztendlich eine Stärkung der demokratischen Strukturen herbeigeführt wurde – direkt an der Grenze zum autoritären russischen Regierungssystem. Welche Rolle spielt die politische Entwicklung der Ukraine für Putins Entschluss zur Invasion?

Das halte ich für ganz zentral. Oft hört man, dass der NATO-Gipfel von 2008 entscheidend gewesen sei für Putins Ukraine-Obsession. Tatsächlich ist die Orange Revolution von 2004 sein ukrainisches Trauma. Zum einen, weil hier durch Massenproteste eine gefälschte Wahl annulliert werden musste und sich die demokratische Konsolidierung der Ukraine zeigte, zum anderen, weil mit Viktor Juschtschenko zum ersten Mal ein Kandidat erfolgreich war, der ganz eindeutig die Emanzipation von Moskau anstrebte. Beides ist für Putin inakzeptabel: Die Ukraine darf weder wirklich demokratisch noch selbstständig sein. Der Majdan 2013/14 verstärkte seine Angst noch, weil diesmal mit Viktor Janukowitsch ein Präsident gestürzt wurde, der viele Ähnlichkeiten zu Putin selbst aufwies: Ein Kleptokrat und ein Machthaber, der durch Repressionen regierte. Der Widerstand der eigenen Bevölkerung – das ist Putins Urangst. Er fürchtete wohl, dass die Menschen in Russland sich an den Ukrainer:innen ein Beispiel nehmen könnten, deswegen auch diese extreme Anti-Majdan und Anti-Ukraine Propaganda in den russischen Staatsmedien seit 2013/14. Der Angriff auf die Krim und den Donbas war der Versuch, die Ukraine dauerhaft zu destabilisieren und sich stets ein Einfallstor bereit zu halten, um die Situation bei Bedarf zu eskalieren. Gerade bei der Krim kam aber noch ein weiterer Faktor hinzu: Putin war für seine Verhältnisse zu diesem Zeitpunkt nicht sonderlich beliebt, er wollte mit der vermeintlichen „Wiedervereinigung“ der Krim mit Russland auch die eigene Position stärken. Damit war er zumindest mittelfristig auch erfolgreich. Selbst viel Liberale stimmten in den patriotischen Chor ein: „Krim nasch!“ (Die Krim gehört uns). Auch das übrigens ein erprobtes Muster: Den Zweiten Tschetschenienkrieg (1999–2009) begann Putin, um sich als entschiedener Kämpfer gegen „Terroristen“ zu inszenieren. Vieles spricht dafür, dass die Attentate auf Moskauer Wohnhäuser, die mehrere hundert Menschen das Leben kosteten und als Vorwand für den Krieg dienten, vom russischen Inlandsgeheimdienst FSB inszeniert wurden. Vielleicht hat er gedacht, der zweite Angriff gegen die Ukraine würde ihn abermals stabilisieren, aber da hat er sich verschätzt. Außerdem kann man sehen, wie er sich immer mehr in seine Vorstellungen eines imperialen Großrusslands hineingesteigert hat, zuletzt in seinem

Aufsatz über die „Historische Einheit von Russen und Ukrainern“ im Sommer des vergangenen Jahres.

Ein „imperial overstretch“ – also eine Überforderung der materiellen und personellen Ressourcen – wurde Putins Russland in den vergangenen Jahren schon häufiger prophezeit. Hat der Krieg eine letzte Phase des Abstiegs eingeläutet oder ist er nur ein weiterer Schritt auf Putins historischer Mission, die ehemaligen Sowjetrepubliken wieder unter der Führung Moskaus zu vereinen?

Ich vermute eher, dass es der Beginn von Putins Abstieg ist – der aber kann sich natürlich lange hinziehen. Langfristig denke und hoffe ich, wird die Ukraine gewinnen, moralisch hat sie es schon längst. Die Frage ist aber, wie viele Menschen sterben werden, wie viele Städte zerstört werden und wieviel Zeit vergehen wird, bis die Ukraine siegt. An diesem Punkt ist natürlich nichts mehr auszuschließen, aber einen Angriff auf das Baltikum oder Polen halte ich trotzdem für eher unwahrscheinlich. Nicht nur, weil es den NATO-Bündnisfall auslösen würde, sondern auch, weil Putins imperiale Obsessionen sich bisher auf die Ukraine fokussieren. Klar gibt es Propagandist:innen in den russischen Staatsmedien, die über einen Angriff auf NATO-Staaten phantasieren, aber entscheidend ist letztlich Putin. Was den Widerstand der russischen Bevölkerung angeht, da bin ich leider eher skeptisch. Es gibt diese sehr, sehr mutigen Menschen, die gegen das Regime und den Krieg protestieren und auch die nationalistische Euphorie, die die Eroberung der Krim ausgelöst hat, bleibt aus. Aber Putin hat in den letzten Jahrzehnten die russische Zivilgesellschaft eben systematisch zerstört, in den letzten Tagen dann die letzten freien Medien ausgeschaltet. Und Teile der Gesellschaft tragen diesen Krieg mit. Trotzdem können Massenproteste eine ganz eigene Dynamik entwickeln, wenn sich genug Menschen anstecken lassen. Es müssen so viele sein, dass der Staat sie schlicht nicht mehr alle einsperren lassen kann. Das oder ein Palast-Coup könnte Putin stürzen. Wie groß die Chance für letzteres ist, vermag ich nicht zu sagen. Eine langfristige Besatzung der Ukraine durch Russland wird nicht funktionieren, der Widerstand ist einfach viel zu groß und man darf nicht vergessen, dass Besatzer und Besetzte miteinander kommunizieren können. Die Ressourcen, die man für eine solche Besatzung bräuchte, stehen Putin nicht zur Verfügung.

Auch wenn es angesichts der noch laufenden Ereignisse sehr spekulativ ist: Wäre im Hinblick auf die Realität der politischen Nachkriegsordnung eine wie auch immer geartete Teilung des Landes eine mögliche Option?

Es ist keine Option, die wir akzeptieren dürfen. Wenn ich jetzt aus Deutschland Vorschläge höre, dass es dann eben ein pro-russisches Regime zumindest in Teilen der Ukraine geben soll, immerhin sei der Krieg dann vorbei, werde ich aus zwei Gründen wütend: Erstens wird damit suggeriert, dass dann das Sterben vorbei ist, das wird aber nicht der Fall sein. Die historische Forschung hat gezeigt, dass Besatzungsregime in aller Regel Gewalt ausüben und es ist kein russisches Besatzungsregime vorstellbar, in dem das nicht auch geschieht. Die Invasion wurde begleitet und vorbereitet von einer schrillen, hasserfüllten Propaganda gegen Ukrainer:innen, sie seien „Faschisten“ und „Banditen“. In einer besetzten Ukraine werden Putin und seine Handlanger entscheiden, wer „Faschist“ ist. Diese Menschen werden eingesperrt werden, verschwinden oder werden getötet. Das Gesundheitssystem und die Lebensmittelversorgung brechen bereits zusammen und das wird weitere Menschenleben kosten. Der zu erwartende Widerstand der Ukrainer:innen wird für die russische Besatzung der Vorwand sein, um ihren Terror gegen die Zivilbevölkerung fortzusetzen. Berichte über Listen mit Politiker:innen, Künstler:innen, ethnischen Minderheiten und LGBTQI-Aktivist:innen, die verfolgt werden sollen, halte ich für absolut glaubhaft. Das folgt dem *playbook*, das bereits im Donbas und auf der Krim eingesetzt wurde. In den derzeit besetzten Städten Melitopol und Mariupol geht es auch schon los. Es geht Putin um die Zerstörung des Rückgrats der ukrainischen Nation. Wenn es ihm um die NATO ginge, wäre der Krieg schon vorbei. Für den „Westen“ wäre ein Besatzungsregime natürlich bequemer, dann werden wir nicht mehr mit Bildern von zerbombten Häusern belästigt und können genauso wegsehen wie wir es bereits auf der Krim getan haben. Wer hat sich denn hier noch für die verschwundenen und ermordeten Krimtatar:innen interessiert? Zweitens sind solche Vorschläge realitätsfremd und deswegen wundert es mich nicht, dass diese vor allem von Personen kommen, die sich weder mit der Ukraine noch mit Russland auskennen. Die Ukrainer:innen werden das nicht akzeptieren, sie werden massiv dagegen kämpfen und oberste Priorität muss jetzt sein, sie bei diesem Kampf zu unterstützen – militärisch, finanziell, durch Zusammenarbeit mit den Geheimdiensten – und nicht vom sicheren Deutschland aus über Teilungspläne zu spekulieren. Wir müssen ihre Verhandlungsposition stärken und das können wir nur, wenn

unser Bekenntnis zu einer freien Ukraine ganz eindeutig ist. Nur wenn Putin merkt, dass er militärisch einfach nicht weiterkommt, wird er sich auf Verhandlungen einlassen und dann ist es an der Ukraine zu entscheiden, was sie akzeptiert. Es kann sein, dass die Regierung die russische Herrschaft über die Krim anerkennt sowie die Unabhängigkeit der Pseudo-Volksrepubliken und eine NATO-Mitgliedschaft ausschließt. Ob das dauerhaft so bleibt, wird man dann sehen. Aber es bedeutet nicht, dass der „Westen“ das dann auch machen muss. Hier sollten wir ein langes Gedächtnis haben und die Krim und den Donbas weiter als Teil des ukrainischen Staatsterritoriums anerkennen und Sanktionen gegen Russland aufrechterhalten. Tatsächlich habe ich in den letzten Tagen gedacht, dass eine Re-Ukrainisierung der Krim mittelfristig vielleicht sogar wahrscheinlicher geworden ist. Wenn Putin tatsächlich stürzen sollte, ist nicht ausgeschlossen, dass Desintegrationsprozesse in Russland einsetzen. In Tschetschenien gibt es de facto bereits einen Staat im Staate und dessen Herrscher, Ramsan Kadyrow, ist Putin und nicht Russland gegenüber loyal. Aus der Geschichte wissen wir, dass beim Zusammenbruch politischer Ordnungen neue Formationen entstehen können, die vorher unwahrscheinlich erschienen. Unabhängigkeitsbewegungen in Tatarstan oder Baschkirien könnten erstarken, Russland könnte ins Chaos stürzen. Und dann ist eine Wiedereingliederung der Krim in eine demokratische Ukraine für die Bevölkerung dort vielleicht plötzlich gar keine so schlechte Option mehr. Die Versöhnung mit der restlichen Ukraine wird dann allerdings eine große Herausforderung sein.

Anmerkung

- 1 Bergmann, Jannes / Fröhlich, Paul: Interview mit Dr. Franziska Davies. II. Teil: Krieg in der Ukraine – Historische Vorbedingungen, in: Portal Militärgeschichte, hrsg. vom Arbeitskreis Militärgeschichte e.V., 18. März 2022, online unter https://portal-militaergeschichte.de/bergmann_froehlich_interview_davies [Stand vom 22.05.2022].



Am 17. März 2022 forderte der Präsident der Ukraine, Wolodymyr Selenskyj, in einer 20-minütigen Ansprache vor dem Deutschen Bundestag die Bundesregierung zu einer Ausweitung der bis dahin erfolgten Unterstützung auf.

Ansprache des Präsidenten der Ukraine, Wolodymyr Selenskyj, im Deutschen Bundestag¹

Sehr geehrte Frau Vorsitzende Göring-Eckardt,
sehr geehrter Herr Bundeskanzler Scholz,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,
liebe Gäste, Anwesende, Journalistinnen und Journalisten,
sehr geehrtes deutsches Volk!

Ich wende mich an Sie nach drei Wochen der groß angelegten Invasion der russischen Truppen in die Ukraine. Nach acht Jahren des Krieges im Osten meines Landes, im Donbass.

Ich wende mich an Sie, während Russland unsere Städte bombardiert und dabei alles zerstört, was in der Ukraine existiert. Alles. Wohnhäuser, Krankenhäuser, Schulen, Kirchen. Alles. Mit Raketen, Fliegerbomben, Raketenartillerie.

In diesen drei Wochen sind sehr viele Ukrainer gestorben, Tausende. Die Besatzer haben 108 Kinder getötet. Mitten in Europa, bei uns, im Jahre 2022.

Ich wende mich an Sie nach zahlreichen Treffen, Verhandlungen, Erklärungen und Bitten, nach Schritten zur Unterstützung, welche... [Pause] zum Teil verspätet kamen. Nach Sanktionen, die offensichtlich nicht ausreichen, um diesen Krieg zu stoppen. Und nachdem wir gesehen haben, wie viele Verbindungen Ihre Unternehmen weiterhin mit Russland unterhalten – mit einem Staat, welcher Sie und noch manche anderen Staaten einfach benutzt, um den Krieg zu finanzieren.

In den drei Wochen des Krieges um unser Leben, um unsere Freiheit, konnten wir uns von dem überzeugen, was wir bereits früher spürten und was Sie sicherlich bislang noch nicht alle bemerken.

Aber Sie scheinen sich wieder hinter einer Mauer zu befinden. Ja, es ist nicht die Berliner Mauer, aber eine Mauer mitten in Europa, zwischen Freiheit und Unfreiheit. Und diese Mauer wird immer stärker, mit jeder Bombe, die auf unseren Boden, auf die Ukraine, fällt. Mit jeder Entscheidung, die nicht getroffen wird für den Frieden. Die nicht getroffen wird, obwohl sie helfen könnte.

Wann ist dies geschehen?

Sehr geehrte Politikerinnen und Politiker,
sehr geehrtes deutsches Volk!

Wie ist das möglich? Als wir Ihnen sagten, dass die Nord Stream-Leitungen Waffen sind und der Vorbereitung auf einen großen Krieg dienen, hörten wir die Antwort: „Es geht hier aber um die Wirtschaft, Wirtschaft, Wirtschaft“. Doch das war der Zement für eine neue Mauer.

Als wir Sie fragten, was die Ukraine tun muss, um NATO-Mitglied zu werden, in Sicherheit zu sein, Sicherheitsgarantien zu erhalten, hörten wir die Antwort: „Eine derartige Entscheidung liegt bislang nicht auf dem Tisch und es wird sie in nächster Zeit auch nicht geben.“ Und es gibt auch keinen Platz für uns an diesem Tisch.

Genauso zögern Sie nun bei der Frage nach dem Beitritt der Ukraine zur Europäischen Union. Offen gesagt: Für manche ist es Politik. Doch in Wahrheit sind es Steine. Steine für eine neue Mauer.

Als wir um präventive Sanktionen baten, wandten wir uns an Europa, wandten wir uns an viele Staaten, wandten wir uns an Sie. Sanktionen, die so ausgestaltet sind, dass der Aggressor spürt, dass Sie eine Kraft darstellen. Und wir sahen ein Hinauszögern.

Wir verspürten einen Widerstand. Wir haben verstanden, dass Sie die „Wirtschaft, Wirtschaft, Wirtschaft“ fortführen wollen.

Derzeit sind die Handelsbeziehungen zwischen Ihnen und dem Staat, welcher erneut einen brutalen Krieg nach Europa brachte, der Stacheldraht über der Mauer. Über der neuen Mauer, die Europa spaltet.

Und Sie sehen nicht, was sich hinter dieser Mauer befindet. Doch sie steht zwischen uns, zwischen den Menschen in Europa. Und dadurch verspüren nicht alle in vollem Maße, was gerade wir heute durchleben.

Ich wende mich an Sie im Namen aller Ukrainer. Sie sprachen gerade von Mariupol. Also wende ich mich an Sie im Namen der Bewohner von Mariupol, im Namen der friedlichen Bewohner der Stadt, welche die russischen Truppen eingekesselt haben und einfach dem Erdboden gleich machen. Einfach alles vernichten, was sich dort befindet. Alles und alle, die sich dort befinden. Hunderttausende Menschen befinden sich rund um die Uhr unter Beschuss. Ohne Nahrung, den ganzen Tag ohne Wasser, den ganzen Tag ohne Strom, den ganzen Tag ohne Telekommunikation. Wochenlang. Die russischen Truppen unterscheiden nicht, wo Zivilpersonen sind und wo Soldaten sind, wo zivile Objekte sind. Sie halten alles für eine Zielscheibe.

Das Theater, in dem Hunderte Menschen Zuflucht fanden und das gestern zerstört wurde, eine Geburtsklinik, ein Kinderkrankenhaus, Wohnviertel ohne jegliche militärische Objekte – sie zerstören alles. Rund um die Uhr. Und sie lassen keine einzige humanitäre Lieferung in unsere blockierte Stadt durch. Seit fünf Tagen stellen die russischen Truppen den Beschuss nicht ein, absichtlich, um die Rettung unserer Menschen nicht zuzulassen.

Sie könnten all das sehen, wenn Sie sich über diese Mauer erheben würden.

Wenn Sie sich daran erinnern, was für Sie die Berliner Luftbrücke bedeutete, die umgesetzt werden konnte, weil der Himmel sicher war. Sie wurden nicht vom Himmel aus getötet, so wie es jetzt in unserem Land geschieht, wo wir nicht einmal eine Luftbrücke umsetzen können! Wenn vom Himmel nur russische Raketen und Fliegerbomben kommen.

Ich wende mich an Sie im Namen der älteren Ukrainer, der vielen, die den Zweiten Weltkrieg überlebt haben, die sich während der Besatzung vor 80 Jahren retten konnten. Derjenigen, die Babyn Jar überlebt haben.

Babyn Jar, wohin Präsident Steinmeier im vergangenen Jahr reiste. Ich war ihm sehr

dankbar. Er kam zum 80. Jahrestag der Tragödie. Dort schlugen nun russische Raketen ein. Gerade an diesem Ort. Sie töteten eine Familie, die auf dem Weg nach Babyn Jar war, um das Denkmal zu besuchen. Sie töteten erneut – nach 80 Jahren.

Ich wende mich an Sie im Namen aller, die hörten, wie Politiker jedes Jahr beteuern: „Nie wieder!“ Und die gesehen haben, dass diese Worte nichts wert sind. Denn erneut versucht man in Europa, ein ganzes Volk zu vernichten. Alles zu vernichten, dank dem wir leben. Und wofür wir leben.

Ich wende mich an Sie im Namen unserer Soldaten, derjenigen, die unser Land verteidigen, und dementsprechend auch die Werte, von denen häufig gesprochen wird – überall in Europa, auch bei Ihnen.

Freiheit und Gleichheit. Die Möglichkeit, frei zu leben. Ohne sich einem fremden Staat zu unterwerfen, welcher fremden Boden für seinen eigenen „Lebensraum“ hält. Warum verteidigen sie all das ohne Ihre Führungsstärke? Ohne Ihre Kraft? Warum stellte sich heraus, dass Staaten in Übersee uns näher sind als Sie?

Weil es eine Mauer gibt. Eine Mauer, die manche nicht bemerken. Doch es ist eine Mauer, gegen die wir rennen. Während wir kämpfen, um unser Volk zu erhalten.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Sehr geehrtes deutsches Volk!

Mein Dank gilt allen, die uns unterstützen. Ich danke Ihnen. Den einfachen Deutschen, die von ganzem Herzen Ukrainern in Ihrem Land helfen. Journalistinnen und Journalisten, die ehrlich ihre Arbeit verrichten und all das Böse zeigen, das Russland über uns gebracht hat. Ich danke denjenigen deutschen Unternehmen, die Moral und Menschlichkeit über die Buchhaltung stellten. Über die „Wirtschaft, Wirtschaft, Wirtschaft“.

Und ich danke den Politikern, die sich dennoch bemühen. Die sich bemühen, diese Mauer zu durchbrechen. Die sich zwischen russischem Geld und dem Tod ukrainischer Kinder für das Leben entscheiden. Die eine Verschärfung der Sanktionen gegen Russland unterstützen. Eine Verschärfung, die uns Frieden garantieren könnte. Frieden für die Ukraine. Frieden für Europa. Die nicht zögern bei der Frage, ob Russland aus SWIFT ausgeschlossen werden soll.

Die wissen, dass ein Handelsembargo gegen Russland nötig ist. Gegen die Einfuhr von dort von allem, was diesen Krieg finanziert. Die wissen, dass die Ukraine Teil der EU sein wird. Denn die Ukraine ist bereits europäischer als viele andere.

Ich danke allen, die sich über jegliche Mauern erheben. Und denjenigen, die wissen, dass auf den Stärkeren auch mehr Verantwortung lastet, wenn es um die Rettung von Menschen geht.

Es ist schwer für uns, ohne die Hilfe der Welt zu bestehen. Ohne Ihre Hilfe. Es ist schwer, die Ukraine zu verteidigen, Europa zu verteidigen. Ohne das, was Sie tun können. Was Sie tun können, um nicht auch nach diesem Krieg beschämt zurückzublicken ... Nachdem Charkiw zerstört wurde. Zum zweiten Mal, nach 80 Jahren. Nachdem Tschernihiw, Sumy und der Donbass zerbombt wurden. Zum zweiten Mal, nach 80 Jahren. Nachdem Tausende von Menschen gefoltert und getötet wurden. Zum zweiten Mal, nach 80 Jahren. Denn was bedeutet sonst die historische Verantwortung für das, was vor 80 Jahren geschah, was bis heute gegenüber dem ukrainischen Volk nicht gesühnt wurde?

Und jetzt, damit keine neue entsteht – hinter einer neuen Mauer – und die wieder gesühnt werden müsste.

Ich wende mich an Sie und erinnere daran, was nötig ist und ohne was Europa nicht überleben und seine Werte nicht bewahren kann.

Der ehemalige Schauspieler und Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Ronald Reagan, sagte einmal in Berlin: „Tear down this wall!“ [„Reißen Sie diese Mauer nieder!“]

Nun möchte ich Ihnen sagen:

Herr Bundeskanzler Scholz! Reißen Sie diese Mauer nieder!

Geben Sie Deutschland die Führung, die es verdient, und auf die Ihre Nachfahren nur stolz sein können.

Unterstützen Sie uns.

Unterstützen Sie den Frieden.

Unterstützen Sie jeden Ukrainer.

Stoppen Sie den Krieg!

Helfen Sie uns, ihn zu stoppen!

Slawa Ukrajini! [Es lebe die Ukraine!]

Anmerkung

- 1 <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw11-de-selenskyj-rede-deutsch-884872>
[Stand vom 17.05.2022].



„Wir sind Memorial“ – Kampagnenmotiv von Memorial International

„Die Geschichte des staatlichen politischen Terrors für Russland ist schmerzlich aktuell.“¹

Zum Verbot von Memorial International in Russland

Anke Giesen

Der Name der Menschenrechtsorganisation „Memorial“ ist eng verbunden mit dem ihres prominenten Gründungsvorsitzenden Andrej Sacharov (1921 – 1989), des sowjetischen Dissidenten und Friedensnobelpreisträgers. Memorial entstand gegen Ende der Sowjetunion. 1989 als unabhängige Bewegung in Moskau gegründet, aus der regionale Ableger im ganzen Land hervorgingen, setzte sie sich für eine umfassende Aufarbeitung der sowjetischen Staatsverbrechen ein. 1991 wurde Memorial als erste staatlich anerkannte Nichtregierungsorganisation in der UdSSR registriert. Seit

den 1990er Jahren bildeten sich auch in anderen europäischen Ländern Memorial-Gruppen, darunter in Deutschland.

Am 28. Dezember 2021 verfügte das Oberste Gericht der Russländischen Föderation die Auflösung des Dachverbands Memorial International und einen Tag darauf auch die des gleichnamigen Menschenrechtszentrums in Moskau. Die offizielle Begründung für das faktische Organisationsverbot lautete, Memorial International habe gegen das Gesetz über „Ausländische Agenten“ verstoßen. So hätte man in den Publikationen nicht ausreichend kenntlich gemacht, dass man „in der Funktion eines ausländischen Agenten“ auftrete.²

Memorial International selbst widersprach dieser Darstellung. Irina Ščerbakova, Mitbegründerin der Organisation und u. a. Leiterin ihres Bildungsprogramms, bezeichnete die Anklage als „absurd, lächerlich und rein politisch motiviert“.³ Auch international stieß das juristische Vorgehen Russlands gegen die renommierte Organisation auf scharfe Kritik. Die deutsch-russische Diskussionsplattform Petersburger Dialog bezeichnete die Kooperation mit Memorial als ein „Herzstück deutsch-russischer zivilgesellschaftlicher Zusammenarbeit“. Die Auflösung der Organisation käme daher „eine[r] Zäsur auch in der deutsch-russischen Zusammenarbeit“ gleich.⁴ Der Verband der Historikerinnen und Historiker Deutschlands appellierte an die Bundesregierung und die Europäische Union, „sich mit aller Kraft für den Schutz von Memorial einzusetzen“.⁵

Der weltweite Protest erzielte jedoch keinerlei Wirkung. Seit dem 28.02.2022, der Tag, an dem das Urteil im Rahmen des sich anschließenden Berufungsverfahrens bestätigt wurde, befindet sich Memorial International als Organisation im Liquidationsverfahren.

Wer die Presseberichterstattung zum Prozess der Zwangsliquidation von Memorial International verfolgt hat, wurde immer wieder auch mit der Frage nach deren Gründen konfrontiert. Sowohl von den betroffenen Mitarbeitern von Memorial International als auch von Beobachtern aus Medien und Wissenschaft hört man dazu mehrere Hypothesen. So führen sie zum einen innenpolitische Gründe an, verweisen zum anderen aber auch auf außenpolitische Motive.

Mit ziemlicher Sicherheit lässt sich aber sagen, dass ein Motiv für die Schließung der internationalen Dachorganisation in deren abweichendem Geschichtsbild begründet liegt. So werden von Seiten der russischen Regierung erhebliche Anstrengungen

unternommen, sowohl in Bildungskontexten als auch in den Medien die Geschichte Russlands als eine Abfolge triumphaler Ereignisse darzustellen, die von überragenden Führungspersonlichkeiten herbeigeführt wurden. Neben Monarchen wie Iwan IV.⁶, der die Mongolen besiegte, Peter I., der Russland europäisierte und Katharina II., die das Reich vergrößerte, stellt in dieser Reihe vor allem Stalin mit dem Sieg über den Faschismus im „Großen Vaterländischen Krieg“ und der Ausweitung der Einflussosphäre auf das östliche Europa eine zentrale Figur dar. Ziel dieses Geschichtsbildes ist dabei die positive Identifikation der Bürger mit ihrem mächtigen Staat und der daraus resultierende Aufbau nationalen Stolzes. Im Vorfeld des Einmarschs in die Ukraine am 24.02.2022 haben sich die Anstrengungen, mit denen dieses Geschichtsbild propagiert wird, nochmals um ein Vielfaches erhöht.

Die Memorialorganisationen, die die sowjetischen Staatsverbrechen weiter aufzuklären suchen, entwerfen zu dieser Geschichtsdarstellung ein Gegenbild, in dem insbesondere Stalin als zentraler Initiator des Aufbaus eines Staatsapparats, der Millionen Bürgern nach dem Leben oder ihrer Freiheit trachtete, diametral anders bewertet wird. Ein solcher Blick auf die Geschichte Russlands lässt keine vordergründige Identifikation zu, sondern fordert zur Reflexion auf, wie man sich als Bürger Russlands zu dieser Geschichte positioniert. Wie schwer sich offizielle Organe des russischen Staates bis heute tun, auch diesen Teil der Geschichte akzeptieren zu können, wurde auch in der Gerichtsverhandlung am 28. Dezember deutlich, die mit dem Urteil zur Zwangsauflösung endete: So wurde Memorial im Verlauf des Prozesses vorgeworfen, „Lügen über die UdSSR“ zu verbreiten und sie als „Terror-Staat“ darzustellen.⁷

Trotz aller Konzentration auf heroische historische Narrative unterbindet der russische Staat jedoch zum jetzigen Zeitpunkt die Beschäftigung mit der sowjetischen Repressionsgeschichte nicht vollends. So wurden bisher Gedenkfriedhöfe und Gedenkstätten für die Opfer der Repressionen nach wie vor gepflegt, in regionalen Museen die jeweiligen örtlichen Vorgänge thematisiert, an Universitäten und in Archiven – wenn auch in kleinem Rahmen – dazu geforscht. Es fällt jedoch auf, dass der Fokus dabei bisher ausschließlich auf den Repressionsopfern lag und der Staatsapparat, der zur Umsetzung des Terrors aufgebaut wurde, sowie die Personen, die die Entscheidungen fällten, praktisch ausgespart blieben. Zudem wird deutlich, dass die zuständigen Behörden bisher bestrebt waren, die mit der Repressionsgeschichte verbundenen Initiativen in einem organisatorischen Rahmen zu halten, der für sie kontrollierbar blieb. Denn so

nur so konnte das Überschreiten etwaiger „roter Linien“ jederzeit unterbunden werden. Unter diesem Aspekt stellt eine zivilgesellschaftliche Organisation wie Memorial, die zudem durch ihre ausländische Förderung weitestgehend von russischen Geldtöpfen unabhängig ist, einen unkalkulierbaren Störfaktor dar.

Als die Organisation im Herbst 2016 eine Datenbank mit den Namen von mehreren Tausend Offizieren des NKWD der Jahre 1935 bis 1939 im Internet⁸ veröffentlichte, löste dies eine intensive Debatte in den Medien und sozialen Netzwerken aus. Neben einigen enthusiastischen Kommentaren wurde auch über Ängste von Nachkommen der betreffenden Offiziere vor Racheakten, sowie von Vertretern der Sicherheitsstrukturen, die die Gefahr eines Bürgerkriegs an die Wand malten, berichtet.⁹

Einer weiteren Hypothese entsprechend wurde dieser Schritt aber insbesondere in den „Spezialdiensten“ als das Überschreiten einer „roten Linie“ wahrgenommen, denn mit deren Zugewinn an Macht habe sich kontinuierlich der Druck auf die Organisation erhöht. Zum finalen Schlag habe man aber nach der Etikette im innerstaatlichen russischen Machtgefüge erst nach dem Ableben des ehemaligen politischen Gefangenen, Memorial-Mitbegründers, Duma-Abgeordneten und erstem russischen Menschenrechtsbeauftragten Sergej Kovaljov (Jg. 1930-2021) ausholen können.

Schließlich existieren Mutmaßungen, die den Prozess gegen Memorial in einen außenpolitischen Kontext stellen. Schließlich sei die Organisation ein „Liebling“ europäischer Politiker gewesen, die im Rahmen vieler offizieller Besuche in Moskau auch Memorial einen Besuch abstatteten. Mit dem Auflösungsantrag zeige die Staatsmacht, dass man sich aus dem gemeinsamen Wertekosmos mit dem Westen endgültig verabschiedet habe. Hätten staatlichen Akteure bisher zumindest noch versucht, sich einen rechtsstaatlichen Anstrich zu geben, zeugten die Prozesse gegen Memorial International und das dem Netzwerk zugehörige Menschenrechtszentrum davon, dass man unverhohlen Recht breche und sogar die Argumentationsmuster der politischen Prozesse der Breschnew-Ära wieder nutze. Seit dem Einmarsch in die Ukraine hat sich Russland nun final auch aus jeder den Anschein wahrenden Beziehung mit dem Westen verabschiedet, so dass inzwischen die Schließung von Memorial International auch als innenpolitische Entsprechung dieses außenpolitischen Schritts interpretiert wird.

Wichtig für das Verständnis der Situation von Memorial in Russland ist jedoch auch, die komplexe Struktur des dortigen Memorial-Netzwerks zu verstehen. Als juristische Person aufgelöst werden sollen zunächst „nur“ der internationale Dachverband

von Memorial sowie eine seiner Mitgliedsorganisationen, nämlich das Moskauer Menschenrechtszentrum Memorial. Die über 60 weiteren Memorial-Organisationen in Moskau und den verschiedenen russischen Regionen existierten und arbeiteten an den Hauptaufgaben, die sich die Organisationen im Memorial-Netzwerk gesetzt haben, zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Texts noch weiter: Es wurde weiter Forschung zu den staatlichen Repressionen der Sowjetära betrieben, das Gedenken an deren Opfer gepflegt, die überlebende Opfer unterstützt und Bildungsarbeit zur Sowjetgeschichte und zu Menschenrechten geleistet. Dabei bleibt natürlich das Handicap, das mit dem potenziellen Label „ausländischer Agent“ verbunden ist, aber bestehen: entweder finanziert sich eine Memorial-Organisation ausschließlich aus russischen Quellen, hat dann aber wenig Geld für Projekte mit breiter Wirkung zur Verfügung, oder sie bezieht Fördermittel von Stiftungen aus dem Ausland, wird entsprechend jedoch in das berüchtigte Register eingetragen und erreicht dann aber den ängstlicheren bzw. regierungstreuen Teil der Bevölkerung nicht mehr.

Was Memorial International betrifft, wurde zunächst begonnen, die aktuell laufenden Projekte in die Trägerschaft der innerrussischen Dachorganisation Memorial Russland zu überführen, die bisher zwar formal existierte, aber als Plattform von Aktivitäten nicht in Erscheinung trat. Man ging zwar davon aus, dass dann das gleiche Spiel von vorne losgehen würde, obwohl dieser Verband über keinerlei Gelder oder Vermögen aus ausländischer Quelle verfügt – behördliche Schikanen in Form zahlreicher akribischer Überprüfungen der Buchführung, Erlassen von hohen Geldstrafen für kleinste Fehler, schließlich ein Prozess. Man erhoffte sich aber, auf diese Weise noch einiges an Zeit für die Fortführung der Arbeit zu gewinnen.

Leider ist seit dem 04.03.2022 dieser Plan in Frage gestellt. Am Vormittag dieses Tages drangen Polizeispezialkräfte und Mitarbeiter des Inlandsgeheimdienstes FSB in die Moskauer Räumlichkeiten von Memorial International und der anderen örtlichen Memorial-Organisationen ein und durchsuchten diese bis zu 15 Stunden. Einzelne Mitarbeiter wurden bis zum frühen Morgen des folgenden Tags festgehalten, ohne dass sie ihre Angehörigen noch ihre Anwälte anrufen konnten, Computer und Festplatten wurden konfisziert. Durch diesen staatlichen Übergriff wurde deutlich, dass weder Polizei noch FSB sich darum kümmern, ob es sich am durchsuchten Ort wirklich um Räume und Gegenstände handelte, die der im Liquidationsprozess befindlichen juristischen Person Memorial International gehören oder um die einer anderen Memorial-Organisation.

Dieses Vorkommnis gab den Ausschlag, dass sich seitdem nicht wenige der im Moskauer Hauptquartier des Netzwerks beschäftigten Personen, aber auch dort tätige Volontäre sich mit Ausreiseplänen befassen. Vor dem Hintergrund der in Russland herrschenden politischen Kultur ist darüber hinaus nun auch zu befürchten, dass die regionalen Machthaber in den Provinzen sowohl den Prozess gegen Memorial International als auch die Polizei- bzw. FSB-Aktion gegen die Moskauer Memorial-Verbände als Signal verstehen, auch gegen die Memorial-Organisation in ihrer Region vorzugehen. So ist im russischen provinziellen Beamtenapparat die Tradition verbreitet, sich durch im vorausseilenden Gehorsam durchgeführte Aktionen im Kreml beliebt zu machen und sich für höhere Aufgaben zu empfehlen. Das könnte eine Art Domino-Effekt auslösen mit der Folge, dass in keiner Region Russlands mehr im zivilgesellschaftlichen Rahmen die kommunistische Vergangenheit Russlands aufgearbeitet werden kann.

Zudem ist vor dem Hintergrund der mit dem Einmarsch in die Ukraine verabschiedeten neuen Gesetzgebung, die die wahrheitsgemäße Darstellung der Vorkommnisse in der Ukraine mit bis zu fünfzehn Jahre Straflagerhaft ahndet – so ist es z.B. verboten, das Geschehen dort mit dem Wort „Krieg“ zu bezeichnen – das Benennen und Anprangern von Menschenrechtsverletzungen faktisch nicht mehr möglich. Auch selbst, wenn regionale Memorialverbände noch lange weiter existieren sollten, können sie ihre Arbeit faktisch nicht mehr im vollen Umfang leisten, d.h. auch im Sinne einer präventiven Arbeit in Bezug auf totalitäre Tendenzen des Staates: die über lange Jahre befürchtete Restalinisierung ist dafür inzwischen schon viel zu weit fortgeschritten.

Des Weiteren übt das Urteil und die Durchsuchungsaktion natürlich auch eine starke Wirkung auf die gesamte staatskritische Zivilgesellschaft aus: Wenn eine so alte und von einem so geachteten Menschen wie Andrej Sacharov gegründete Organisation wie Memorial International der Garaus gemacht wird, heißt das auch, dass weniger traditionsreiche und von unbekannten Menschen gegründete und getragene Organisationen noch viel vulnerabler gegenüber dem Staat dastehen. Das wird sicherlich den einen oder die andere demotivieren und genügend einschüchtern, um die Organisation zu verlassen und sogar auszureisen.

Entsprechend dieser nochmaligen Verschärfung der Situation für die kritische Zivilgesellschaft in Russland werden in Deutschland unter Beteiligung von MEMORIAL Deutschland zurzeit Anstrengungen unternommen, ein Auffangnetz für die Mitarbeiter der verschiedenen russischen Memorial-Organisationen ins Leben zu rufen.

Es werden Mittel eingeworben, um Ausreisen zu finanzieren, nach Möglichkeiten für die Betroffenen gesucht, in Deutschland Stipendien zu erhalten und in verwandten Institutionen (Gedenkstätten, Museen, Forschungsinstitute, NGOs) arbeiten zu können.

Somit kehrt MEMORIAL Deutschland im dreißigsten Jahr seiner Existenz wieder verstärkt zu seinem ursprünglichen Vereinszweck zurück. 1993 wurde der Verein als Unterstützungsverein für Memorial Sankt Petersburg in Berlin gegründet und warb zunächst hauptsächlich Spendengelder für die soziale Unterstützung von Überlebenden des GULags¹⁰ und der Leningrader Blockade ein. Mit den Jahren weitete der Verein seine Tätigkeit auf die Bildungs-, Forschungs- und erinnerungskulturelle Arbeit in Bezug auf die Repressionen in der Sowjetunion und in der Sowjetischen Besatzungszone in Deutschland aus. So wurde auf Betreiben von MEMORIAL Deutschland im Gebäude des ehemaligen KGB-Gefängnisses in der Potsdamer Leistikowstraße eine Gedenkstätte eingerichtet und das Gulag-Nachschlagewerk, das Memorialmitarbeiter in Russland verfasst hatten, ins Deutsche übersetzt. Zuletzt beteiligte sich MEMORIAL Deutschland an zivilgesellschaftlich organisierten Friedensinitiativen im Donbass und betätigte sich als Träger von Menschenrechtsprojekten in Tschetschenien als auch des erinnerungskulturellen Projekts „Die letzte Adresse“. Letzteres wurde von dem Moskauer Journalisten Sergej Parkhomenko ins Leben gerufen und ist als „postsowjetisches Pendant“ von der Stolperstein-Initiative inspiriert.¹¹

Die Arbeit findet vorrangig im ehrenamtlichen Kontext statt, die Motivation der Mitglieder ist von einer großen Spanne an Interessenslagen gekennzeichnet: Während die einen, wie auch die Verfasserin, ich selber, von den Repressionen der sowjetischen Besatzungsmacht familiengeschichtlich betroffen sind, fühlen sich andere angesprochen von dem Geist der sowjetischen Dissidenz, der bis heute das Besondere des Memorialnetzwerks ausmacht. Viele jüngere Mitglieder aus dem postsowjetischen Raum kommen zu MEMORIAL Deutschland, um sich intensiv mit der Geschichte des Landes und seiner Gesellschaft zu beschäftigen, das ihre Eltern und Großeltern geprägt hat. Glücklicherweise sind MEMORIAL Deutschland und die anderen Memorial-Organisationen in EU-Ländern wie Tschechien, Italien und Frankreich von den jüngsten politischen Ereignissen in ihrer Existenz nicht betroffen, so dass sie, sollte es zu einem völligen Verbot in Russland kommen, als Plattform für die Fortführung der Arbeit dienen können. Große Sorge besteht aber zu Beginn des März 2022, dem Zeitpunkt der

Abfassung dieses Texts, um die Mitarbeiter der ukrainischen Verbände, die sich auf der Flucht vor den Bombardements durch das russische Militär befinden.

Anmerkungen

- 1 Zitat aus der Erklärung von Memorial International zum Gerichtsurteil vom 28.12.2021, online unter <https://memorial.de/index.php/7979-zur-aufloesung-von-memorial-international> (im Orig.: <https://www.memo.ru/ru-ru/memorial/departments/intermemorial/news/667>) [jeweiliger Stand vom 08.03.2022].
- 2 Siehe Bundeszentrale für politische Bildung: Dokumentation: Anträge der Staatsanwaltschaften, online unter <https://www.bpb.de/internationales/europa/russland/analysen/345167/dokumentation-antraege-der-staatsanwaltschaften> [Stand vom 26.02.2022].
- 3 Zit. nach: Beer, Andrea: Memorial droht das Aus. Prozessauftakt in Moskau, Beitrag vom 25.11.2021, online unter <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/russland-memorial-prozess-101.html> [Stand vom 26.01.2022].
- 4 Siehe Stellungnahme des „Petersburger Dialogs“ zum drohenden Verbot von Memorial (ohne Datum), online unter <https://petersburger-dialog.de/pd-zu-memorial/> [Stand vom 08.03.2022].
- 5 Siehe Stellungnahmen zur angekündigten Auflösung der Menschenrechtsorganisation „Memorial-International“ vom 17.11.2021, online unter <https://www.histokerverband.de/mitteilungen/mitteilungs-details/article/stellungnahmen-zur-angekueundigten-aufloesung-der-menschenrechts-organisation-memorial-international.html> [Stand vom 26.01.2021].
- 6 In Deutschland unter dem Namen „Iwan der Schreckliche“ bekannt.
- 7 Siehe die Erklärung von Memorial International zum Gerichtsurteil vom 28.12.2021 (wie Anm. 1).
- 8 Die Datenbank ist unter folgendem Link zugänglich: <https://nkvd.memo.ru/index.php/> [Stand vom 08.03.2022].
- 9 Giesen, Anke: „Wie kann denn der Sieger ein Verbrecher sein?“, Stuttgart 2019, S. 457–462.
- 10 GuLag: Bezeichnung für das aus Straf- und Arbeitslagern bestehende Repressionssystem in der Sowjetunion.
- 11 Siehe auch die jeweilige russische (online unter: www.poslenyadres.ru) und deutsche (online unter: www.letzteadresse.de) Website des Projekts [jeweiliger Stand vom 08.03.2022].



Szene aus dem Film Die Wannseekonferenz (2022). An der Karte: Adolf Eichmann (Johannes Allmayer).

Filmproduktion „Die Wannseekonferenz“ (2022)

Nicolas Bertrand im Gespräch mit dem Drehbuchautor Magnus Vattrodt

Am 20. Januar 1942 trafen sich auf Einladung von Reinhard Heydrich, Chef der Sicherheitspolizei und des SD, höhere Vertreter des Reichssicherheitshauptamtes, der NSDAP und von Reichsbehörden. Der Termin fand in einem Gästehaus der SS am Wannsee statt und wurde daher als Wannsee-Konferenz benannt. Ziel der Besprechung war die Koordination der Ausweitung der Judenvernichtung.

Der Fernsehfilm Die Wannseekonferenz von Matti Geschonneck aus dem Jahr 2022 ist die dritte Verfilmung der Konferenz. Seit dem 18. Januar ist der Film in der ZDF-Mediathek verfügbar. Am 24. Januar wurde er erstmals im ZDF ausgestrahlt. Bei den New York Film Festivals 2022 wurde er mit der Gold World Medal ausgezeichnet.

Drehbuchautor Magnus Vattrodt wurde 1972 in Karlsruhe geboren, studierte Theaterwissenschaft an der Universität Gießen und absolvierte das Autorenprogramm der In-

ternationalen Filmschule in Köln. Als Drehbuchautor zeichnet er u.a. verantwortlich für mehrere Tatort-Folgen sowie preisgekrönte Produktionen wie „Der Novembermann“, „Liebesjahre“, „Das Ende einer Nacht“, „Das Zeugenhaus“, „Ein großer Aufbruch“ und „Ein Kommissar kehrt zurück“. Seine Produktionen wurden u.a. ausgezeichnet mit dem Grimme-Preis, dem Deutschen Fernsehpreis, der Goldenen Kamera sowie dem Drehbuchpreis der Deutschen Akademie der Darstellenden Künste. Magnus Vattrodt lebt mit seiner Familie in Köln.¹

Nicolas Bertrand (N.B.): Warum wollten Sie dieses Drehbuch schreiben? Was hat Sie persönlich daran gereizt?

Magnus Vattrodt (M.V.): Das war ein langer Prozess. Das Projekt wurde mir von der Produktionsfirma als Vorschlag vorgelegt. Ich dachte zuerst, dass es eine Steilvorlage sei, um sich die Finger zu verbrennen: Das Thema ist historisch und es gibt bereits mehrere Verfilmungen der Wanseekonferenz. Die von 1984 wurde sogar vom Historiker Paul Mommertz geschrieben. Außerdem ist die Wanseekonferenz ein Termin zwischen Leuten, die sich eigentlich einig sind, ein Sachverhalt der für einen Film erstmal nicht gut ist. In einem Film sucht man ja den dramatischen Konflikt. Die Leute müssen sich wenigstens kontrovers verhalten. Nach meinen ersten Recherchen zum Thema hatte ich nicht das Gefühl, dass dies bei der Wannseekonferenz der Fall war. Aus irgendeinem Grund, den ich selber nicht wirklich erklären kann, hat es mich jedoch nicht losgelassen. Mich hat gereizt, einen guten Zugang zu diesem schweren Thema zu finden.

Bei einem Abendessen mit dem Produzenten und dem Regisseur Matti Geschonneck waren wir uns einig, dass die Verfilmung von 1984 eigentlich gar nicht verkehrt war: Wir konzentrieren uns nur auf die Sitzung der Konferenz. Wir erweitern sie nicht mit Szenen vor, während oder nach der Konferenz, um die Teilnehmer an der Konferenz besser kennen zu lernen. Unsere Idee war, die Konferenz anhand der heutigen historischen Kenntnisse mit größtmöglicher Nüchternheit zu erzählen. Bei den Teilnehmern ist vor allem interessant mit welchem „Gepäck“, mit welchen Anliegen sie in die Konferenz kommen. Wir wollten es so nah wie möglich entlang der historischen Fakten und ohne künstliche Spannung oder Dramaturgie erzählen. Als wir uns für diese Herangehensweise entschieden haben, war alles einfacher. Die Leute sind dann

gezwungen sich selber einen Kopf zu machen, weil wir es nicht für sie übernehmen. Wir beleuchten diese Personen nicht als Individuen, sondern wir nehmen sie nur als Vertreter ihrer Stelle im NS-Staat.

N.B.: Wie sind Sie bei den Recherchen vorgegangen? Gab es ein Dokument, was Sie besonders geprägt hat?

M.V.: Das Projekt und die Recherchen waren sehr belastend. Ich war überrascht, wie mich das ganze mitnahm. Vielleicht lag es daran, dass ich mich zum ersten Mal als Erwachsener mit eigener Familie mit dem Thema auseinandergesetzt habe. Ich habe alles gelesen, was sich in den letzten 30 Jahren am Forschungsstand geändert hat. Am prägendsten war die Arbeit, die ich zu den Einsatzgruppen² gelesen habe. Ich musste feststellen, wie modern das System war. Die Männer von Bataillon 101³ konnten sich von dem Auftrag, ganze jüdischen Familien in Polen zu erschießen, entschuldigen lassen. Es bildete sich in diesem Bataillon eine Dynamik, an der eine Minderheit nicht teilnahm während die übrigen den Auftrag bis zum Ende durchführten. Die Tatsache, dass man nicht einmal Überzeugungstäter für einen solchen Mordauftrag brauchte, und dass man ganz normale Männer heranziehen konnte, bringt mich zum Nachdenken. Diese Männer haben sich weiterhin als anständige Menschen gefühlt. Ich dachte früher, es gäbe den blinden Gehorsam und die brutale Propaganda. Es ist viel ernüchternder, wie wenig man am Ende braucht, um so einen Genozid einzufädeln. Das ist eine Nachricht, die im Subtext des Filmes ist: Wenn man die alle anschaut und ignoriert, dass sie eine SS-Uniform tragen, sind es kluge, nachdenkliche und manchmal fast sympathische Männer. Sie haben aber Mechanismen gefunden, mit ihrem Auftrag umzugehen. Sie fühlen sich als Rädchen im Getriebe. In ihrer Wahrnehmung trägt ein anderer immer mehr Schuld als sie selber. Jeder hat am Ende das Gefühl, dass er nichts ändern kann, aber bleibt im Gegensatz zu anderen, die mit denselben Morden beauftragt wurden, anständig dabei.

Ein Dokument bleibt bei mir besonders in Erinnerung. In der Gedenkstätte Haus der Wannseekonferenz sind die Unterlagen von Paul Mommertz, dem Drehbuchautor der Verfilmung der Wannseekonferenz von 1984, einsehbar. In diesen Unterlagen befindet sich ein Brief eines holländischen ehemaligen SS-Angehörigen. Er schrieb handschriftlich vier Seiten lang, wie unfassbar toll er den Film gefunden hätte und wie gelungen

und wichtig er die Darstellung der SS fand. Er hatte den Film offensichtlich nicht verstanden und dachte, es sei eine Art historische Richtigtstellung, weil es ja nicht so schlimm gewesen sei und es sich eigentlich um eine Reihe von netten SS-Angehörigen gehandelt habe. Dieser schockierende Brief war von 1984, in einer Zeit, wo die Täter noch rumliefen und sogar noch auf Anerkennung für ihr Verhalten hofften. Die Situation heute ist natürlich anders. Es wird keine SS Leute geben, die sich für den Film bedanken. Man merkt an diesem Schreiben, dass unsere Gesellschaft sich verändert hat.

N.B.: Was wünschen Sie sich als Reaktion der Zuschauerinnen und Zuschauer?

M.V.: Ich sage ungern den Zuschauern, wie sie von einem Film denken und wie sie darauf reagieren sollten. Ich hoffe, dass es ein bestimmtes Nachdenken auslöst. Ich wünsche mir, dass der Film den Zuschauerinnen und Zuschauern in einen nebulösen Bereich führt, wo man sich ertappt, diese Leute sympathisch zu finden und wo man anfängt, sehr aktiv mitzudenken. Der Film ist ja sprachlich die ganze Zeit an der Oberfläche. Es wird die ganze Zeit diese Nazi Verwaltungssprache mit Euphemismen gesprochen. Die meisten Zuschauer haben es verstanden und versuchen es zu dechiffrieren. Sie fangen an, das was gesprochen wird zu übersetzen und in Deckung zu bringen, mit dem, was sie über die Ermordung der Jüdinnen und Juden wissen. Ich wünsche mir, dass die Zuschauer dieses Detektivspiel machen und sich fragen, was hinter den sehr indirekt formulierten NS-Begriffen wie zum Beispiel „Sonderbehandlung“, konkret steckt. Ich wünsche mir daher ein aktives Mitschauen. Meine Frau machte die Erfahrung, dass sie den ganzen Film lang darauf wartete, dass sich irgendwann einer der Teilnehmer der Konferenz ethisch verhält. Das passierte aber nicht. Am Ende muss man leider festhalten, dass es keine Gerechtigkeit, keine Katharsis und auch keinen der aufsteht und sich ernsthaft wehrt, gegeben hat. Am Ende der Konferenz ist der Auftrag erledigt und alle fahren weiter zu anderen Konferenzen. Der Film bietet die Möglichkeit eines aktiven Dialogs, weil er bewusst Leerstellen lässt. Zusammenfassend wünsche ich mir ein waches interessiertes Zuschauen.

N.B.: Gibt es Figuren, mit denen Sie im Schreibprozess besser zurechtgekommen sind, als mit anderen? Oder ging es Ihnen für alle gleich leicht oder schwierig darzustellen?

M.V.: Alles was ich geschrieben habe wurde von unserem Fachberater Professor Peter Klein vom Touro College Berlin gefiltert, ergänzt, besprochen oder hinterfragt.

Am einfachsten waren die Figuren bei denen schnell klar war, dass sie eine Agenda haben. Dies ist zum Beispiel der Fall mit der Figur des Staatssekretärs Bühler, der mit einem klaren Auftrag von Generalgouverneur Frank nach Berlin geschickt wurde. Ähnlich einfach war es mit der Figur des Staatssekretärs Stuckart, der ebenso mit einem klaren Auftrag aus dem Reichsministerium des Innern zur Konferenz kam.

Schwieriger sind jedoch Figuren wie Staatssekretär Freisler vom Reichsjustizministerium, auch wenn dies eigentlich eine Figur ist, die die Zuschauer aufgrund der Photographien vom Volksgerichtshof zuordnen können. Zum Zeitpunkt der Konferenz hatte Freisler keine starke Agenda. Er war eingeladen, weil es um die Judengesetze und um die Erweiterung der Judenbegriffe ging. Er hatte aber jenseits dieser Aspekte nicht sehr viel zu sagen. Es ist in diesem Fall schwierig als Drehbuchautor, weil ich trotzdem möchte, dass diese Figur in irgendeiner Form etwas zu tun hat, damit der Schauspieler eine Absicht spielen kann. Mit Eichmann vom Reichssicherheitshauptamt ist die Situation viel einfacher. Bei Eichmann ist völlig klar: Sein Chef Heydrich hat diese wichtige Konferenz einberufen, Eichmann musste daher Zahlen liefern, die Schwachpunkte ausbügeln und erklären wie alles abläuft. Je mehr sich einer der realen Teilnehmer aktiv in die Konferenz einbrachte, umso besser war es für mich als Drehbuchautor, daraus starke filmische Figuren zu entwickeln.

Einfach war es auch bei der Figur Lange von der Sicherheitspolizei und Sicherheitsdienst in Riga, aber aus anderen Gründen: Wie das Publikum ist er zum ersten Mal bei einer solchen Konferenz anwesend. Seine Figur ist auch deshalb interessant, weil er durch seine Beteiligung an den Massenerschießungsaktionen wortwörtlich Blut an den Händen hat. An seinem Verhältnis zu den anderen konnte ich erzählen, wie sehr man sich Leuten wie ihm gegenüber die Nase rümpfte. Leute wie er haben ja ermöglicht, dass die Judenvernichtung am Ende durchgeführt wurde. Die Gegenseite war aber genauso involviert, weil sie im Hintergrund die entsprechenden Gesetze geschaffen hat.

N.B.: Wie findet man als Drehbuchautor Zugang zu diesen historischen Figuren? Um Filmfiguren zum Leben zu erwecken, müssen sie ja „menschlich“ dargestellt werden. Haben Sie da innere Widerstände überwunden, sich in diese Menschen „hineinzu-



Szene aus dem Film *Die Wannseekonferenz* (2022). V.l.n.r.: Gerhard Klopfer (Fabian Busch), Friedrich Wilhelm Kritzinger (Thomas Loibl), Wilhelm Stuckart (Godehard Giese), Martin Luther (Simon Schwarz) und Erich Neumann (Matthias Bundschuh)

versetzen“? Oder haben Sie sich entschieden, sich den Figuren eher äußerlich anzunähern?

M.V.: Wir haben die Figuren ja nicht als volle dramaturgische Figuren dargestellt. Sie sind auf ihr Amt reduziert und darauf, was ihr Dienst vorsieht. Ich musste mich daher nicht einfühlen. Eine Identifikation brauchte ich nicht. Insofern fand ich es nicht so schwierig. Da es in der Konferenz um Sachfragen ging, fiel es erstaunlicherweise einfach aus. Man muss natürlich ausblenden, worum es eigentlich geht. Manche Zuschauer haben auch die erschreckende Erfahrung gemacht, dass sie sich innerhalb von einer Stunde an diesen Tonfall über Massenmord gewöhnt haben. Dieser Effekt ist wünschenswert. Denn so ist es gewesen: Die Entmenschlichung der Jüdinnen und Juden, war ein dauerhafter Grundton in der Gesellschaft, der solange wiederholt wurde, bis sich keiner mehr daran stieß und alle sich daran gewöhnt hatten.

Menschen eine gewisse Haltung über sprachliche Formulierungen einzupflanzen, hat heute noch im rechtspopulistischen Milieu total Bestand. Das hat nicht 1945 auf-

gehört. Ich habe gerade die Wortwahl von Björn Höcke im Kopf. Er nutzt eine verklausulierte Sprache, von der die Leute, die sich rechts von der Mitte befinden, ganz genau wissen, wie diese Wörter zu verstehen sind. Ich wünsche mir, dass der Zuschauer sich dieser Mechanismen bewusst macht. Leider zweifle ich daran, dass die Leute, die man mit solchen Filmen erreichen sollte, tatsächlich erreicht. Aber dieses Problem kennen Sie sicher als Leiter einer Gedenkstätte. Es ist die ewige Frage: Wie erreicht man diese? Wie kommt man mit Leuten ins Gespräch, die nicht interessiert sind oder behaupten, Erinnerungsarbeit sei nur eine Schuld- oder Schamdiskussion? Es wäre wirklich gut, diese Leute zu erreichen, denn sonst redet man ja immer mit den gleichen Menschen, die alle die gleiche Meinung haben, wie man selbst. In dieser Hinsicht haben wir vielleicht als populärer Fernsehfilm, der erstaunlich erfolgreich lief, den einen oder anderen Zuschauer zunächst auf dem falschen Fuß erwischt und dann doch zum Nachdenken gebracht. Ich mache mir aber keine große Hoffnung. Allerdings soll der Film auch in den Schulen gezeigt werden. Es gibt ein großes Paket vom ZDF mit Unterrichtsmaterial. Die Einschaltquote bei den jüngeren Leuten war verhältnismäßig hoch. Man kann vielleicht hoffen, dass der ein oder andere junge Mensch unter 18 sich mit so einem Thema auseinandersetzt und ins Nachdenken kommt. Diese Hoffnung habe ich, aber den Effekt kann man nicht messen. Wir wissen erst in ca. 50 Jahren, ob die Gesellschaft sich wieder weitergedreht hat und diese Fragen auf irgendeiner Art und Weise beantwortet wurden.

N.B.: Würden Sie – wenn Sie den Film jetzt fertig sehen – im Nachhinein etwas an Ihrer Arbeit anders machen? Bereuen Sie etwas?

M.V.: Ehrlicherweise ist es einer der wenigen Filme, wo ich diesen Effekt beim Anschauen nicht habe. Eigentlich gibt es bei jedem Film, den ich gemacht habe, oftmals eine Szene in der meine eigene Arbeit mir nicht gefällt. Die Szene ist beispielsweise wegen eines dummen Witzes blöd oder der Tonfall stimmt nicht. In diesem Film wüsste ich nicht, was ich ändern könnte, falls ich die Möglichkeit hätte. Das liegt auch daran, dass wir alles kleinteilig ewig lang besprochen haben. Das Drehbuch wurde auch exakt so gespielt wie es geschrieben wurde. Es ist zum Beispiel sonst nicht unüblich, dass die Schauspieler sich ihre Texte mundgerecht abändern, weil ein Satz sich nicht gut spricht. Wir haben den Schauspielern bei diesem Film gespiegelt, dass wir großen

Wert darauflegen, dass das Buch eins zu eins gesprochen wird wie es geschrieben wurde, weil wir vorher alle Dialoge abgeklärt hatten. Wenn man beim Drehen anfängt, etwas zu improvisieren, was man später nicht mehr korrigieren kann, dann geht es in der Regel schief. Man sollte es nur tun, wenn es wirklich nicht anders geht. Der Dreh ist ja eine stressige Situation.

Das Drehbuch war schon lange vor Drehbeginn fertig, so dass alle ihre Texte lernen konnten.

N.B.: Was gefällt Ihnen besonders am fertigen Film? Gibt es einen Lieblingsmoment? Eine Lieblings-Szene?

M.V.: Die Szene, die wirklich überraschend ist, ist die, als sich Stuckart vehement gegen eine Änderung seines Mischlingsgesetzes wehrt und dann Heydrich ihn unterbricht und ihn in sein Arbeitszimmer mitnimmt. Alle im Raum reagieren so, als ob Stuckart von Heydrich in irgendeiner Art und Weise wegen seiner Quertreiberei bestraft wird. Das Gespräch entpuppt sich aber ganz anders. Für mich ist es ein Lieblingsmoment, weil es beim Schreiben einer der wenigen ungeplanten Momente war. Die Szene war von Anfang an so geschrieben. Sie sind sich nicht spinnefeind, wenn die Tür zu ist, im Gegenteil. Da treffen sich zwei Leute, die wissen, dass sie im kommenden NS-Staat eine tragende Rolle spielen werden. Stuckart konnte damit rechnen, Innenminister zu werden. Heydrich hätte sowieso eine wichtige Stelle gehabt. Das wissen sie voneinander. Sie haben es nicht persönlich nötig, sich anzugehen. Das sind Spitzenbeamte, die zwar Konflikte haben mögen, aber wissen, dass sie miteinander auskommen müssen. Eigentlich mögen sie sich auch. Stuckart schätzt vielleicht die wahnsinnige Radikalität, die Heydrich auslebt. Heydrich hingegen weiß auch, dass ohne kluge Köpfe wie Stuckart keinen Staat zu machen ist. Beide werden im NS-System gebraucht. Es hätte auch passieren können, dass die Kinder von beiden sich am Wannsee zum Schwimmen treffen. So sah die nationalsozialistische Utopie aus: Im judenfreien Deutschland treffen sich nach einem gewonnenen Krieg die Kinder der Nazigrößen zum Schwimmen am Wannsee.

Allgemein finde ich, dass alles, was außerhalb der Konferenz besprochen wird, wie zum Beispiel die Szene, in der Kritzinger aus der Reichskanzlei das Gespräch mit Lange sucht und seine Sorgen formuliert, interessant. Kritzinger versucht heraus-



Szene aus dem Film Die Wannseekonferenz (2022). Eberhard Schöngarth (l., Maximilian Brückner) und Rudolf Lange (r., Frederic Linkemann) im Gespräch.

finden, welche Art Mensch Lange ist. Überrascht stellt er fest, dass Lange weiß, dass nebenan die Villa Max Liebermann ist. Solche Szenen mag ich besonders, weil man in einer ganz kleinen Form eine gewichtige Aussage machen kann.

N.B.: Gibt es eine Szene im Film, die besonders schwer zu schreiben war? Wenn ja warum?

M.V.: Es war eigentlich alles schwer zu schreiben, weil alle Teilnehmer wie Verwaltungsbeamte, die alle vom Fach sind, sprachen. Aber weder ich noch die Zuschauerinnen und Zuschauer kennen diese Fachsprache. Als Drehbuchautor musste ich einen Weg finden, dass alles nachvollziehbar ist. Selbst wenn man merkt, man versteht nicht alles, muss man jedoch die großen Züge verstehen. Der Anfang des Drehbuches war schwierig. Die große Frage war ja: Wie baut man den Zuschauern einen Zugang für den Film? Die Botschaft am Anfang des Filmes war klar: Habt keine Angst, vertraut uns mal. Auch wenn es viele Leute sind, die mit ihren Uniformen und Anzügen alle gleich aussehen, und zum Teil ähnlich heißen und in diesen Ämtern arbeiten, die wir schwer

auseinanderhalten können. Es geht hier nicht darum, sich alle Namen zu merken. Es gab auch Szenen, die problematisch waren. Zum Beispiel sollte Heydrich mit dem Flugzeug anreisen. Die historischen Flugzeuge, die es sein mussten, hatten jedoch keine Erlaubnis mehr zu fliegen. Man hätte alles digital einfügen müssen, was mit erheblichen Kosten verbunden gewesen wäre. Das Geld sollte an anderer Stelle ausgegeben werden.

Vielleicht ist die eigenartige Stimmung, die im Land zu dieser Pandemiezeit geherrscht hat, ein kleines bisschen in den Film reingesickert. Vielleicht steckt im Film eine Form von Verunsicherung. Ein eigenartiges Gefühl von Niemandsland, in dem wir uns da befunden haben.

N.B.: Wie lief die Zusammenarbeit mit der Regie? Haben Sie auch während des Drehs noch am Entstehungsprozess teilgenommen?

M.V.: Matti Geschonneck und ich haben viele Filme zusammen gemacht. Wie wissen wir miteinander arbeiten. Matti weiß, dass ich mit einer gewissen Sorgfalt rangehe und wenn ich sage, das ist historisch abgeklärt und durchrecherchiert, dann ist es für ihn in Ordnung und er weiß, dass er sich darauf verlassen kann. Umgekehrt weiß ich, dass wenn wir uns auf das Drehbuch geeinigt haben, dann wird er es so auch drehen, sonst hätte er es vorher gesagt. Es ist einfach ein großes Glück, wenn wir so miteinander arbeiten.

N.B.: Ich bin Jurist und habe über die Normierung des Grauens meine Doktorarbeit geschrieben. Die Frage, inwieweit Normen und Gesetze dem Menschen dabei helfen können, die eigenen grauenvollen Taten zu legitimieren, bewegt mich sehr. Dieses Thema spielt eine große Rolle in Ihrem Film: die Bürokratisierung der Judenvernichtung. Glauben Sie, dass wir auch heute dieser Gefahr ausgesetzt sind? Dass wir uns auch heute in bestimmten Situationen dazu hinreißen lassen, eine schlechte Tat durch eine Normierung zu legitimieren?

M.V.: Es ist ein urmenschliches Bedürfnis, irgendwelche Taten durch Mittel und Wege annehmbar zu machen. Wenn man 200 Jahre später die Rassentrennung, die Gewalt gegenüber Schwarzen und den alltäglichen Rassismus in den USA vor dem Bürger-

krieg anguckt, fragt man sich: Wie konnte man denn so als weißer Amerikaner leben und dieses System nicht grauenhaft und offensichtlich falsch finden? Wie kann es sein, dass man das als eine Normalität akzeptiert hat?

Die Menschen scheinen es zu können. Wir scheinen Mittel und Wege zu finden, die eigenartigsten und brutalsten Ungerechtigkeiten irgendwie vor uns selber zu legitimieren. Man muss es nicht mal annehmen oder akzeptieren. Man muss es nicht gut finden, aber man denkt innerlich, dass man nichts dagegen tun kann oder muss.

Wie werden die Menschen in 200 Jahren auf unsere Zeit gucken? Vielleicht denken in 200 Jahren die Leute, dass wir die Umweltkatastrophe haben kommen sehen und sie werden sich fragen, wie wir in dieser Situation ruhig schlafen konnten. Das soll überhaupt kein Vergleich oder keine Gleichsetzung mit der Situation 1942 sein. Ich will nur betonen, dass wir Menschen in der Lage sind, uns an Dinge zu gewöhnen, und sie als Normalität anzunehmen.

Wir machen das im Alltag vielfach. Wir suchen immer nach Bestätigungen und nicht nach den Dingen, die wir falsch machen. Das will keiner gerne hören. Das findet sich in den Rechtsnormen wieder. Das gießen wir in die Gesetze. In den USA gab es kein Wahlrecht für Schwarze, oder keine Möglichkeit der gesellschaftlichen Teilnahme, des Aufstiegs oder der Bildung. Wenn etwas im Gesetz steht, dann sind viele bereit zu sagen: Da ist wohl was Wahres dran. Insofern geht es immer Hand in Hand. Man schafft Schräglagen, Schief lagen in Gesetzen, die später moralisch oder ethisch hochfragwürdig erscheinen. Der Holocaust hat eine Singularität in der Geschichte. Deswegen will ich andere Situationen damit nicht vergleichen oder gleichsetzen. Es geht hier nur um Mechanismen, die leider in allen diesen Situationen eine Rolle spielen. Wenn man sieht, wie Europa an seinen Grenzen mit flüchtenden Menschen umgeht – da passieren schreckliche Dinge, und das mit offizieller Absegnung. In 50 Jahren könnte man den Europäerinnen und Europäern vorwerfen, dass wir die Augen vor dem Leid verschlossen haben und nichts dagegen unternommen haben.

Die Mechanismen des Holocaust sind immer noch da. Ich wurde kürzlich gefragt, ob es sich wiederholen könnte. Natürlich wiederholt es sich nicht eins zu eins. Es würde im 21. Jahrhundert in einer anderen Art ablaufen. Die Grundbedingungen, die wir dafür brauchen, gibt es aber allemal: Hass, Rassismus, Bürokratie. Wie man aus der Geschichte lernt, braucht man gar nicht so viele Überzeugungstäter oder Sadisten, sondern genug Leute, die mitmachen und Strukturen, in denen es funk-

tioniert. Insofern sind wir überhaupt nicht davor geschützt. Das macht natürlich nachdenklich.

Die Demokratie und die Freiheit sind keine Zustände die, wenn man sie erreicht hat, stabil stehen. Sie müssen täglich verteidigt werden. Das braucht eine größere Vehemenz, als wir das bis jetzt dachten. Es gibt im Grunde nichts, was geschenkt ist.

Ich habe den Film nicht gemacht, um irgendeiner Erinnerung zu dienen. Erinnern an sich ist mir als Prozess zu passiv. Erinnern ist erst interessant, wenn ich die Erinnerung nehmen kann und mich fragen kann, was es für mich hier und heute bedeutet. Alles andere ist totes Papier. An einem Tag wie heute am 27. Januar hat Erinnern seine Berechtigung, wenn man sich aus reiner Pietät an die Verbrechen gegen die Jüdinnen und Juden erinnert. Aber Erinnern an sich kann nur der erste Schritt sein. Die wichtige Frage ist dann, welchen zweiten Schritt man macht, wie es weiter geht. Ob so ein Film das kann, weiß ich nicht. Es heißt immer, dass Fernsehen kein aufklärerisches Medium ist. Gerade durch die Gefühle, die ein solcher Film auslöst, kann ich mir aber vorstellen, dass der eine oder die andere sich im zweiten Schritt vornimmt, sich mehr damit zu befassen und die Fahne hoch zu halten, und dass man vielleicht Position bezieht, wenn es wieder soweit ist. Es gibt in Deutschland eine stille Mehrheit, die im Herzen demokratisch ist, die sich aber zu wenig zu Wort meldet. Diese Menschen haben zu wenig das Gefühl, dass sie aktiv werden müssen. Ich nehme mich selber da nicht raus. Es geht mir ähnlich.

Anmerkungen

- 1 Biographische Skizze aus der Agentur von Magnus Vattrodt, online unter <https://www.hsverlag.com/autoren/detail/a338> [Stand vom 06.05.2022].
- 2 „Die Einsatzgruppen waren Einheiten der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes (Geheimdienst der SS), die der deutschen Wehrmacht bei der Invasion und Besetzung von Ländern in Europa folgten. Sie wurden oft als ‚mobile Tötungskommandos‘ bezeichnet und waren vor allem für ihre Rolle bei der systematischen Ermordung von Juden durch Massenerschießungen auf sowjetischem Gebiet bekannt.“, Holocaust-Enzyklopädie vom United States Holocaust Memorial Museum, online unter: <https://encyclopedia.ushmm.org/content/de/article/einsatzgruppen> [Stand vom 09.05.2022].
- 3 Browning, Christopher R.: Ganz normale Männer. Das Reserve-Polizeibataillon 101 und die „Endlösung“ in Polen, Reinbek bei Hamburg 1996.

Die NS-„Volksgemeinschaft“ im Schulbuch der Gegenwart. Eine Bestandsaufnahme aktueller Lehrwerke für den gymnasialen Geschichtsunterricht in Sachsen-Anhalt

Etienne Schinkel

Die nationalsozialistische „Volksgemeinschaft“ hat Konjunktur. Nicht nur hat die seit über zehn Jahren intensiv geführte Forschungsdebatte um die vom NS-Regime tödlich betriebene Gemeinschaftspolitik ohne Zweifel ein deutlich differenziertes Bild der deutschen Bevölkerung der Jahre 1933 bis 1945 ergeben und dabei vor allem verschiedene Formen der Zustimmung und des Mitmachens im Hinblick auf die Ausgrenzung und Verfolgung der sogenannten „Gemeinschaftsfremden“ zutage gefördert.¹ Darüber hinaus spielt die Gesellschaftsgeschichte des Nationalsozialismus, der daran gelegen ist, die Marginalisierung der einst von Raul Hilberg als „Zuschauer“ bezeichneten Gruppe zu überwinden², in verschiedenen Manifestationen der Geschichtskultur eine zusehends bedeutende Rolle. So stehen Fragen nach der angemessenen musealen Re-Präsentation der „Volksgemeinschaft“ mittlerweile in Gedenkstätten, Museen und anderen historischen Orten (z.B. das NS-Dokumentationszentrum München am Königsplatz, dort, wo das „Braune Haus“, die Parteizentrale der NSDAP stand) im Fokus.³

Angesichts dieser nachgeraden Ubiquität der „Volksgemeinschaft“ nimmt es wunder, dass das Schulbuch als eines der zentralen Medien des Geschichtsunterrichts innerhalb dieser Diskussion bislang weitgehend ausgeblendet worden ist.⁴ Dieses geschichtsdidaktische Desiderat überrascht umso mehr, als die analytische Verwendung des Leitbegriffes „Volksgemeinschaft“ mittlerweile – trotz mancher Kritik auch von prominenter Seite⁵ – als „kanonisiert“⁶ gelten kann. Nimmt man fernerhin den seit 2019 gültigen Fachlehrplan Geschichte für Jahrgang 9 zur Kenntnis, der unter „grundlegende Wissensbestände“ der Schülerinnen und Schüler die „multiperspektivische Sicht auf das Leben in der ‚Volksgemeinschaft‘“⁷ ausweist, wird deutlich, dass die Implementierung des Konzeptes zumindest auf normativer Ebene angekommen ist.⁸ Insofern erscheint es gewinnbringend, Lehrwerke darauf hin abzuklopfen, ob sie dem (wissenschaftlichen) Zeitgeist entsprechen. Anders formuliert: Ermöglichen aktuelle

Schulgeschichtsbücher über die Auseinandersetzung mit der NS-„Volksgemeinschaft“, ein komplexeres und differenziertes Verständnis des Nationalsozialismus zu fördern? Zur Operationalisierung dieser Problemstellung werden drei Fragen im Mittelpunkt des Erkenntnisinteresses stehen: Wo beziehungsweise in welchen thematischen Unterkapiteln taucht der Begriff „Volksgemeinschaft“ überhaupt auf? Wird der Begriff – im Glossar oder in der Randspalte der jeweiligen Seite – erklärt? Wie steht es um die didaktische Umsetzung des Konzeptes zur Erklärung der NS-Gesellschaft?

Als empirische Grundlage dienen die aktuell in Sachsen-Anhalt für die Sekundarstufe I des Gymnasiums zugelassenen Lehrwerke: „Forum Geschichte“ (Cornelsen)⁹, „Geschichte und Geschehen“ (Klett)¹⁰ und „Anno“ (Westermann)¹¹. Alle Bücher entsprechen dem modernen Typus des kombinierten Lehr- und Arbeitsbuches, für den eine (mehr oder minder) klare Trennung von Darstellungs- und Materialteil konstitutiv ist. Die von den Schulbuchautorinnen und -autoren geschriebenen Verfassertexte informieren dabei zusammenhängend über ein historisches Thema, wobei sie den Forschungsstand in gebündelter Form darstellen sollen. Die Arbeitsteile wiederum tragen zur Akzentuierung und Vertiefung der Informationen aus dem Verfassertext bei: Schülerinnen und Schüler sollen sich selbstständig anhand von Quellen (Texte, Bilder) und Darstellungen (Historikertexte, Geschichtskarten, Statistiken, Schaubilder, Zeitleisten etc.) mit der Geschichte auseinandersetzen und zu begründeten historischen Urteilen kommen.¹²

Erklärungspotenziale

Bevor die Ergebnisse der Schulbuchanalyse anhand der Leitfragen vorgestellt werden, sollen die Erklärungspotenziale des „Volksgemeinschaft“-Konzeptes skizziert werden. Das Arbeiten mit dem Konzept der „Volksgemeinschaft“ kann einen entscheidenden Beitrag zur Beantwortung der von vielen Jugendlichen nur scheinbar naiven Frage nach dem „Positiven“ im Nationalsozialismus leisten: Warum stieß die Herrschaft der Nationalsozialisten, der doch Millionen Menschen durch Terror, Krieg und Völkermord zum Opfer fielen, auf breite Unterstützung in der deutschen Bevölkerung? Und: Wie ist es zu erklären, dass der Großteil der damaligen Gesellschaft das ihr weitgehend bekannte Mordprogramm in oft tätiger, jedenfalls kaum distanzierter Komplizenschaft mittrug?

Die propagierte „Volksgemeinschaft“ geriet, wie Hans-Ulrich Thamer bereits vor über 30 Jahren konstatierte, zu „einer der wirkungsmächtigsten Formeln in der nationalsozialistischen Massenbewegung“¹³. Die immerwährende Beschwörung von Egalität, die Verheißung von klassenübergreifender Gemeinschaftlichkeit und das gestiftete Gefühl, Anteil an einer heroischen Zeit des nationalen Wiederaufstiegs zu haben, besaßen seinerzeit für die große Mehrheit der Bevölkerung enorme Anziehungskraft.¹⁴ Schülerinnen und Schüler können folglich die Einsicht gewinnen, dass „Volksgemeinschaft“ von Beginn an Sehnsüchte erfolgreich mobilisierte und maßgeblich zur politischen Bindungskraft des Nationalsozialismus beitrug. Dabei erscheint es außerordentlich wichtig, „Volksgemeinschaft“ nicht als bloße Propagandafloskel abzutun. Zwar blieben bekanntlich die meisten Versprechungen leere Phrasen¹⁵ und das NS-Regime verstand es nur allzu gut, den Traum von der „Volksgemeinschaft“ immer wieder gezielt zu aktualisieren, etwa wenn unter größten organisatorischen und choreographischen Anstrengungen in Nürnberg der „Reichsparteitag“¹⁶ oder auf dem südlich von Hameln gelegenen Bückeberg das „Reichserntedankfest“¹⁷ theatralisch in Szene gesetzt wurden. Aber es ist auch richtig, dass in einigen Bereichen die sozial- und gesellschaftspolitischen Maßnahmen der Nationalsozialisten nicht nur hohle Propaganda waren. Man denke an die Ehestandsdarlehen, mit denen der Staat jungen Paaren einen zinslosen Zuschuss von bis zu 1.000 Reichsmark für den Kauf der Haushaltseinrichtung gewährte¹⁸, oder die von „Kraft durch Freude“ veranstalteten Reisen, mit denen hunderttausende „Volksgenossen“ erstmals in ihrem Leben in den Urlaub fahren konnten.¹⁹ Über die Auseinandersetzung mit diesen verheißungsvollen und partiell realisierten Seiten der NS-Herrschaft können Lernende verstehen, dass „sich die Ideologie der ‚Volksgemeinschaft‘ für weite Teile der Bevölkerung, auch der Arbeiterschaft, als tragfähig und sogar als attraktiv zu erweisen schien“²⁰.

Als analytischer Leitbegriff einer erneuerten Gesellschaftsgeschichte des „Dritten Reiches“ taugt „Volksgemeinschaft“ zudem insofern, als er Schülerinnen und Schülern das für die NS-Diktatur konstitutive Nebeneinander von Inklusion und Exklusion offenbart. Die konsequente Hervorhebung dieser – didaktisch zugespitzten – „zwei Seiten einer Medaille“²¹, der Integration der „Volksgenossen“ und der Ausgrenzung der „Gemeinschaftsfremden“, „Minderwertigen“ und „Fremdrassigen“, allen voran der Juden, macht folglich den Kern der NS-Ideologie transparent.²² Hinzu kommt: Um Teil der „Volksgemeinschaft“ zu sein, musste man die rassenbiologischen Prämissen des

Lässt sich Ideologie durch Feste und Feiern etablieren?

Neben den Gleichschaltungsprozessen, die von Gewalt und Terror begleitet waren, griffen die Nationalsozialisten auch auf perfekt organisierte Massenveranstaltungen zurück, um eine positive Haltung zur „Volksgemeinschaft“ und zur NS-Ideologie hervorzurufen.

- *Untersuche, warum die inszenierten Feste und Feiern bei manchen eine Faszination für das totalitäre System auslösten.*



Reichsparteitag in Nürnberg 1933, Einmarsch der NS-Führungsspitze, Foto, 1933

Anmoderation eines Unterkapitels aus Forum Geschichte, S. 132, welche zeigt, dass ein klassischer Unterrichtsgegenstand, Propaganda im NS-Staat, mittlerweile mit dem analytischen Leitbegriff „Volksgemeinschaft“ zur Erforschung der Gesellschaftsgeschichte kombiniert wird.

Regimes nicht nur erfüllen, sondern auch akzeptieren. Entsprechend der Parole „Du bist nichts, dein Volk ist alles“ existierten für das Individuum keine verbrieften Rechte. Dass die rassische Zugehörigkeit nicht unbedingt ausreichte, um als vollwertiger „Volksgenosse“ zu gelten, offenbart etwa die Verfolgung politischer Gegner. Michael Wildt unterstreicht: „Das ‚Volk‘ in der nationalsozialistischen Perspektive war ein Volkskörper, dessen Leistungsfähigkeit gesteigert, intensiviert und optimiert werden sollte. Die ‚Volksgemeinschaft‘ bestand nicht aus rechtlich gleichen Staatsbürgern, sondern war eine biologisch definierte Gemeinschaft von Volksgenossinnen und Volksgenossen, die zuerst pflichtgemäß all ihre Kraft für das Volksganze einzusetzen hatten und

nur deshalb einen Anspruch auf Zuteilungen ableiten konnten: ‚Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen!‘ Mehr noch: Wer nicht arbeite, falle der ‚Volksgemeinschaft‘ zur Last und müsse ausgemerzt werden. Diese biologisch-utilitaristische Definition von ‚Volksgemeinschaft‘ war keine vornehmlich inkludierende Ordnung, sondern eine radikal ausgrenzende biopolitische Ordnung tödlicher Ungleichheit.“²³

Neben dem verheißungsvollen Propaganda-Motiv und dem ideologischen Programm eröffnet „Volksgemeinschaft“ für Lernende wegen ihrer praxeologischen Perspektive auf die NS-Gesellschaft Einblicke in die spezifischen Aushandlungsprozesse von Vergemeinschaftung und Exklusion im Alltag. Untersuchungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass gerade bei öffentlichen Formen der Herabstufung und Ausgrenzung anderer für die Menschen das neue „Wir“ erlebbar wurde und die Bindung an die Idee der „Volksgemeinschaft“ verstärkte. So boten die unterschiedlichsten Formen physischer und psychischer Gewalt gegen „Gemeinschaftsfremde“ nachweislich vielen „Volksgenossen“ Möglichkeiten der persönlichen Profilierung, Bereicherung und Vorteilsnahme. Kurz: „Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung“.²⁴ Insbesondere die Politik des staatlich verordneten Antisemitismus stieß – sei es aufgrund ideologischer Dispositionen oder handfester materieller Interessen – bei einem beträchtlichen Teil der „Volksgemeinschaft“ auf positive Resonanz. Drei Beispiele mögen genügen: Das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7. April 1933 und diverse Folgeerlasse führten zur Vertreibung jüdischer Beamten, Rechtsanwälte und Ärzte aus ihren Berufen, boten aber gleichzeitig exzellente Karrierechancen vor allem für jüngere „Volksgenossen“, die diese zu nutzen verstanden.²⁵ Evident wird die Partizipation gewöhnlicher Deutscher an der Exklusionspolitik ebenso, wenn die „Arisierungen“ in den Blick geraten. Von der Möglichkeit zum Erwerb neuer Besitztümer zu Schleuderpreisen bei gleichzeitiger Ausschaltung der unliebsamen jüdischen Konkurrenz machten nachweislich unzählige „Volksgenossen“ Gebrauch.²⁶ Persönliche Bereicherung erfolgte ebenfalls während der im gesamten Reichsgebiet im Anschluss an die Deportationen stattfindenden öffentlichen Versteigerungen von Einrichtungs- und Wertgegenständen aus jüdischem Besitz. Unzählige Deutsche ersteigerten neben Möbeln, Kunstgegenständen oder Kleidungsstücken tausende nützliche Kleinigkeiten, welche die Zwangsverschleppten zurücklassen mussten.²⁷

Empirische Befunde

Wo taucht in den untersuchten Schulbüchern der Begriff „Volksgemeinschaft“ auf? Die nachstehende Tabelle zeigt, in welchen thematischen Unterkapiteln der Terminus mit mindestens einer Nennung im Verfasser-text vorkommt:

	Forum Geschichte	Geschichte und Geschehen	Anno
Ideologie und „Weltanschauung“	x	x	x
Kinder, Jugendliche und Frauen	x		x
Propaganda (Feste und Feiern, Wirtschafts- und Sozialpolitik, Freizeit)	x	x	x
Verfolgung von Jüdinnen und Juden bis 1938	x	x	
„Aussonderung“ anderer Minderheiten	x	x	x

Die Übersicht macht deutlich, dass „Volksgemeinschaft“ je nach Lehrwerk eine mehr oder weniger starke Präsenz bei der thematischen Vermittlung von Nationalsozialismus für sich beanspruchen kann. Allerdings findet der Begriff fast ausschließlich in solchen Schulbuchkapiteln Verwendung, in denen die Phasen der Formierung und Konsolidierung nationalsozialistischer Herrschaft zwischen 1933 und 1938 aufbereitet sind. In den Abschnitten dagegen, die über den Mord an den europäischen Jüdinnen und Juden, den militärischen Kriegsverlauf, die Besatzungspolitik, den Widerstand oder Flucht und Vertreibung, also den Zeitraum von 1939 bis 1945 informieren, wird das Wort „Volksgemeinschaft“ – mit einer Ausnahme – in keinem der Lehrwerke gebraucht.

Wie oft ein manifestes Element im Schulbuch – hier das Wort „Volksgemeinschaft“ – vorkommt, sagt naturgemäß noch relativ wenig über dessen Bedeutung aus. Gefragt wurde daher, ob die Lehrwerksautorinnen und -autoren in einer Marginalspalte neben dem Verfasser-text oder in einem Glossar im Anhang des Buches Begriffserklärungen als Lesehilfen bereitstellen, die Schülerinnen und Schüler entweder bei der häuslichen Lektüre oder im Unterricht konsultieren können. Zunächst ist zu konstatieren, dass alle Lehrwerke versuchen, „Volksgemeinschaft“ definitorisch zu fassen. „Geschichte und Geschehen“ verzichtet zwar auf eine Erläuterung im Glossar oder in der Randspalte,

widmet der „Volksgemeinschaft“ aber einen separaten Abschnitt im Verfassertext, in dem es heißt: „Als gesellschaftliches Ideal propagierten die Nationalsozialisten die ‚Volksgemeinschaft‘. Sie verstanden darunter eine rassistisch einheitliche Gesellschaft, in der sich alle zu den Zielen des Nationalsozialismus bekannten. Im Umkehrschluss bedeutete dies: All jene Menschen, die nach NS-Auffassung der ‚Volksgemeinschaft‘ nicht angehörten, wurden ausgeschlossen, schikaniert und beseitigt. Die systematische Ausgrenzung traf politisch Andersdenkende, wie Kommunisten, Sozialisten und andere überzeugte Verfechter der Demokratie, zudem Arbeitslose, sogenannte ‚Asoziale‘, Zeugen Jehovas, Homosexuelle, Menschen mit Behinderung oder Sinti und Roma. Am heftigsten hatten jedoch die etwa 500.000 in Deutschland lebenden Juden unter der menschenverachtenden NS-Politik zu leiden.“²⁸

Demgegenüber bieten die Autorinnen und Autoren von „Anno“ ihren jugendlichen Leserinnen und Lesern die folgende Erläuterung: „Volksgemeinschaft. In der Ideologie des Nationalsozialismus wurde stets die ‚rassistisch verbundene Volksgemeinschaft‘ beschworen, die über Klassengegensätzen stehen und sich dem ‚Führer‘ unterordnen sollte. Da die Nationalsozialisten entschieden, wer zu ihr zählen sollte, war die Volksgemeinschaft ein Instrument zur Ausgrenzung von Minderheiten und zur Brandmarkung politischer Gegner.“²⁹ Das Lexikon von „Forum Geschichte“ weist schließlich aus: „Volksgemeinschaft‘, zentraler Begriff der Nationalsozialisten. Sie verstanden darunter eine ‚Blut- und Schicksalsgemeinschaft‘, in der alle Standesgegensätze, Parteien und Einzelinteressen aufgehoben werden sollten. Die Gemeinschaft sollte sich dem Willen des ‚Führers‘ unterordnen. Ausgeschlossen von der ‚Volksgemeinschaft‘ waren politische Gegner (Sozialisten, Kommunisten) und alle, die aus ideologischen und rassistischen Gründen ausgegrenzt wurden, z.B. die Juden.“³⁰

Die Zitate lassen erkennen, dass alle Lehrwerke auf zwei wesentliche Aspekte der Forschung rekurrieren: „Volksgemeinschaft“ sei erstens eine propagandistische Floskel gewesen, in der die Nationalsozialisten alle gesellschaftlichen Unterschiede aufgehoben sahen. Die Beschwörung und partielle Realisierung der „Volksgemeinschaft“ seien zweitens mit einer für die Nationalsozialisten notwendigen Scheidung zwischen Nicht-„Volksgenossen“ und „Volksgenossen“ verbunden gewesen. Stets habe ein Nebeneinander von Vergemeinschaftungs- und Exklusionspolitik existiert. Aus den Definitionen selbst lässt sich dagegen nicht entnehmen, dass die Ideologie der „Volks-

Die „Volksgemeinschaft“ – ein Ideal?

Die Nationalsozialisten versprachen den Deutschen eine „Volksgemeinschaft“ ohne Klassengegensätze und somit eine Inklusion der „Volksgenossen“. Sie definierten, wer gleichberechtigt zu dieser Gemeinschaft gehören sollte und welche Funktion er hier zu erfüllen hatte. Beispielhaft soll im Folgenden dargestellt werden, wie Jugendliche und Frauen in diese Gemeinschaft geführt wurden und welche Funktionen sie hier zu erfüllen hatten. Du lernst verschiedene Perspektiven kennen.

- Wurden die Bestrebungen der Nationalsozialisten nach Ein- und Unterordnung in die „Volksgemeinschaft“ ohne Weiteres akzeptiert?

M 1

Hannes Bienert (*1928) aus Bochum erinnert sich an die Hitlerjugend (2013):

- Ob Junge oder Mädchen, jeder musste einer Jugendorganisation beitreten. Es gab zwar keinen direkten Zwang, aber es wurde dann auf dich, wenn du nicht mitgemacht hattest, Druck ausgeübt und die Hitlerjungen versohnten mir den Hintern ... Du warst ja ein Außenseiter und hattest dann auch nicht nur da, sondern auch, wenn das bekannt war, in der Schule Nachteile ... In der Hitlerjugend also z. B. gab es die Wehrsportgruppe, da wurden Schießübungen gemacht. Dann gab es auch noch den Reitersport und Segelfliegen, um nur ein paar Beispiele zu nennen. Damals war das für uns begeisternd, das war sozusagen schon Vorbereitung auf den Krieg ... Nicht, dass du kriegtest Schläge, aber das war dann so: Du wurdest vor der ganzen Truppe, wenn die angetreten war, gemaßregelt und im Wiederholungsfall kriegtest du dann die Strafe. Im Sportunterricht wurde einer ausgesucht, der stärker war. Beide bekamen Boxhandschuhe und der Stärkere hat dich dann nach Strich und Faden verprügelt, bis das Blut spritzte. Bei den Geländespielen war das ähnlich. Wir wurden in zwei Gruppen eingeteilt, also wie an der Front und im Krieg. Es wurde nicht geschlagen, aber man wurde in den Schwitzkasten genommen, an den Armen genommen und gepresst, bis man keine Luft mehr kriegte.

Zit. nach <https://www.dhm.de/lemo/zeitzeugen/hannes-bienert-hitlerjugend-in-koenigsberg.html> (Stand: 26.10.2017).

M 2

Erinnerungen eines Abiturienten an die Hitlerjugend (1950):

- Diese Kameradschaft, das war es auch, was ich an der Hitlerjugend liebte ... Und dann die Fahrten! Gibt es etwas Schöneres, als im Kreis von Kameraden die Herrlichkeiten der Heimat zu genießen? Oft zogen wir am Wochenende in die nächste Umgebung von K. hinaus, um den Sonntag dort zu verleben. Welche Freude empfanden wir, wenn wir an irgendeinem blauen See Holz sammelten, Feuer machten und darauf dann eine Erbsensuppe kochten! ... Und es ist immer wieder ein tiefer Eindruck, abends in der freien Natur im Kreise um ein kleines Feuer zu sitzen und Lieder zu singen oder Erlebnisse zu erzählen! Diese Stunden waren wohl die schönsten, die uns die Hitlerjugend geboten hat. Hier saßen dann Lehrlinge und Schüler, Arbeitersöhne und Beamten-söhne zusammen und lernten sich gegenseitig verstehen und schätzen.

Zit. nach Kurt Haß (Hg.), *Jugend unterm Schicksal. Lebensberichte junger Deutscher 1946–1949*, Hamburg (Wegner) 1950, S. 61ff.

„Volksgemeinschaft“

zentraler Begriff der Nationalsozialisten. Sie verstanden darunter eine „Blut- und Schicksalsgemeinschaft“, in der alle Standesgegensätze, Parteien und Einzelinteressen aufgehoben werden sollten und sich die Gemeinschaft dem Willen eines „Führers“ unterordnete. Nicht in die „Volksgemeinschaft“ gehörten nach Auffassung der Nationalsozialisten diejenigen, die zum politischen Gegner erklärt oder aus rassistischen Gründen ausgeschlossen wurden.

Quellenarrangement zu „Volksgemeinschaft“ und „Hitlerjugend“ aus Forum Geschichte, S. 128. Deutlich werden die für das Konzept der „Volksgemeinschaft“ konstitutiven und stets nebeneinander existierenden Prozesse der In- und Exklusion.

gemeinschaft“ für große Teile der Bevölkerung eine enorme Anziehungskraft besaß, etwa weil sie dem/der Einzelnen – oft auf Kosten der Ausgeschlossenen – berufliche Aufstiegschancen und materielle Gewinne versprach.

„Geschichte und Geschehen“ nutzt den Begriff zwar prominent als Überschrift für ein Unterkapitel³¹ und drückt in verschiedenen Arbeitsteilen Quellen zu Inklusions- und Exklusionsprozessen ab; didaktische Arrangements aber, in denen „Volksgemeinschaft“ in den Mittelpunkt zur Erklärung gesellschaftlicher Aspekte gerückt wird, sind nicht vorhanden. Anders dagegen verfahren „Forum Geschichte“ und „Anno“. Erstgenanntes Lehrwerk versieht eine Doppelseite mit dem Titel „Die ‚Volksgemeinschaft‘ – ein Ideal?“ und erhebt den Begriff zur Leitkategorie, mit der an einem konkreten Beispiel die gesellschaftliche Dimension des Nationalsozialismus für die Schülerinnen und Schüler fassbar werden soll. So stoßen die Lernenden etwa auf zwei Quellen, aus denen unterschiedliche Perspektiven auf die Hitlerjugend deutlich werden.

Während ein Zeitzeuge im Jahr 2013 sowohl den Druck schildert, der auf Jugendliche ausgeübt wurde, die nicht in die HJ eintraten, als auch das Klima der Gewalt beschreibt, das innerhalb der Organisation herrschte, offenbart der zweite Erinnerungsbericht von 1950 in aller Deutlichkeit die (ungebrochene) Faszination, welche die HJ auf den Verfasser ausübte. Dem Trugbild einer von Klassenwidersprüchen befreiten „Volksgemeinschaft“ hängt der Verfasser auch nach dem Krieg noch unverändert an.³² Beispielhaft erkennbar wird hier, dass die von den Nationalsozialisten versprochene „Volksgemeinschaft“ nicht lediglich auf dem Ausschluss von denjenigen, die zu politischen Gegnern erklärt oder aus rassistischen Gründen ausgegrenzt wurden, und der automatischen Inklusion aller „Volksgenossen“ basierte. Wer gleichberechtigt zu dieser Gemeinschaft gehören wollte, musste sich innerhalb dieser Gemeinschaft auch ein- und unterordnen; andernfalls drohte auch ihm/ihr die Exklusion.

Die Verfasserinnen und Verfasser von „Anno“ akzentuieren auf einer Seite mit dem Titel „‚Volksgemeinschaft‘ – Der Nationalsozialismus als Ausgrenzungsgemeinschaft“ die Koexistenz von Inklusion und Exklusion. Gegenübergestellt werden ein Propagandaplakat „Winterhilfswerk – Ein Volk hilft sich selbst“ und eine Fotografie, auf der „arische“ Frauen zu sehen sind, die enge Freundschaften mit „Ostarbeitern“ begonnen

hatten und dafür im November 1940 auf dem Marktplatz von Schmölln (Thüringen) öffentlich kahl geschoren wurden, um sie als schändlich zu brandmarken. Die Schülerinnen und Schüler werden angehalten, die Bildquellen zu untersuchen und herauszuarbeiten, auf welche Weise hier für die zeitgenössischen Betrachterinnen und Betrachter Teilnahme an der „Volksgemeinschaft“ oder Ausgrenzung veranschaulicht wurden.³³

Fazit und Ausblick

Schulbücher spiegeln nicht die Unterrichtswirklichkeit wider. Sie stellen vielmehr eine mitunter bis auf die Ebene der einzelnen Unterrichtsstunde heranreichende Konzeption dar, die von privaten Verlagen zur Nutzung im Geschichtsunterricht entworfen wurde. Gleichwohl sollte der Einfluss, den Schulgeschichtsbücher zumindest theoretisch auf die Bewusstseinsbildung ganzer Alterskohorten haben, nicht unterschätzt werden. Zwar ist die These von der Stellung des Schulbuches als Leitmedium für historisches Lehren und Lernen eine häufig beschworene und zugleich selten empirisch geprüfte. Neuere Daten geben aber deutliche Hinweise darauf, dass das Lehrwerk nicht nur sehr häufig und intensiv im Klassenzimmer eingesetzt, sondern auch durch die Lehrpersonen in der Vorbereitung des Unterrichts und zur Erstellung eigener Lernmaterialien für Schülerinnen und Schüler (z.B. Arbeitsblätter) genutzt wird.³⁴ Als „heimlicher Lehrplan“ prägt es den Geschichtsunterricht offenkundig maßgeblich.

Ein Geschichtslehrwerk kann die in der Fachwissenschaft zu „Volksgemeinschaft“ bis ins kleinste Detail vorgetragenen Erkenntnisse niemals in Gänze wiedergeben. Der Platz, der Schulbuchautorinnen und -autoren für die Abfassung ihrer Texte und den Abdruck von Materialien zur Verfügung steht, ist begrenzt. Des Weiteren wird ein Geschichtslehrwerk nicht primär für ausgebildete Historikerinnen und Historiker, sondern für Schülerinnen und Schüler mit wenig bis gar keinen Vorkenntnissen geschrieben. Statt sich in den Verästelungen der Wissenschaft zu verrennen, muss es vornehmlich um historische Orientierung in Raum und Zeit gehen. Die für die jungen Leserinnen und Leser meist unbekannten Inhalte müssen zudem insoweit elementarisiert werden, als sie ihrem altersspezifischen Erfahrungs- und Verständnishorizont angemessen sind – das natürlich wiederum im besten Fall auf dem neuesten Stand der Forschung und vor allem frei von sachlichen Fehlern, denn natürlich haben auch die in der Schule Lernenden einen Anspruch auf verlässliche Wissensvermittlung.³⁵

Eingedenk der dem Medium innewohnenden Zwänge zur Komplexitätsreduktion kann die zu Beginn gestellte Frage, ob aktuelle Schulgeschichtsbücher mit Hilfe des „Volksgemeinschaft“-Konzeptes ein vertieftes historisches Verständnis des Nationalsozialismus vermitteln, bedingt bejaht werden. Wenn auch die vorliegenden Begriffserklärungen vor allem auf die projektierte nationalsozialistische Gesellschaftsordnung sowie die Koordinaten für ein dichotomisches Zuschreibungssystem, das zwischen „Volksgenossen“ und „Gemeinschaftsfremden“ unterschied, abheben, so wird doch innerhalb der einzelnen Unterkapitel über die Behandlung propagandistischer Organisationen wie „Kraft durch Freude“ usw. die Attraktivität der „Volksgemeinschaft“ für weite Teile der Bevölkerung klar herausgestellt. Das gilt – trotz der angeführten Arrangements aus „Forum Geschichte“ und „Anno“ – nur teilweise für das Faktum, dass selbst die von der NS-Rassenlehre als wertvoll eingestuft Menschen durch ein Handeln, das nicht der nationalsozialistischen Weltanschauung entsprach, Gefahr liefen, aus der „Volksgemeinschaft“ ausgegrenzt zu werden. Die „Aussonderung“ dieser Personen oblag, so die Absicht des NS-Regimes, auch den einfachen „Volksgenossen“, die von Beginn an zum Denunziantentum angestiftet wurden und damit zur praktischen Verwirklichung der „Volksgemeinschaft“ beitragen sollten. Um Schülerinnen und Schüler dieses (intendierte) Beziehungsgeflecht zwischen „oben“ und „unten“ zu verdeutlichen, könnte etwa auf eines der zahlreichen Flugblätter zurückgegriffen werden, die die NSDAP im Zuge der Boykottaktionen gegen jüdische Geschäfte im April 1933 veröffentlichte. So konnten etwa die Bewohnerinnen und Bewohner im ober-schlesischen Beuthen lesen: „Deutsche Frauen! Den Kampf gegen den Marxismus haben die Männer siegreich zu Ende geführt, den Kampf gegen das Judentum führt die deutsche Frau, denn sie ist es, die den größten Teil der Einkäufe zu besorgen hat. Die Judenfrage ist am einfachsten durch wirtschaftliche Maßnahmen zu lösen. Kauft nur in christlichen deutschen Geschäften! Helft mit bei der Aufklärung und meldet uns diejenigen, die auch heute noch anders handeln. Denn wer sich außerhalb dieser Richtlinien stellt, ist ein Verräter an der deutschen Volksgemeinschaft.“³⁶

Relativ blass bleibt darüber hinaus die rassistische Praxis vor Ort, an der sich unzählige „Volksgenossen“ bereitwillig engagierten und damit entschieden zur Herstellung von Ungleichheit beitrugen. Thematisch im Unterricht aufgegriffen werden könnte diese „Selbstermächtigung“ etwa durch die Aktionsform „Rassenschande“, d. h. die

öffentliche Anprangerung von Liebesbeziehungen zwischen Juden und Nichtjuden. Während dieser „Umzüge“ wurde von der nichtjüdischen Bevölkerung aktiv erlebt, wer zur „Volksgemeinschaft“ gehörte und wer nicht; Gemeinschaft wurde hier durch Ausgrenzung hergestellt, denn erst durch die zahlreichen Beobachter und Mitmacher erhielten die „Umzüge“ ihre eigentliche Bedeutung. Physische Gewalt gegen Juden und wider die NS-Rassenideologie handelnde Nichtjuden, das wird hier beispielhaft für Lernende sichtbar, beschränkte sich keineswegs auf aktivistische und militante Partei-, SA- oder SS-Leute, sondern ging häufig genug von einfachen „Volksgenossen“ aus.³⁷

Schließlich: Dass dem Begriff „Volksgemeinschaft“ nahezu ausschließlich in der Zeitspanne von 1933 bis 1938 eine Schlüsselrolle in den Schulbüchern zukommt, ist wenig einleuchtend. Nicht nur hat sich das Konzept auf fachwissenschaftlicher Ebene für die Kriegsjahre als tragfähig erwiesen³⁸, die Schulbuchautorinnen und -autoren weisen der „Volksgemeinschaft“ bereits auf den Auftaktdoppelseiten, die dem Einstieg in die Themeneinheit dienen, Bedeutung zu, indem sie auch anhand dieser Leitkategorie verschiedene Kompetenzen ausweisen, die Schülerinnen und Schüler erwerben können oder sollen. Infolgedessen ist ein abruptes Ende vom Sprechen von der „Volksgemeinschaft“ bei ungefähr der Hälfte der Themeneinheit schwerlich nachvollziehbar.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Bajohr, Frank: Trends der Holocaustforschung seit den 1990er Jahren. Errungenschaften, Wandel, Probleme und Herausforderungen, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 70, 2019, H. 9/10, S. 485 – 496.
- 2 Vgl. Hilberg, Raul: Täter, Opfer, Zuschauer. Die Vernichtung der Juden 1933 – 1945, Frankfurt am Main 1992.
- 3 Vgl. Wagner, Jens-Christian: NS-Gesellschaftsverbrechen in der Gedenkstättenarbeit, in: Schmiecien-Ackermann, Detlef / Buchholz, Marlis / Roitsch, Bianca / Schröder, Christiane (Hrsg.): Der Ort der „Volksgemeinschaft“ in der deutschen Gesellschaftsgeschichte, Paderborn 2018, S. 421 – 437; Dierl, Florian: Gedenkstätten, Dokumentationszentren und Museen als Akteure der Vergangenheitsaufarbeitung, in: Brechtken, Magnus (Hrsg.): Aufarbeitung des Nationalsozialismus. Ein Kompendium, Göttingen 2019, S. 111 – 127.

- gen 2021, S. 247 – 260; Nerdinger, Winfried (Hrsg.): München und der Nationalsozialismus. Katalog des NS-Dokumentationszentrums München, München 2015.
- 4 Vgl. nur Schinkel, Etienne: Die NS-Volksgemeinschaft in aktuellen Geschichtsschulbüchern? Empirische Befunde und pragmatische Konsequenzen, in: Danker, Uwe / Schwabe, Astrid (Hrsg.): Die NS-Volksgemeinschaft. Zeitgenössische Verheißung, analytisches Konzept und ein Schlüssel zum historischen Lernen? Göttingen 2017, S. 125 – 139.
 - 5 Vgl. etwa Herbert, Ulrich: Echoes of the Volksgemeinschaft, in: Steber, Martina / Gotto, Bernhard (Hrsg.): Visions of Community in Nazi Germany. Social Engineering and Private Lives, Oxford 2014, S. 60 – 69; Kershaw, Ian: „Volksgemeinschaft“. Potenzial und Grenzen eines neuen Forschungskonzepts, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 59, 2011, H. 1, S. 1 – 17; Longerich, Peter: Gemach – bis zum Praxistest, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 62, 2014, H. 3, S. 459 – 462.
 - 6 Danker, Uwe: Volksgemeinschaft und Lebensraum. Die Neulandhalle als historischer Lernort, Neumünster/Hamburg 2014, S. 63.
 - 7 Ministerium für Bildung Sachsen-Anhalt (Hrsg.): Fachlehrplan Geschichte Gymnasium, Magdeburg 2019, S. 35.
 - 8 Lehrwerke für die Sekundarstufe I sind zulassungspflichtig, d.h. Schulbuchverlage sind gezwungen, ihre Bücher in enger Anlehnung an die bildungspolitischen Vorgaben der jeweils gültigen Lehrpläne zu konzipieren.
 - 9 Vgl. Born, Nicky (Hrsg.): Forum Geschichte 9 Sachsen-Anhalt. Vom Ersten Weltkrieg bis zu den Folgen der nationalsozialistischen Diktatur, Berlin 2018.
 - 10 Vgl. Sauer, Michael (Hrsg.): Geschichte und Geschehen 3. Ausgabe für Nordrhein-Westfalen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein, Sachsen-Anhalt, Stuttgart 2017.
 - 11 Vgl. Baumgärtner, Ulrich (Hrsg.): Anno – Geschichte 9/10. Ausgabe für Gymnasien in Sachsen-Anhalt, Braunschweig 2019.
 - 12 Vgl. zu Bausteinen und Gestaltungsweisen von Geschichtsschulbüchern grundlegend Sauer, Michael: Schulgeschichtsbücher. Herstellung, Konzepte, Unterrichtseinsatz (Stichworte zur Geschichtsdidaktik), in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 67, 2016, H. 9/10, S. 588 – 603.
 - 13 Thamer, Hans-Ulrich: Nation als Volksgemeinschaft. Völkische Vorstellungen, Nationalsozialismus und Gemeinschaftsideologie, in: Gauger, Jörg-Dieter / Weigelt, Klaus (Hrsg.): Soziales Denken in Deutschland zwischen Tradition und Innovation, Bonn 1990, S. 112 – 128, hier S. 113.
 - 14 Vgl. Bajohr, Frank / Wildt, Michael: Einleitung, in: Dies. (Hrsg.): Volksgemeinschaft. Neue Forschungen zur Gesellschaft des Nationalsozialismus, Frankfurt am Main 2009, S. 7 – 23.
 - 15 Das Paradebeispiel war der Propagandafeldzug für den „KdF-Wagen“. Das Versprechen eines preis-

- günstigen Volks-Automobils veranlasste rund 336.000 Menschen zu wöchentlichen Vorschuss-Ratenzahlungen an die DAF. Da das Volkswagenwerk ab 1939 seine Produktion auf den Kriegsbedarf umstellte und nun in erster Linie der Anfertigung von Rüstungsgütern (Flugzeugteile, Flugbomben, Minen und geländegängige „Kübelwagen“) diente, erhielt kein Sparer ein eigenes Auto. Vgl. Mommsen, Hans / Grieger, Manfred: Das Volkswagenwerk und seine Arbeiter im Dritten Reich, Düsseldorf 1996, S. 179 – 202.
- 16 Vgl. Markus Urban: Die inszenierte Utopie. Zur Konstruktion von Gemeinschaft auf den Reichsparteitagen der NSDAP, in: Schmiechen-Ackermann, Detlef (Hrsg.): „Volksgemeinschaft“: Mythos, wirkungsmächtige soziale Verheißung oder soziale Realität im ‚Dritten Reich‘? Zwischenbilanz einer kontroversen Debatte, Paderborn 2012, S. 135–157.
 - 17 Vgl. Blaschke, Anette: Die Reichserntedankfeste vor Ort. Auf der Hinterbühne einer nationalsozialistischen Masseninszenierung, in: Reeken, Dietmar von / Thießen, Malte (Hrsg.): „Volksgemeinschaft“ als soziale Praxis. Neue Forschungen zur NS-Gesellschaft vor Ort, Paderborn 2013, S. 125 – 141.
 - 18 1.000 Reichsmark entsprachen etwa sechs bis sieben Monatslöhnen einer Arbeiterfamilie. Die Darlehensschuld konnte „abgekindert“ werden. Pro Neugeborenem wurde den Eheleuten ein Viertel des Kredits erlassen. Vgl. Frei, Norbert: Der Führerstaat. Nationalsozialistische Herrschaft 1933 bis 1945, München 2013, S. 99.
 - 19 Vgl. Hachtmann, Rüdiger: ‚Volksgemeinschaftliche Dienstleister‘? Anmerkungen zu Selbstverständnis und Funktion der Deutschen Arbeitsfront und der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“, in: Schmiechen-Ackermann (Hrsg.): „Volksgemeinschaft“ (wie Anm. 16), S. 111 – 131.
 - 20 Frei, Norbert: „Volksgemeinschaft“. Erfahrungsgeschichte und Lebenswirklichkeit der Hitler-Zeit, in: Ders.: 1945 und wir. Das Dritte Reich im Bewußtsein der Deutschen, München 2009, S. 121 – 142, hier S. 127 – 128.
 - 21 Kißener, Michael: Die braune Diktatur. Nationalsozialistische Herrschaft 1933 – 1945, in: Praxis Geschichte H. 3/2009, S. 4–9, hier S. 8.
 - 22 Vgl. Wildt, Michael: Volksgemeinschaft – eine moderne Perspektive auf die nationalsozialistische Gesellschaft, in: Ders.: Die Ambivalenz des Volkes. Der Nationalsozialismus als Gesellschaftsgeschichte, Berlin 2019, S. 23 – 46.
 - 23 Wildt, Michael: Umstrittene „Volksgemeinschaft“. Ein politischer Schlüsselbegriff zwischen Weimarer Republik und Nationalsozialismus, in: Hochmuth, Hanno / Sabrow, Martin / Siebeneichner, Tilmann (Hrsg.): Weimars Wirkung. Das Nachleben der ersten deutschen Republik, Göttingen 2020, S. 78–91, hier S. 87.
 - 24 Vgl. die Pionierstudie von Wildt, Michael: Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung. Gewalt gegen Juden in der deutschen Provinz 1919 bis 1939, Hamburg 2007.

- 25 Vgl. Wirsching, Andreas: Die deutsche „Mehrheitsgesellschaft“ und die Etablierung des NS-Regimes im Jahre 1933, in: Ders. (Hrsg.): Das Jahr 1933. Die nationalsozialistische Machteroberung und die deutsche Gesellschaft, Göttingen 2009, S. 9 – 29.
- 26 Vgl. Bajohr, Frank: „Arisierung“ und wirtschaftliche Existenzvernichtung im Nationalsozialismus, in: Bambi, Andrea / Drecol, Axel (Hrsg.): Alfred Flechtheim. Raubkunst und Restitution, Berlin 2015, S. 29 – 36.
- 27 Die teilweise tumultartigen Ansammlungen von „Volksgenossen“ bei der Versteigerung von Hausrat deportierter Juden sind durch zahlreiche Fotografien dokumentiert. Vgl. etwa Hesse, Klaus / Springer, Philipp: Vor aller Augen. Fotodokumente des nationalsozialistischen Terrors in der Provinz, Essen 2002, S. 135 – 176.
- 28 Sauer, Michael (Hrsg.): Geschichte und Geschehen (wie Anm. 10), S. 110.
- 29 Baumgärtner, Ulrich (Hrsg.): Anno (wie Anm. 11), S. 347.
- 30 Born, Nicky (Hrsg.): Forum Geschichte (wie Anm. 9), S. 200.
- 31 Das entsprechende Unterkapitel lautet „Ausgegrenzt, unterdrückt, verfolgt? – wer stand außerhalb der ‚Volksgemeinschaft‘?“. Vgl. Sauer, Michael (Hrsg.): Geschichte und Geschehen (wie Anm. 10), S. 110 – 113.
- 32 Vgl. Born, Nicky (Hrsg.): Forum Geschichte (wie Anm. 9), S. 128 – 129.
- 33 Vgl. Baumgärtner, Ulrich (Hrsg.): Anno (wie Anm. 11), S. 91.
- 34 Vgl. Bernhard, Roland: Das Schulbuch als Leitmedium des Geschichtsunterrichts in Österreich. Empirische Ergebnisse einer Triangulationsstudie und einige Schlussfolgerungen für die Praxis, in: Kühberger, Christoph / Ders. / Bramann, Christoph (Hrsg.): Das Geschichtsschulbuch. Lehrer – Lernen – Forschen, Münster 2019, S. 35 – 56; Litten, Katharina: Wie planen Geschichtslehrkräfte ihren Unterricht? Eine empirische Untersuchung der Unterrichtsvorbereitung von Geschichtslehrpersonen an Gymnasien und Hauptschulen, Göttingen 2017, S. 266 – 271; Sauer, Michael: Wie verwenden Geschichtslehrkräfte Schulbücher? Ergebnisse einer Lehrerbefragung, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 69, 2018, H. 7/8, S. 406 – 417.
- 35 Jörn Rüsen betont zu Recht, dass ein Geschichtslehrwerk allen Verkürzungen und Platzproblemen zum Trotz „dem Forschungsstand als einer Art ‚Vetoinstanz‘ verpflichtet“ sei; es dürfe deshalb auch „keine historischen Interpretationen präsentieren, die dem wissenschaftlichen Erkenntnisstand widersprechen“ (Rüsen, Jörn: Das ideale Schulbuch. Überlegungen zum Leitmedium des Geschichtsunterrichts, in: Internationale Schulbuchforschung 14, 1992, H. 3, S. 237 – 250, hier S. 247).
- 36 Zitiert nach Wildt, Michael: Selbstermächtigung (wie Anm. 24), S. 150.
- 37 Vgl. hierzu den Unterrichtsvorschlag von Fuhrmann, Dirk / Kratz, Philipp: Gemeinschaft durch Ausgren-

zung? NS-Antisemitismus und Volksgemeinschaft, in: Geschichte lernen H. 180 (2017), S. 26–33.

- 38 Vgl. einführend Süß, Dietmar / Süß, Winfried: „Volksgemeinschaft“ und Vernichtungskrieg. Gesellschaft im nationalsozialistischen Deutschland, in: Dies. (Hrsg.): Das „Dritte Reich“. Eine Einführung, München 2008, S. 79–100.

Von Odense, Dänemark, nach Langenstein-Zwieberge: Ivan Adriansen (1924 – 1945)¹

Therkel Stræde

Vor einem schlichten Wohnhaus in der Straße Kochsgade Nummer 94 in Odense, Dänemark, liegt seit August 2021 ein Stolperstein – Teil des inzwischen viele tausende Steine in zahlreichen Ländern umfassenden Kunst- und Erinnerungsprojekts des Kölner Künstlers Gunter Demnig. Der Stein in einem traditionellen Arbeiterviertel der Hauptstadt der Insel Fünen erinnert an einen jungen Arbeiter, Ivan Adriansen, der dort zu Hause war und im April 1945 auf dem Todesmarsch vom Konzentrationslager Langenstein-Zwieberge, Außenlager des Konzentrationslagers Buchenwald, verstarb. Nachfolgend sollen der Däne, der fern der Heimat unter unmenschlichen Umständen verendete, kurz porträtiert und die Umstände seiner Deportation beschrieben werden.

Am 23. November 1943 verließ ein Transport der Kopenhagener Gestapo die dänische Hauptstadt in Richtung Deutschland. Die Deportationsopfer waren nur kurz in Kopenhagen, denn sie kamen nicht aus der Hauptstadt, sondern aus Odense, der einzigen größeren Stadt auf der zentralen Insel Fünen. Vier Frauen – darunter Mütter von kleinen Kindern, die schleunigst bei Familienangehörigen untergebracht werden mussten – waren stellvertretend für ihre Ehemänner verhaftet worden, die als Mitglieder des Widerstandes untergetaucht waren. Teilweise gehörten die Ehemänner auch zu den Deportierten. Neunzehn der Deportierten – einschließlich sämtlicher Frauen – waren der Zugehörigkeit zum Widerstand verdächtig, was aber von keinem weder dänischem noch deutschem Gericht festgestellt worden war. Sie wurden einem deutschen Kommuniqué zufolge „wegen wiederholter illegaler kommunistischer Tätigkeit“ deportiert. Bei den restlichen zwölf Männern war der angeführte Deportationsgrund „aufrührerische Tätigkeit“². Diese waren sehr jung – zwischen 18 und 22 Jahren – und hatten, wenn überhaupt eine periphere Berührung mit widerständischen Milieus gehabt. Einer der Jugendlichen war sogar festgenommen, weil er von den Straßenunruhen, die im August 1943 in Odense und anderen dänischen Städten die Stimmung im besetzten Land verschärften und die Kollaborationsregierung schließlich zum Rücktritt



Ivan Adriansen, ca. 1940

zwangen (dem sogenannten August-Aufstand), Fotoaufnahmen gemacht hatte. Er war passionierter Hobbyfotograph und hatte der möglichen Verwertung der Bilder, etwa in der illegalen Presse, keinen einzigen Gedanken gespendet. Gegen Ivan Adriansen war der Verdacht, der von der deutschen Polizei keineswegs substantiiert wurde, weniger abwegig. Der junge Arbeiter war im kommunistischen Elternhaus aufgewachsen und trat frühzeitig einer Jugendgruppe der dänischen kommunistischen Partei (DKP) bei. Er beteiligte sich begeistert an deren politischen und Freizeitaktivitäten. Als die Partei



Das Lagergebäude der Firma J.L. Larsen im Hafen von Odense nach der Brandsabotage der „Walther-Gruppe“ am 21. September 1942

nach dem Angriff auf die Sowjetunion im Juni 1941 auf deutsches Verlangen vom dänischen Parlament verboten wurde und viele Aktivisten von der dänischen Polizei verhaftet wurden, wurde Ivan Adriansen Mitglied der Odenser Widerstandsbewegung „Walther-Gruppe“. Diese gehörte zu den aktivsten und erfolgreichsten Widerstandsgruppen der dänischen Provinz. Sie organisierte zahlreiche Sabotageaktivitäten an deutschen Objekten sowie an dänischen Unternehmen, die für die Besatzungsmacht arbeiteten. Sie beteiligte sich des Weiteren an der Verteilung von illegalen Zeitungen und sogar an der Liquidierung von gefährlichen Denunzianten. Am 21. September 1942, als Ivan gerade 18 war, führte die Walther-Gruppe die erste größere Sabotage der Stadt Odense durch: Eine Lagerhalle der Firma J.L. Larsen, in der Teile für die deutsche U-Bootfertigung aufbewahrt wurden, wurde niedergebrannt.

In den folgenden Monaten beteiligte sich Ivan in schneller Folge an einer ganzen Reihe von Sabotageaktionen in der fünischen Industriestadt und deren Umgebung. Der junge Ivan Adriansen hatte nach einiger Zeit als Hilfskraft bei der örtlichen Fahrrad-



Ivan Adriansen (zweiter von links) mit Arbeitskollegen vor der Fahrradwerkstatt „Elektra“, Damhusvej 5, Odense

werkstatt „Elektra“ eine Lehre als Vulkaniseur angefangen – ein gefragter Beruf in einer Lage als die Besatzung die Zufuhr von Gummi und Reifen gestoppt hatte, weshalb die Rad- und die wenigen Autofahrer auf wiederaufbereitete Reifen und sonstige Ersatzware angewiesen waren. Mit seinem technischen Wissen wurde er ein geschätztes Mitglied der Widerstandsgruppe.

Ivans engster Kampfgenosse war der Berliner Flüchtling Herman Waldmann, der 1939 als jüdischer Landwirtschaftspionier durch die zionistische Organisation Hechalutz nach Dänemark vermittelt worden war, um sich in der Landwirtschaft für die spätere Umsiedlung nach Palästina auszubilden. Zu den waghalsigen Aktionen Waldmanns gehörte der Versuch, eine Fluchtroute für die bei der Besetzung in Dänemark gestrandeten Chalutzim, so nannte man die jüdischen Landschaftspioniere, zu erstellen. Der Plan von Waldmann war, die Chalutzim zu erfassen und sie eingehakt unter Güterwagons das nationalsozialistische Deutschland durchqueren zu lassen, um über

Rumänien nach Palästina auszureisen. Waldmann erreichte auf sehr strapaziöse Weise die Hafenstadt Constanta am Schwarzen Meer, aber als er auf demselben Wege nach Dänemark zurückkehrte, stellte er fest, dass mehrere Kumpels unterwegs in Deutschland verhaftet worden waren. Er ließ den gefährlichen Plan fallen und engagierte sich stattdessen im dänischen Widerstand. Im Sommer 1943 fand er Aufnahme in die Walther-Gruppe; im November 1943 wurde er in Odense verhaftet und mit der Odenser Gruppe nach Sachsenhausen deportiert. Er kam später nach Auschwitz und Groß-Rosen und wurde im April 1945 in Dachau befreit. Den Namen Uri Yaari nahm er nach seiner Einwanderung nach Israel an und behielt ihn auch nach seiner späteren Rückkehr nach Dänemark, wo er viele Jahre als Lehrer an der Deutschen Sankt Petri Schule in Kopenhagen arbeitete. Paradoxerweise war dies die Schule, die Kinder der hohen Besatzungsfunktionäre während der Jahre 1940 bis 1945 besuchten.³

Die Freiheitskämpferkarriere von Ivan Adriansen war schon am 10. Oktober 1943 beendet. Er wurde verhaftet und zwar von der dänischen Polizei, die noch immer bis September 1944 funktionierte. Im Sinne der in Verbindung mit der „Friedensbesetzung“ 1940 ausgestellten deutschen Garantien für die dänische Souveränität war die dänische Polizei weitgehend für die Sabotagebekämpfung zuständig. Auf deutsches Verlangen wurde er jedoch schnell an die Gestapo ausgeliefert, die ihn dann am 23. November 1943 dem „Odenser Transport“ zuwies. Die Besatzungsmacht war schon länger über die aufständische Haltung der Bevölkerung von Odense und die in der Stadt auftretenden Widerstandsaktionen irritiert gewesen. Auslöser des landesweiten „August-Aufstandes“ war eine Sabotage an der Stahlschiffswerft im Hafen von Odense, wo eine gut angebrachte Sprengbombe ein gerade fertiggebautes deutsches Marinefahrzeug versenkt hatte. Als Verstärker des Aufruhrs diente das Verprügeln eines Wehrmachtoffiziers auf offener Straße durch einen Straßenmob sowie weitere Ereignisse, die im ersten stadtweiten Generalstreik Dänemarks am 18. August 1943 gipfelten. Als am 20. November 1943 ein Gestapo-Spitzel an einer Bushaltestelle von der Walther-Gruppe liquidiert wurde, beschloss der Reichsbevollmächtigte in Dänemark, SS-Obergruppenführer Dr. Werner Best, ein Beispiel zu statuieren: Der Stadt Odense wurde eine Geldstrafe von 1 Million dänische Kronen (½ Million Reichsmark) auferlegt, und 31 Bürger und Bürgerinnen der Stadt wurden für die Deportation in deutsche Konzentrationslager ausgesucht, die am 23. November abging und am



Sommerausflug der kommunistischen Jugendorganisation DKU in Odense, 1939, mit Jonna Adriansen (zweite Reihe, 6. Person v.l.) neben ihrem älteren Bruder Ivan Adrianse

25. November 1943 in Ravensbrück bzw. Sachsenhausen eintraf. Deportationen aus Dänemark hatte es zu diesem Zeitpunkt nur wenige gegeben. Die ersten Transporte am 2. Oktober 1943 brachten 150 Aktivistinnen und Aktivisten der Arbeiterbewegung, die nach der Illegalisierung der Kommunistischen Partei von den dänischen Behörden im Internierungslager (später Polizeigefangenenlager) Horserød bei Helsingør inhaftiert gewesen waren, ins KZ Stutthof bei Danzig. Ferner wurden 284 Jüdinnen und Juden aus Hauptstadt und Provinz ins Ghetto Theresienstadt bei Prag deportiert, denen am 13. Oktober 1943 weitere 176 folgten. Dem Odense-Transport vom 23. November wurden noch 16 jüdischen Männer, Frauen und Kinder angeschlossen. Anders als den sonstigen Opfern der deutschen „Judenaktion“ in der Nacht vom 1. zum 2. Oktober wurden diese 16 Juden zunächst zurückgehalten, um besondere Umstände bezüglich ihrer Staats- oder Religionszugehörigkeit bzw. ihrer „rassischen Einstufung“ zu klären. Bei der Ankunft in Sachsenhausen wurden die Juden ausgesondert und auf dem Appellplatz verprügelt. Ivan Adriansen und die anderen als „Arier“ geltenden Odense-

aner hatten nur üble Beschimpfungen zu ertragen. Die Misshandlung ihrer jüdischen Reisegeossen konnten sie nicht verhindern.

Am 14. Oktober 1943 – vier Tage nach seiner Verhaftung – hatte Ivan Adriansen noch aus der dänischen Haftanstalt in der Odenser Straße Albanigade seiner Mutter und den Geschwistern zuversichtlich geschrieben:

„Ich bin ins Gefängnis gekommen, aber das habt Ihr wohl schon erfahren. Warum? Darüber wollen wir nicht spekulieren, denn es geht mir den Umständen entsprechend gut. [...] Es mag schon sein, daß Ihr von der deutschen Polizei vernommen werdet. Vielleicht ist das schon geschehen, bevor Ihr diesen Brief bekommen habt. Diejenigen, die mich vernommen haben, waren aber anständig. Jetzt habe ich nur noch mein Urteil abzuwarten.“⁴

Dementsprechend lässt sich vermuten, dass Ivan wenigstens die ersten Tage nicht gefoltert wurde. Die Tatsache, dass er bei der Deportation der Gruppe der „Aufständischen“, nicht der kommunistischen Widerstandskämpfer zugewiesen wurde, deutet darauf hin, dass seine Zugehörigkeit zur Walther-Gruppe unentdeckt blieb. Er wurde wohl gar nicht vor das deutsche Polizeigericht gestellt, sondern wie die anderen Jugendlichen auf Verdacht bzw. zur Statuierung eines Beispiels deportiert. Im Konzentrationslager Sachsenhausen wurde Ivan Adriansen wie die anderen männlichen „Neuzugänge“ dem bekannten demütigenden Initiationsverfahren unterworfen: Entlausung, Ganzkörperrasur, Abgabe sämtlicher mitgebrachten Gegenstände, Aufnahme der Personalien, Zuteilung einer Häftlingsnummer usw. Die Odenser Deportationsopfer wurden in einer Baracke mit Häftlingen aus anderen Ländern untergebracht. Dänische Häftlinge gab es in Sachsenhausen noch nicht bis auf einige wenige, die als Zivilarbeiter nach Deutschland gegangen waren und irgendwie gegen die Regel verstoßen hatten. Nach einer Quarantäne wurden die Neuankömmlinge dann zur Arbeit eingeteilt – mehrere zusammen oder auch einzeln. Ein Brief, den Ivan am 21. Dezember 1943 an seine Mutter schickte, ist – den Vorschriften zufolge – kurz und sachlich gehalten, verrät aber durch den Hinweis auf die Lebensmittelhilfspakete, die das Dänische Rote Kreuz an dänische Häftlinge in die Konzentrationslager verschickte, dass die Nahrungsmittel im Lager knapp waren:

„Liebe Mutter, jetzt wo ich diesen Brief schreibe, ist es nur noch eine Woche bis Weihnachten. Ich wünsche Euch allen frohe Weihnachten. Auch für mich wird es hoffentlich

gut sein, wo ich jetzt das herrliche „Rotes-Kreuz-Paket“ bekomme. Wie geht es zu Hause? Hast Du jetzt eine gute Arbeit, und wie geht es mit Deinen Beinen? Hast Du Nachrichten von Leon und Flemming [Freunde]? Connie und Steen [kleinere Geschwister] sind wohl beide gesund und groß geworden. Ich hoffe auf einen Brief zu Weihnachten. Die besten Grüße an Euch alle. Ich wünsche Euch ein Frohes Neujahr. Ivan“⁵

In Sachsenhausen wurde er unterschiedlichen Arbeitskommandos zugeteilt, erlebte wie die anderen die zunehmende Schwächung der Körperkräfte – trotz der mehr oder weniger regelmäßig eintreffenden „Rotes-Kreuz-Pakete“, deren Inhalte allerdings teilweise von der SS und Funktionshäftlingen entwendet wurden. Unzureichende Kost, lange Tage mit oftmals harter Arbeit und die Auswirkungen durch die allgegenwärtige Gewalt zehrten an den Kräften. Ende Juli muss er immer noch einigermaßen bei Kräften gewesen sein, denn er wurde für den Transport in ein Außenlager selektiert und am 28. Juli 1944 aus dem KZ Sachsenhausen nach Halberstadt ins Außenlager Juha des KZ Buchenwald überstellt. Auf dem Transport ins Ungewisse hatte er noch von zwei Mitgefangenen Gesellschaft, die ebenfalls aus dem kommunistischen Widerstandsmilieu in Odense kamen. Am 28. Juli 1944, als er mit dem Transport aus Sachsenhausen in Halberstadt eintraf, erhielt Ivan Adriansen die Häftlingsnummer 75288, zwei weitere Dänen Mogens Skov und Verner Sigurd Knudsen die unmittelbar folgenden Nummern.⁶ Verner Sigurd Knudsen war am 1. Dezember 1943 in Odense wegen „illegaler Tätigkeit“ verhaftet und mit Zwischenstation im Arresthaus von Flensburg nach Sachsenhausen deportiert worden.⁷ Knudsen überlebte den Aufenthalt in den deutschen Konzentrationslagern, war aber so geschädigt, dass dem inzwischen fünffachen Vater 1969 von den dänischen Behörden wegen 100-prozentiger Arbeitsunfähigkeit die Behindertenrente gewährt wurde.⁸

Mogens Skov war am 21. Dezember 1943 in einem 58 Mann starken Transport von Gestapo-Häftlingen aus Fünen und der Halbinsel Jütland nach dreitägiger Fahrt nach Sachsenhausen gekommen. Der Metallarbeiter Mogens Skov war zum Zeitpunkt seiner Deportation gerade 20 Jahre alt und gehörte wie Ivan Adriansen dem kommunistischen Widerstandsmilieu in Odense an. Er war an der Herstellung und Verteilung von illegalen Flugschriften beteiligt, hatte aber an Sabotageaktionen nicht teilgenommen. Er war am 29. November 1943 von der deutschen Sicherheitspolizei verhaftet worden und am 19. Dezember nach Kolding geschickt worden, von wo der Weitertransport mit der Bahn stattfand.⁹

Knudsen, Skov und Adriansen haben sich vermutlich gegenseitig moralisch unterstützt als sie nach der Selektion in Sachsenhausen dem Transport nach Halberstadt angeschlossen wurden. Danach gehen die spärlichen Informationen auseinander. Laut Jørgen Barfod, der sich weitgehend auf Erinnerungsberichte ehemaliger Häftlinge stützte, wurden Skov und Adriansen am 1. August 1944 nach Halberstadt ins Außenlager Langenstein-Zwieberge überführt.¹⁰ Im Archiv des Internationalen Suchdienstes in Bad Arolsen gibt es zuverlässigere Informationen. Häftlingskarteikarten aus Buchenwald zufolge wurden Skov, Adriansen und eben auch Knudsen am 28. Juli 1944 nach Halberstadt ins Buchenwald-Außenlager Juha verlegt, wo die Häftlinge für das Flugzeugwerk Junkers Zwangsarbeit leisten mussten.¹¹ Als Berufe wurden für Adriansen Maschinenschlosser, für Skov Dreher und für Knudsen Gießer in die Häftlingskartei von Buchenwald eingetragen – Berufe die in einem deutschen Rüstungswerk begehrt waren. Beschäftigt wurden sie aber anderen Unterlagen zufolge beruflich als Nieter erfasst. Von Halberstadt wurden Skov und Adriansen am 22. Februar 1945 nach Langenstein-Zwieberge verlegt, während Knudsen offensichtlich bei Junkers zurückblieb.¹² Die Auszahlungen von Ivan Adriansens Sachsenhausener Sparkonto am 16. November und 13. Dezember 1944 belegen, dass Adriansen sich über den Winter im Lager Juha in Halberstadt befand.¹³ Ob er für den abgezogenen Betrag Marktenderware bezog oder sich bei Kapos oder Wachleuten Vergünstigungen erkaufte, sei dahingestellt. Eine Einzahlung auf das Sparbuch von 25,58 RM aus Kopenhagen ist am 25. Januar 1945 verbucht und wird von der Familie eingezahlt gewesen sein – ein ziemlich umfassender Betrag für eine Arbeiterfamilie. Der Briefkontakt war jedoch sporadisch geworden. Das merkt man an einem überlieferten Brief der Mutter an ihn vom 1. März 1945:

„Danke für Deinen jüngsten Brief, den ich ein paar Tage nach Deinem Geburtstag erhielt – aber lieber Ivan, Du schreibst gar nicht, inwieweit Du meine verschiedenen Briefe und das Weihnachtspaket erhalten hast. Kamen sie bei Dir an? Ich habe einen Brief geschickt, den Du nach meiner Erwartung ungefähr zum Geburtstag erhalten solltest; antworte bitte darauf. Ich hoffe, daß Du stets guten Mutes und gesund bist; wir haben es alle gut.“¹⁴

Ivan hatte am 12. Februar 1945 Geburtstag. Um dieser Zeit war er noch im Außenlager Juha in Halberstadt, wurde aber bald danach nach Langenstein-Zwieberge versetzt. Die Verbindung zu ihm hatte die Familie aber schon verloren. Der Brief kam ohne Angabe des neuen Aufenthaltsortes nach Odense zurück.



Aktuelle Aufnahme des Gedenksteins für Ivan Adriansen von der Widerstandsorganisation „Walther-Gruppe“ in Ryvangen, nationaler Ehrenhain des dänischen Widerstandes. „Als Opfer du fielst für Freiheit und Frieden. Du gabst dein Leben fürs Volk.“

Langenstein-Zwieberge war im April 1944 als Außenlager von Buchenwald eingerichtet worden. Die Häftlinge mussten im Rahmen eines Projekts des „Jäger-Stabes“ ein Stollensystem in die Berge treiben und diese zu Produktionsstätten ausbauen. Harte und gefährliche unterirdische Arbeit und lange Arbeitstage mit denkbar geringer Verpflegung und medizinischer Versorgung waren ihr Los. Von 7.000 Häftlingen starben ca. 2.000 in der Lagerzeit. Anfang April wurde das Lager dann auf Befehl der SS geräumt: Der Todesmarsch begann am 9. April 1945, dem 5. Jahrestag der deutschen Besetzung von Dänemark, und verlief über Quedlinburg, Aschersleben, Köthen und Bitterfeld Richtung Osten. Nur ein kleiner Teil der Häftlinge überlebte diesen Todesmarsch. Die im Lager zurückgelassenen und schwerkranken Häftlinge wurden am 11. April durch Truppen der US-Army befreit. Unter den größeren Häftlingsgruppen im Lager Langenstein-Zwieberge – Polen, Sowjetbürger und Franzosen vor allem – fühlte sich ein Däne mit begrenzten Sprachkompetenzen bestimmt sehr verlassen, auch wenn er noch ein Landsmann zur Seite hatte. Auf dem Todesmarsch gingen Ivans Kräfte zu Ende, und er verstarb, ohne jegliche Papierspur zu hinterlassen. Alles spricht dafür, dass dasselbe Schicksal seinem Häftlingsgenosse Mogens Skov ereilte. Die späteren Bemühungen der dänischen Behörden, Adriansens Leichnam aufzufinden und nach Dänemark zurückzuführen, blieben erfolglos.

Der Mutter und den Geschwistern blieb die Trauer. Über sein Schicksal wurde an Gedenktafeln am schlichten Parteihaus der DKP in Odense und in der Kopenhagener Parteizentrale ebenso wie durch einen Gedenkstein in Ryvangen, der nationalen Gedenkstätte des Widerstandes in Kopenhagen erinnert. Jetzt zeigt also auch ein Stolperstein den Ort, wo der junge Odenseaner bis zu seiner Deportation mit der Mutter und den Geschwistern wohnte. Wer mehr wissen möchte, findet seine durch das Stadtarchiv Odense erstellte Kurzbiographie im Internet¹⁵ und die etwas längere Biographie der Historikerin Ann Ammons im Stadthistorischen Jahrbuch „Odensebogen“ von 2010.¹⁶

Anmerkungen

- 1 Für ihre freundliche Unterstützung bei den Recherchen möchte ich mich bei Andreas Skov, Stadtarchiv Odense, und Dr. Nicolas Bertrand, Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge, herzlich bedanken.
- 2 Vgl. Titelseite der konservativen Tageszeitung „Fyens Stiftstidende“ (Odense) vom 23.11.1943, online unter <http://www.fynunderbesaettelsen.dk/2022/02/fyens-stiftstidende-23-november-1943.html> [Stand vom 04.06.2022].
- 3 Katz, Per B.: Man skal blande sig. Uri Yaari in Memoriam, Kopenhagen 2014. Zu Uri Yaari vgl. ferner <https://arkiv.dk/vis/995448> [Stand vom 16.05.2022].
- 4 Brief von Ivan Adriansen an seine Mutter, Odense Polizeihafenanstalt, 14.10.1943 (Übersetzung ins Deutsche: Therkel Stræde), online unter <https://xn--besttelsestidensofre-k0b.dk/index.php/kildebank-breve/> [Stand vom 16.05.2022].
- 5 Brief von Ivan Adriansen an seine Mutter, KZ Sachsenhausen, 21.12.1943 (Übersetzung ins Deutsche: Therkel Stræde), online unter <https://xn--besttelsestidensofre-k0b.dk/index.php/kildebank-breve/> [Stand vom 16.05.2022].
- 6 Barfod, Jørgen: Helvede har mange navne, Kopenhagen 1994, S.118.
- 7 (<http://modstand.natmus.dk/Person.aspx?104713>)
- 8 Entschädigungsverfahren Knudsens im Archiv der Odense-Abteilung des Interessenverbandes der Berufsgeschädigten aus dem Widerstand, Stadtarchiv Odense (Andreas Skov).
- 9 Biographie von Mogens Skov online unter <http://modstand.natmus.dk/PersonBiografi.aspx?10320> [Stand vom 22.05.2022]; Barfod, Jørgen: Helvede har mange navne, Kopenhagen 1994, S.46, wo Skovs Sterbeort – mit ziemlicher Sicherheit irrtümlich – als Buchenwald angegeben ist.
- 10 Barfod, Jørgen: Helvede har mange navne, Kopenhagen 1994, S.118.
- 11 Online-Archiv des Arolsen Archives, Individuelle Häftlingsunterlagen – KL Buchenwald von Ivan Adriansen, online unter <https://collections.arolsen-archives.org/de/search/person/5414411?s=ivan%20adriansen&t=222836&p=1> und von Mogens Skov, online unter <https://collections.arolsen-archives.org/de/search/person/7129014?s=mogens%20skov&t=222836&p=1> [Stand vom 04.06.2022]. Vgl. ebenso den Nachtrag zur Veränderungsmeldung vom 28.07.1944, Online-Archiv des Arolsen Archives, online unter https://collections.arolsen-archives.org/de/archive/1-1-5-1_8012569 [Stand vom 04.06.2022].
- 12 Online-Archiv des Arolsen Archives, Individuelle Häftlingsunterlagen – KL Buchenwald von Verner Sigurd Knudsen, online unter <https://collections.arolsen-archives.org/de/search/person/6298566?s=Verner%20Sigurd%20Knudsen%20&t=222836&p=1> [Stand vom 04.06.2022].

- 13 Individuelle Häftlingsunterlagen – KL Buchenwald von Ivan Adriansen (wie Anm. 11).
- 14 Brief von Agnes Adriansen an ihren Sohn Ivan Adriansen, Odense, 01.03.1945 (Übersetzung ins Deutsche: Therkel Stræde), online unter <https://xn--besttelsestidensofre-k0b.dk/index.php/kildebank-breve/> [Stand vom 16.05.2022].
- 15 Online unter <https://xn--besttelsestidensofre-k0b.dk/index.php/ivan-adriansen/?msclkid=c4aa9b8da92011ec9f67e736a15c1c64> [Stand vom 04.06.2022].
- 16 Vgl. Ammons, Ann: Forsvundet på døds march. En ung modstandsmands skæbne, Odensebogen 2010.

Die Albert-van-Hoeji-Straße: Würdigung eines Überlebenden des KZ-Außenlagers Blankenburg-Oesig

Luisa Hulsrøj

Albert van Hoeji wurde am 27. Januar 1924 in der belgischen Kleinstadt Stekene geboren. Eigentlich sollte er nach der Schule wie sein Vater in der Flachsbranche arbeiten, die in der Region Tradition hatte. Doch der Direktor seiner Schule setzte sich für den intelligenten Jungen ein: Er durfte das Gymnasium besuchen und sich zum Lehrer ausbilden lassen. Nachdem er diese Ausbildung 1943 beendet hatte, schloss er sich dem belgischen Widerstand an. Er übte vornehmlich Spionagetätigkeiten aus, da ihm Gewalt zuwider war. Als deutsche Polizisten ihn am 19. Juli 1944 auf dem Weg zur Messe kontrollierten, fanden sie in seiner Brieftasche einen Zettel voller Notizen, die mit seiner Spionage zusammenhingen. Er wurde festgenommen und im Gefängnis von Gent inhaftiert. Doch da die Alliierten kurz zuvor in der Normandie gelandet waren, räumten die deutschen Besatzer im Sommer 1944 die belgischen Gefängnisse. Im Zuge dessen wurde auch Albert van Hoeji im August ins Konzentrationslager Buchenwald verschleppt. Zwei Wochen nach seiner Ankunft teilte die SS ihn dem ersten Transport in das neu gegründete Außenlager Blankenburg-Oesig zu. 369 der insgesamt 500 Häftlinge auf diesem Transport waren Belgier.¹

In Blankenburg-Oesig angekommen fanden die Häftlinge lediglich ein umzäuntes Gelände mit rund fünfzig Gruppenzelten vor. Nur die SS-Baracke war als einziges Gebäude bereits fertiggestellt. Ein Arbeitskommando, dem die SS auch Albert van Hoeji zuteilte, musste das Lager nun erst einmal aufbauen. Diese harte Arbeit fand bei Wind und Wetter draußen statt. Die ersten Steinbaracken mussten die Häftlinge im Oktober beziehen – obwohl diesen noch Türen und Fenster fehlten. In der kalten, zugigen Baracke holte sich Albert van Hoeji, dessen Kleidung von der Arbeit unter freiem Himmel stets nass war, eine Lungenentzündung. Zwei bis drei Tage lang lag er im Krankenrevier in einem natürlichen Koma. Nach seiner Entlassung aus dem Krankenrevier beschafften ihm befreundete Mithäftlinge Arbeit in der Zementbaracke. Dadurch war er zwar der Witterung nicht mehr ausgesetzt, aber dafür machte ihm der Zementstaub zu schaffen. Zum Warmhalten wickelte er sich leere Zementsäcke um den Oberkörper.



Albert van Hoey am 67. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Mittelbau-Dora, 2012

Am 6. April 1945 räumte die SS das Außenlager Blankenburg-Oesig und trieb die Häftlinge auf einen Todesmarsch. Albert van Hoeji musste miterleben, wie die SS einen befreundeten Mithäftling erschoss, weil dieser nicht mehr mithalten konnte. Nach einigen Tagen Marsch erreichte der Treck Magdeburg, welches die Häftlinge frühmorgens durchqueren mussten. Hinter Magdeburg wurden sie auf einen Elbkahn verladen, der sie, eng zusammengepfertcht, nach Lübeck brachte. Von dort führte der Todesmarsch zum schleswig-holsteinischen Gut Glasau, wo man das Kriegsende abwartete: die SS im Herrenhaus, die Häftlinge eingesperrt in einer Scheune.

Am 30. April 1945 traf das schwedische Rote Kreuz auf dem Gut ein und befreite die westeuropäischen Häftlinge. Der Vizevorsitzende des schwedischen Roten Kreuzes und Neffe des Königs, Graf Folke Bernadotte, hatte bei der NS-Führung die Erlaubnis erwirkt, KZ-Häftlinge in den letzten Kriegswochen nach Schweden evakuieren zu dürfen. Die zurückgebliebenen osteuropäischen Häftlinge trieb die SS noch am selben Tag nach Neustadt an der Ostsee, wo sie sie auf Schiffe verfrachtete, auf denen sich bereits Tausende Häftlinge des KZ Neuengamme befanden. Eines davon, die „Cap Arcona“, sank nach einem Luftangriff der Briten, die es für einen deutschen Truppentransport gehalten hatten. Die Zahl der Todesopfer war hoch.²

Albert van Hoeji hingegen brachte das schwedische Rote Kreuz ins südschwedische Trelleborg. Dort fiel er in ein fünfwöchiges Koma, da er an Bauchtyphus litt. Entgegen aller Erwartungen überlebte er. Trotzdem konnte er nicht zeitgleich mit den anderen ehemaligen Häftlingen nach Belgien zurückkehren. Dazu war er erst im August 1945 gesundheitlich in der Lage. Am 11. August brachte ihn ein Angehöriger des schwedischen Militärs nach Kopenhagen, wo sich jedoch herausstellte, dass im Flugzeug nach Brüssel kein Platz mehr frei war. Ein Priester, der keine Familie hatte, überließ Albert van Hoeji indessen den seinen. Sein Heimatort Stekene empfing Albert van Hoeji freudig. Der Priester bot ihm umgehend eine Stelle in der örtlichen Schule an, die er aufgrund seiner Schwächung allerdings erst im März 1946 antreten konnte. Später stieg er zum Schuldirektor auf. 1948 heiratete Albert van Hoeji seine Frau Ester. Aus der Ehe gingen fünf Kinder, siebzehn Enkelkinder und einige Urenkel hervor.³ Albert van Hoeji verstarb am 25. Januar 2019 – zwei Tage vor seinem 95. Geburtstag. Seit den 1990ern hatte er alljährlich an den Jahrestagen der Befreiung in der KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora teilgenommen. Bis zuletzt hatte er sich als Vorsitzender im

Beirat der ehemaligen Häftlinge des KZ Mittelbau-Dora und im belgischen Überlebendenverband engagiert.⁴ Blankenburg besuchte Albert van Hoeji nach seiner Befreiung das erste Mal in den 1980er-Jahren. Damals nahmen drei Blankenburger – Pfarrer Georg Kaiser, Museumsdirektor Hans Bauerfeind und Klaus Breitkopf – Kontakt zu den belgischen Überlebenden des Außenlagers Blankenburg-Oesig auf und sprachen eine Einladung aus.⁵ 1991 besuchte Albert van Hoeji mit 28 Familienmitgliedern wieder Blankenburg.⁶ Gerade zwischen der Familie van Hoeji und der Familie Breitkopf entstand über die Jahre eine gute Freundschaft. Es war daher Edith Breitkopf, die eine Botschaft der Familie van Hoeji verlas, als die Albert-van-Hoeji-Straße am 14. Dezember 2021 in Blankenburg feierlich eingeweiht wurde. Ihr Sohn Markus Breitkopf übertrug die Einweihung per Smartphone nach Belgien, sodass die Familie van Hoeji diesen besonderen Anlass trotz der Pandemie mitverfolgen konnte.

Dass die Straße in einem neu erschlossenen Industriegebiet überhaupt nach Albert van Hoeji benannt werden würde, wurde Anfang letzten Jahres beschlossen. Ursprünglich war Ende 2020 der Name „An den Klosterwerken“ vorgeschlagen worden. Doch „Klosterwerke“ war der Tarnname des NS-Regimes für eine Rüstungsfabrik des Krupp-Konzerns, die in einen Stollen bei Blankenburg-Oesig verlagert werden sollte. Dieses Vorhaben war der Grund für die Gründung des KZ-Außenlagers.⁷ Da sie die Nutzung eines Täterbegriffs im Straßennamen als unpassend empfanden, brachten der Direktor der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora, Prof. Dr. Jens-Christian Wagner, und der Wernigeröder Journalist Ulrich Baxmann unabhängig voneinander den Namen des bekanntesten Überlebenden des Außenlagers, Albert van Hoeji, als Alternative auf die Tagesordnung. Der Blankenburger Stadtrat nahm diese Empfehlung an. Zeitgleich mit der Einweihung der Albert-van-Hoeji-Straße wurden zwei Informationstafeln enthüllt, die von der KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora erarbeitet worden waren. Diese informieren zum einen über das Untertageverlagerungsprojekt „Klosterwerke“, zum anderen über das Außenlager Blankenburg-Oesig und Albert van Hoeji. Die Einweihung der Albert-van-Hoeji-Straße und der Informationsstelen sind erfreuliche Schritte in Richtung des Ziels, das sich die Stadt Blankenburg gesetzt hat: den Ausbau einer lebendigen städtischen Erinnerungskultur.

Anmerkungen

- 1 Baranowski, Frank: Rüstungsproduktion in der Mitte Deutschlands 1929 – 1945, Bad Langensalza 2017, S. 479 – 480.
- 2 Ebenda, S. 484.
- 3 Interview von Michael Löffelsender mit Albert van Hoeji, 13.04.2005, Sammlung KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora.
- 4 <https://www.buchenwald.de/de/47/date/2019/01/31/trauer-um-albert-van-hoeij/> [Stand vom 09.03.2022].
- 5 Müller, Jens: Albert-van-Hoeji-Straße eingeweiht, in: Harzer Volksstimme, 15.12.2021, S. 15.
- 6 Interview von Michael Löffelsender mit Albert van Hoeji (wie Anm. 3).
- 7 Baranowski, Frank: Rüstungsproduktion (wie Anm. 1), S. 477.

Aus der Arbeit der Stiftung



Nach dem Ende der Zeitzeugenschaft. Zum Tod von Albert van Dijk, dem letzten namentlich bekannten Überlebenden der Todesmärsche in die Altmark vom April 1945

Andreas Froese

Seit mehr als zwei Jahrzehnten gehört der Abschied von lieb gewonnenen Zeitzeuginnen und Zeitzeugen aus vielen Ländern, die die nationalsozialistischen Verbrechen selbst erlebt und oft nur mit viel Glück und Zufall überlebt hatten, zum traurigen Alltag der Arbeit in Gedenkstätten. Dass angesichts ihres hohen Alters die Gelegenheiten für direkte Begegnungen und Gespräche mit ihnen zunehmend fehlen, ihre persönlichen Besuche und ihre Lebenszeichen per Post oder Telefon immer seltener werden, ist eine zutiefst bedrückende Tatsache, an die wir uns in den vergangenen Jahren leider gewöhnen mussten.

Umso wichtiger und wertvoller sind überlieferte Quellen, in denen uns diese Menschen als Zeitzeuginnen und Zeitzeugen berichten: Niedergeschriebene Erinnerungsberichte, medial dokumentierte Interviews, angefertigte Zeichnungen und vieles mehr. In der Summe lässt sich rückblickend feststellen, dass das Wissen um nationalsozialistische Verbrechen aus der Perspektive derjenigen, die aus ihrer persönlichen Erinnerung über sie berichten konnten, umfangreich dokumentiert und an die nächsten Generationen weitergegeben wurde.¹ Das zeigt sich nicht zuletzt auch in Gedenkstätten an historischen Tatorten, zu deren historischen Sammlungen und Ausstellungen auch autobiografische Zeitzeugnisse gehören.

Und dennoch: Es trifft die Mitarbeitenden in Gedenkstätten jedes Mal aufs Neue, wenn sie eine plötzliche Todesnachricht erhalten. Wenn ihnen klar wird, dass es kein Wiedersehen gibt. Wenn erneut ein beeindruckender Mensch mit einer individuellen Lebensgeschichte von uns gegangen ist. Vor kurzem mussten wir uns leider von Albert van Dijk verabschieden, dem letzten namentlich bekannten Überlebenden der Todesmärsche in die Altmark vom April 1945. Am 9. Oktober 2021 ist er im Alter von 97 Jahren in seiner niederländischen Heimatstadt Kampen verstorben.



Albert van Dijk bei einem Besuch zum Jahrestag der Befreiung des KZ-Komplexes Mittelbau in Nordhausen/
Thüringen



Dort wurde er am 5. Juli 1924 geboren und verbrachte auch seine Kindheit und Jugend. Nach seiner Schulzeit entschied er sich für eine kaufmännische Ausbildung an einer Handelsschule. Doch nach dem Überfall der deutschen Wehrmacht auf die Niederlande veränderte sich sein Leben schlagartig. Er beteiligte sich an Krawallen und Ausschreitungen gegen die deutschen Besatzungstruppen in seiner Heimat. Im November 1942 wurde er deshalb verhaftet und zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt. Nachdem er sich unerlaubt von seiner ihm zugewiesenen Arbeitsstelle in Allendorf bei Marburg entfernt hatte und deshalb erneut verhaftet wurde, folgte im Januar 1943 die Deportation ins Konzentrationslager Buchenwald. Nach einem ersten Jahr KZ-Haft wurde er Anfang 1944 in das damalige Buchenwalder Außenlager Dora in Nordhausen überstellt.² Vier Monate lang musste er dort durchgehend in einem unterirdischen Stollen leben und arbeiten. Er wurde dem Schreibkommando zugeteilt, das die Kranken und Toten in der Stollenanlage im Kohnstein suchen und registrieren musste. Die vielen Tausend, die die schwere körperliche Zwangsarbeit beim Stollenbau unter Tage und die mörderische Gewalt im KZ-Alltag bereits entkräftet hatte und die durch sie ermordet wurden. Im Sommer 1944 wurde Albert van Dijk einem anderen Lager in der Südharzregion zugeteilt: dem Außenlager Nüxei des späteren KZ-Komplexes Mittelbau. Für die SS-Baubrigade III musste er dort erneut schwere körperliche Zwangsarbeit leisten. Dieses Mal für den Trassen- und Schienenbau einer Eisenbahnlinie, der sogenannten Helmetalbahn.³

Seine Rettung nahte im April 1945, als US-amerikanische Truppen in die Harzregion vorrückten. Doch das Wachpersonal von SS und Wehrmacht verhinderten eine Befreiung der KZ-Häftlinge. Als sie das Hauptlager Mittelbau und seine Außenlager Anfang April 1945 kurz vor dem Eintreffen der alliierten Truppen räumten, trieben sie auch Albert van Dijk zusammen mit zahlreichen anderen Häftlingen auf mörderische Todesmärsche. Zunächst zu Fuß über den Harz in Richtung Norden, ab Wernigerode dann weiter per Bahn, eingesperrt in den Viehwaggons eines Transportzuges. Es handelte sich um den Zug, der einige Tage später bei Letzlingen nach einem alliierten Luftangriff auf die Lokomotive ungeplant zum Stehen kam. Wieder waren die US-amerikanischen Truppen nahe – und damit für Albert van Dijk auch eine neue Chance auf Befreiung und Sicherheit. Als die Wachleute von SS und Wehrmacht sich vom Zug entfernten, um sich im nahen Wald vor dem Beschuss aus der Luft zu verstecken, entstand für Albert

van Dijk plötzlich eine Möglichkeit zur Flucht. Er nutzte sie und entkam zunächst ebenfalls in den Wald. Doch von seinem dortigen Versteck aus musste er mitansehen, wie nun einheimische Mitglieder von Volkssturm und Hitlerjugend mit einer bewaffneten und brutalen Hetzjagd auf entflohene KZ-Häftlinge begannen. Entsetzt von dieser ihn plötzlich umgebenden Gewalt seitens der lokalen Bevölkerung entschied er sich für eine Rückkehr zum verlassenen Zug, um sich dort erneut den Wachleuten von SS und Wehrmacht zu ergeben. Das erschien ihm sicherer, da er deren Verhaltensweisen bereits aus seiner jahrelangen KZ-Haft kannte und besser einschätzen konnte.

Von Letzlingen aus trieben SS-, Wehrmachts- und Volkssturmmangehörige die KZ-Häftlinge in mehreren Gruppen zu Fuß in verschiedene Richtungen weiter. Albert van Dijk geriet dabei in eine Gruppe zusammen mit anderen KZ-Häftlingen, die in Richtung Osten über die Elbe hinweg marschieren musste. Dank dieses Zufalls entging er den Todesmärschen nach Gardelegen, der Remonteschule und danach dem Massaker in der Isenschnibber Feldscheune. Unterwegs glückte ihm sogar noch ein weiterer Fluchtversuch, nach dem ihn eine sowjetische Zwangsarbeiterin unter eigener Lebensgefahr auf einem Bauernhof versteckte. Sowjetische Truppen, die aus Richtung Osten vorrückten, befreiten ihn dort schließlich: Erst nach ihrem Eintreffen war er – wie die zahlreichen anderen aus vielen Ländern nach Deutschland deportierten Menschen – wirklich in Sicherheit.

Nach seiner Befreiung kehrte Albert van Dijk in seine niederländische Heimatstadt Kampen zurück. Dort heiratete er 1946 und arbeitete bis zu seiner Pensionierung im Verwaltungsdienst. Die Ehe mit seiner Frau wuchs zu einer großen Familie, aus der insgesamt sechs Söhne, 14 Enkel und mehrere Urenkel hervorgingen. Doch Albert van Dijk blieb nicht nur mehrfacher Vater, Großvater und Urgroßvater, sondern engagierte sich zeitlebens als aktiver Zeitzeuge. Er verfasste Erinnerungsberichte über seine KZ-Haft, erzählte als Überlebender in Interviews gegenüber Medien und Gedenkstätten, redete vor Schulklassen und mit Erwachsenenengruppen. Der Dialog mit den nächsten Generationen war ihm ein Herzensanliegen. Immer wieder reiste er nach Deutschland, ins Land der Täterinnen und Täter, um dort Menschen zu besuchen, Gespräche zu beginnen und an Gedenkveranstaltungen teilzunehmen. Seinen charmanten Humor und seine Lebensfreude hatte er bis zuletzt behalten. Auch das neue Dokumentationszentrum der Gedenkstätte Gardelegen, das sich ausführlich dem Thema der na-



tionalsozialistischen Todesmarsch- und Endphaseverbrechen widmet, hätte er sehr gerne noch besucht. Für ihn wäre es wohl eine bewegende Rückkehr in die Altmark gewesen. Denn es war ihm stets wichtig zu betonen, dass er als deportierter Häftling nicht im KZ-Komplex Mittelbau befreit wurde, sondern erst auf den darauffolgenden Transport- und Todesmarschwegen. Doch der Einladung von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier ins neu errichtete Gebäude der Gedenkstätte zum persönlichen Gesprächsaustausch im September 2020 konnte er aus gesundheitlichen Gründen leider nicht mehr nachkommen. Und seit Oktober 2021 haben wir nun die traurige Gewissheit, dass es leider keine Begegnung mit ihm in Gardelegen geben wird.

Dennoch bewahren wir Albert van Dijk vor Ort in der Gedenkstätte ein ehrendes Andenken. Seine Berichte und Zeitzeugnisse sind in der neuen Dauerausstellung „Gardelegen 1945. Das Massaker und seine Nachwirkungen“ zu sehen. Besucherinnen und Besucher können ihm dort auf diese Weise weiterhin begegnen, ihm zuhören, ihn in den Monitoren der Medienstationen sehen. Ebenso dauerhaft und unvergessen bleiben Erinnerungen an die letzten persönlichen Begegnungen mit ihm: Ein stiller Rückblick in Trauer, aber auch mit großer Dankbarkeit, diesem eindrucksvollen Menschen persönlich kennengelernt zu haben.

Anmerkungen

- 1 Grundlegend zu diesem Aspekt sind die Sammelbände von Sabrow, Martin / Frei, Norbert (Hrsg.): Die Geburt des Zeitzeugen nach 1945, Göttingen 2012; Dreier, Werner / Pingel, Falk (Hrsg.): Nationalsozialismus und Holocaust. Materialien, Zeitzeugen und Orte der Erinnerung in der schulischen Bildung, Innsbruck/Wien 2021.
- 2 Erinnerungsbericht von Albert van Dijk, ohne Datum, P 1, Bd. 172, Dokumentationsstelle der KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora.
- 3 Vladi, Firouz / van Dijk, Albert u.a.: Der Bau der Helmetalbahn. Ein Bericht von der Eisenbahngeschichte, den KZ-Häftlingslagern und der Zwangsarbeit im Südharz in den Jahren 1944 - 1945 sowie den Evakuierungsmärschen im April 1945, hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft Spurensuche in der Südharzregion, 2. Auflage, Duderstadt 2020.



Kennzeichnung der Grabanlage mit Fähnchen, welche die Namen einzelner Opfer öffentlich machen. Den Österreicher Johann Azmann hatte ein Gericht der Wehrmacht wegen Fahnenflucht 1944 im „Roten Ochsen“ hinrichten lassen.

„Tagebuch der Gefühle“

Veranstaltung anlässlich des Tages des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2022 in Halle (Saale)

Andreas Dose

Am 27. Januar 2022 haben Jugendliche aus sieben verschiedenen Bildungseinrichtungen der Stadt Halle (Saale) auf dem Gertraudenfriedhof mehr als 200 ausländischen Opfern des Zweiten Weltkrieges, die dort in einem besonderen Grabfeld bestattet sind, ihren Namen und ihre Würde wieder gegeben. Die Jugendlichen arbeiten gemeinsam seit über zehn Jahren in dem Projekt „Tagebuch der Gefühle“. Sie recherchieren und forschen in ihrer Freizeit, um ihren Altersgenossen die Verbrechen des Nationalsozialismus auf eine jugendgerechte, in ihrer Sprache verständlichen Weise näher zu bringen. Sie waren und sind der Meinung, dass dafür der normale Unterricht in der Schule nicht ausreicht. In den letzten zehn Jahren haben die Jugendlichen ein



großes Netzwerk aufgebaut. Ihre Kontakte reichen bis in die Vereinigten Staaten von Amerika. Das Arbeitsfeld der jungen Leute sind vor allem die Gedenkstätten in unserem Land. Insbesondere die Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale) spielt hierbei eine zentrale Rolle. Seit Jahren verfolgen die Jugendlichen die Spuren der Opfer des Nationalsozialismus aus ihrer Heimatstadt Halle. Aber nicht nur die Spuren der Opfer, sondern auch die Spuren der Täter spielen in den „Tagebüchern der Gefühle“ eine Rolle.

Innerhalb ihres Netzwerkes arbeiten die jungen Leute auch mit dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. Sachsen-Anhalt (Volksbund) zusammen, um Erfahrungen zu sammeln und Spuren aufzunehmen. Am 29. September 2021 organisierte Phillip Schinschke, Mitarbeiter des Volksbundes in Sachsen-Anhalt, eine Führung über den Gertraudenfriedhof, um über die Kriegsgräber, zu denen auch Gräber von Opfern des Nationalsozialismus gehören, zu sprechen. Anlässlich dieser Führung besuchten die Jugendlichen auch das Grabfeld der „Vereinten Nationen“. Dabei erfuhren sie unter anderem, dass hier Menschen aus über 18 Nationen, welche überwiegend in den Zwangsarbeiterlagern rund um Halle ums Leben kamen, begraben liegen. Außer den um dieses Massengrab platzierten Gedenkplatten mit den Bezeichnungen der Herkunftsländer fanden sie keine weiteren Hinweise auf die Opfer, nicht einmal ihre Namen. Aber sie hörten im Rahmen der Führung, dass die mehr als 200 Namen der Opfer in den Unterlagen des Friedhofes verzeichnet sind. Gemeinsam mit dem Volksbund beschlossen die Jugendlichen, eine Aktion zu planen, mit der die Opfer ihre Namen zurückbekommen sollten. Nach einigen Diskussionen beschlossen die Jugendlichen, über die Friedhofsverwaltung zunächst die Namen und Schicksale der Opfer ausfindig zu machen. Hierbei erfuhren sie, dass viele der Opfer in den Zwangsarbeiter-Lagern von Ammendorf, Trotha, Schkopau und Mötzlich umgekommen waren. Dies alles sind Lager, von denen sie schon oft gehört haben, über die sie schon seit Jahren recherchieren und in ihren Tagebüchern schreiben. In unzähligen Lesungen für ihre Altersgenossen berichteten sie über diese Lager und ihre Opfer.

In der Zeit von September bis Oktober 2021 verfestigte sich der Gedanke, dieses Grabfeld am 27. Januar 2022, dem Tag der Befreiung von Auschwitz, mit „Friedensbändern“ zu bestücken. Es sollten genau 200 „Friedensbänder“ entstehen, jedes einzelne mit einem Namen. So trafen sich die Jugendlichen am 27. November 2021



Gedenkveranstaltung am 27. Januar 2022 an der Grabanlage der Vereinten Nationen, einem Sammelgrab mit den Urnen von mehr als 200 ausländischen Opfern des Nationalsozialismus

zu einem Projekt-Arbeitstag in der „Stiftung Bildung und Handwerk (SBH)-Südost GmbH“, aus welcher eine große Zahl der Projektteilnehmer stammt. An diesem Tag sprachen die Jugendlichen über die Schicksale der Opfer und waren entsetzt, dass einige der Opfer genauso jung oder noch jünger waren, als sie selbst es jetzt sind. Sie schrieben auf einzelnen Stoffbändern die Namen der Opfer und gedachten dabei ihrer Schicksale. An fünf weiteren Projekttagen fertigten sie Metallstäbe für die Befestigung der „Friedensbänder“ an.

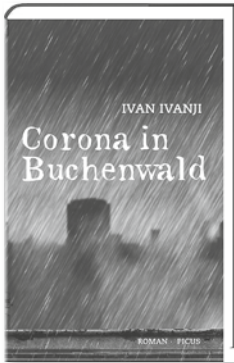
Am Morgen des 27. Januar 2022 begannen die Jugendlichen, die „Friedensbänder“ symmetrisch auf dem Grabfeld aufzustellen. Die gesamte Gedenkveranstaltung wurde von der Projektgruppe organisiert. Die Jugendlichen trugen mit ihren Gedichten und Liedern maßgeblich zum Gelingen dieser außerordentlich beeindruckenden Veranstaltung bei, zu der sie gemeinsam mit der Stadt Halle (Saale), der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt und dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. Sachsen-Anhalt eingeladen hatten. Die Grußworte des Bürgermeisters der Stadt Halle, Egbert Geier, des Landesvorsitzenden des Volksbundes, Dieter Steinecke sowie des



Leiters der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale), Michael Viebig, bekundeten einhelligen Respekt und große Dankbarkeit für das aktuelle Projekt des Tagebuches und das nachhaltige Ergebnis. Viele Gedichte, Filme, Comics und vieles mehr findet man auf der Homepage, auf YouTube sowie der Instagram-Seite der Projektgruppe „Tagebuch der Gefühle“.

Aktuell verfolgen die Jugendlichen die Spur eines Täters aus Halle. Sein Name lautet Horst Schumann. Unter anderem war er einer der wichtigsten Akteure der „Euthanasie“, des Vernichtungsprogramms der Nationalsozialisten gegen körperlich und geistig beeinträchtigte Menschen und organisierte als einer der Lagerärzte von Auschwitz anschließend Sterilisationen von hunderten Häftlingen. Sechzehn Jugendliche der Projektgruppe recherchierten kürzlich vor Ort in den Archiven von Auschwitz und kamen mit einem Berg von Materialien zurück. Die Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale) und die Gedenkstätte für Opfer der NS-„Euthanasie“ Bernburg unterstützen auch die Projektarbeit aktiv.

Rezension



Ivan Ivanji¹: Corona in Buchenwald, Picus Verlag 2021

Rezensiert von Angela Kolb-Janssen

Welche Ironie des Schicksals: Zwölf Buchenwaldianer (so nennen sich die Überlebenden des Konzentrationslagers Buchenwald Mittelbau Dora), werden quasi über Nacht ihrer Bewegungsfreiheit beraubt. Franco Miculetti, weil er mit einer Corona-Erkrankung ins Krankenhaus muss und die übrigen elf, die wegen der Ansteckungsgefahr unter Quarantäne gestellt werden und ihre Hotelzimmer nicht mehr verlassen dürfen. Dabei hatten sie sich entschlossen, trotz der Absage der Festveranstaltung anlässlich des 75. Jahrestages der Befreiung des Konzentrationslagers Buchenwald, nach Weimar zu kommen. Die meisten der über Neunzigjährigen gingen davon aus, dass es die letzte Möglichkeit sein könnte, um sich noch einmal zu treffen und in der Gedenkstätte der toten Kameraden zu gedenken. Nun entsteht eine Situation, die für alle Beteiligten auch emotional schwierig zu bewältigen ist. Die Gastgeber werden zu „Überwachungspersonal“ und die ehemaligen Häftlinge stellen unwillkürlich Vergleiche mit der Lage vor fünfundsiebzig Jahren an. „Das sollte man nicht tun, wirklich nicht, das ist sinnlos, aber wie kann man gegen spontane Einfälle kämpfen?“ Die Unterkunft ist bequem und bietet alle Annehmlichkeiten einschließlich der Kommunikation über eine Videokonferenzschaltung, so dass die Ehemaligen und ihre Begleiter*innen ihr Schicksal annehmen und feststellen: „Erst einmal wird es sich hier aushalten lassen.“ – aber wie kann man die Zeit nutzen, fragt sich Sascha, alter ego des Autors, der damit die Dramaturgie des weiteren Geschehens bestimmt. Mit mehr als 90 Jahren ist er der Meinung, man muss haushalten mit der Zeit, sparsam, oder besser in der unerwarteten Situation sinnvoll mit ihr umgehen. Das bringt ihn auf eine Idee. Inspiriert von Boccaccios „Decamerone“ schlägt er seinen Kameraden vor, dass an jedem Tag einer den anderen eine Geschichte erzählt. Vorgaben gibt es keine, jeder darf sein Thema selbst wählen. Die Geschichten sind so unterschiedlich und einzigartig wie die Überlebenden, die aus allen Teilen der Welt angereist sind und mit ihren Geschichten Einblicke in ihre Lebenswege, Geschichten vom Überleben und vor allem Geschichten über Menschlichkeit eröffnen. Damit werden die Leser*innen

überrascht und auf eine spannende Reise mitgenommen. Anders als man bei Ivan Ivanji und den Themen seiner Bücher vermutet, geht es den Ehemaligen nicht um die Schrecken der Konzentrationslager, die Folter und den täglichen Kampf ums Überleben, sondern um Erlebnisse und Begebenheit, die einen anderen Blick gewähren und den Leser*innen erlauben zu verstehen, wie Überleben unter diesen unmenschlichen Bedingungen möglich war. So unterschiedlich wie die Protagonisten, die von Teilnehmern zu aktiven Gestaltern der Zeit in der Hotelquarantäne werden, so unterschiedlich sind ihre Erzählungen, die in dieser Rezension weder alle dargestellt werden können noch soll verraten werden, was die Leser*innen erwartet. Im Folgenden deshalb nur ein paar Beispiele, um die Spannbreite zu zeigen und sie neugierig zu machen:

Während der französische Diplomat Philippe Pharoux unmittelbar an Boccaccio anknüpft und eine Geschichte aus dem „Decamerone“ nacherzählt, gewährt der Berufsoffizier Oberst Igor Michailowitsch Iwatschew Einblick in sein Leben und in den russischen Geheimdienst. Seine Einschätzung der Geschichte der russischen Politik ist heute allerdings überholt und man möchte den Autor fragen, ob er immer noch glaubt, dass Putin der Richtige war... Die Tatsache, dass er durch die aus Igors Sicht „lebensnahe Schule der Dienste“ gegangen ist, erweist sich heute als Katastrophe – nicht nur für Russland, sondern für Europa und den Rest der Welt. Auf der anderen Seite macht er aber auch deutlich, dass es selbst zu Sowjetzeiten nicht die viel beschworene Einheit der Völker der Sowjetunion gab. Als Georgier erlebt Igor schon in seiner Kindheit, dass es „häufiger ein Nachteil“ war, in Georgien Russe zu sein. Die Schilderungen über das Leben in Georgien vor dem Krieg machen deutlich, was zerstört worden ist und welche Verluste die Menschen bis heute verkraften müssen. Igor bringt seine widersprüchlichen Gefühle wie folgt auf den Punkt: „Ich weiß heute vom Hitler-Stalin-Pakt, von den Verbrechen von Katyn. Und so weiter. Das ist der Verstand. In meinem Herzen jedoch lebt meine Jugendzeit in Tiflis und deshalb auch die Sowjetunion. Wir haben Hirn, aber auch Herz. So viel Psychologie habe ich als Offizier gelernt.“ Seine Schilderung über die Befreiung des Außenkommandos Langenstein-Zwieberge zeigt eine surreal anmutende Situation. Nach dem Befehl zur Räumung des Lagers glauben die im Lager zurückgelassenen Häftlinge in der Frühlingsluft den Duft der Freiheit zu spüren, wissen aber nicht, was sie tun sollen. Droht ihnen der Tod,

werden sie weiter als Arbeitskräfte ausgebeutet oder lässt man sie einfach sterben? Als sie feststellen, dass die SS weg ist, fallen sie in einen Freudentaumel, beschließen die Nacht still durchzuhalten und verlassen am nächsten Morgen hungrig das Lager. Der benachbarte Bauernhof wurde verlassen, die Hühner und Kaninchen sind die erste richtige Mahlzeit seit Jahren und sie nehmen die restlichen Kaninchen mit zurück ins Lager. An dieser Stelle knüpft die Geschichte nahtlos an den Bericht von Sascha an, der ebenfalls die Befreiung im KZ Langenstein-Zwieberge erlebt hat. Bei der Ankunft in Weimar kann er sich zunächst nicht an Igor erinnern, aber dass er ihm das Kaninchen ins Lager gebracht hat, hat er nicht vergessen. Dennoch erzählt er eine ganz andere Geschichte. Die von seinem Kameraden Hans Günther, der Adler genannt wird, weil er im Tunnel auf der Schreibmaschine hämmert und Gedichte schreibt. Während er anfangs nur seiner dichterischen Inspiration folgt, wird er bald zum „Auftragsdichter“ der auf Bestellung für SS-Leute, Kapos und Scharführer schreibt. Loblieder für deren Freundinnen. Der Lohn waren Brot, Margarine und Wurst. Dichten fürs Überleben. Anerkennung erfährt der Dichter, als seine gesammelten Gedichte nach seinem Tod veröffentlicht werden. Er hat aber verboten, dass auch seine „Auftragsgedichte“ veröffentlicht werden. An einen anderen großen ungarischen Dichter, der umgebracht worden ist, erinnert der ungarische Reporter Barna. Zwischen Mitte Mai und Anfang Juli 1944 waren über vierhundertdreißigtausend ungarische Juden Richtung Auschwitz abtransportiert worden. Sechstausend von ihnen sollten in den Kupferbergwerken in Bor (Serbien) arbeiten. Als im Herbst 1944 Partisanen näher rücken, werden sie auf einen Todesmarsch nach Norden geschickt. Beim ungarischen Dorf Abda, kurz vor der österreichischen Grenze sind die letzten zweiundzwanzig erschossen worden, unter ihnen der große Dichter Miklós Radnóti. Barna überlebt trotz oder wie er meint – wegen – seiner schweren Krankheit in Bor. Auch 75 Jahre später sind die schrecklichen Erinnerungen so lebendig, dass er nicht weitersprechen kann, in Tränen ausbricht und schnell das Podium verlässt, ohne auf seinen Applaus zu warten. So geht es nicht nur ihm. Anders hat Jorgos Vargas seine KZ-Haft in Erinnerung. Er hat um sein Leben im Lager geboxt. Was wahrscheinlich viele nicht wissen ist, dass die SS in Auschwitz Boxwettbewerbe veranstaltet hat „nicht um den Häftlingen frohe Leibesübungen zu gönnen, sondern zur eigenen ... Ergötzung.“ Ungeachtet dieser Perversion kommt er zu dem Schluss, dass ihn das Boxen gerettet hat und er eine für Lagerverhältnisse gute Zeit hatte.

Da sich die anderen Gäste nicht mit dem Virus angesteckt haben, wird ihnen am 11. April doch noch der eigentlich abgesagte Besuch der Gedenkstätte ermöglicht. Sogar Miculetti wird aus dem Krankenhaus gebracht. Die Leser*innen können sich wahrscheinlich nicht vorstellen, was es für die Überlebenden bedeutet, durch das Tor mit der Inschrift „Jedem das Seine“ hindurchzugehen. Erinnerungen werden wach, seltsame Träume scheinen Wirklichkeit zu werden und selbst der Himmel verdunkelt sich in diesem Moment. Der „Aschenmensch“, von dem Sascha geschrieben hat, der auch als Wolke verkleidet sein Unwesen treiben kann? Er erinnert in seiner kurzen Ansprache an den Schwur, den die überlebenden Häftlinge im Stammlager Buchenwald am 19. April 1945 geleistet haben: „Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Lösung. Der Aufbau des Friedens ist unser Ziel.“ Die Frage, haben wir diesen Schwur eingehalten beantwortet er mit „Nein“ und erinnert an die Rede des Bundespräsidenten Steinmeier, der in Jerusalem auf den sich ausbreitenden Hass und die Hetze hingewiesen hat. „Damit hat der Bundespräsident Steinmeier bestätigt, dass weder die Vernichtung des Nazismus noch der Aufbau des Friedens gelungen ist – ich füge hinzu, des Friedens auf der ganzen Welt.“ Dabei konnte Ivan Ivanji als er diesen Satz schrieb, nicht wissen, dass ein Krieg in der Ukraine bevorsteht, der die europäische Friedenordnung ins Wanken bringt. Dennoch kann man „Corona in Buchenwald“ nicht auf diese negative Einschätzung reduzieren. Für mich ist es ein Buch, das Mut macht, ein Buch über die Kraft von Menschen, die in unmenschlichen Situationen Unglaubliches leisten und über sich selbst hinauswachsen und nicht zuletzt ein Buch, das uns deutlich macht, dass die Befreiung der Konzentrationslager für die Überlebenden nicht automatisch Freiheit bedeutet hat. Bezeichnend hierfür ist die letzte Geschichte, die von Franco Miculetti, der, nachdem er von Corona genesen ist, doch noch seine Geschichte erzählen kann. Die Geschichte, die für ihn auch nach dem Krieg zunächst Flucht bedeutet. Er geht nach Rom, arbeitet dort in einem großen Labor und bekommt dann Besuch von der sizilianischen Cosa Nostra, der er glaubte entkommen zu sein. Als er nach seiner überstürzten Flucht in New York ankommt, überkommen ihn erneut Angst und Verzweiflung: „Wohin war ich geflohen? Die Mafia war doch in New York stärker als in Corleone ...“ Aber die Zufälle im Leben, von denen in diesem wunderbaren Buch so oft die Rede ist, bringen ihn an den Ort, an dem er sein Glück findet, ein Indianerreservat in der Nähe von Phoenix, Arizona, wo er seine Frau und die Erfüllung seines Lebens findet, indem er anderen Menschen helfen kann.

Als Leser*in wünscht man sich noch mehr dieser eindrucksvollen Geschichten fühlt sich aber auch daran erinnert, dass es unsere Pflicht ist, die Zukunft zu gestalten, so zu gestalten, dass die Buchenwaldianer bei einem nächsten Treffen vielleicht doch noch feststellen, dass sie ihren Schwur eingehalten haben. Lasst uns für den Frieden eintreten! Diese Verpflichtung ist mit Hoffnung verbunden, einer Hoffnung auf ein friedliches Zusammenleben der Völker, die wir uns von keinem Tyrannen und keinem Terroristen nehmen lassen dürfen.

Anmerkung

1 Ivan Ivanji kam als Sohn eines säkularisierten Arztpaares in der Stadt Zrenjanin im multiethnischen und multireligiösen Banat zur Welt. Nachdem im jugoslawischen Teil des Banats 1941 eine deutsche Zivilregierung installiert wurde, floh er zu seinem Onkel nach Novi Sad. Aus der Wohnung des Onkels wurde er als 15-Jähriger Ende April 1944 verhaftet und kam über die Lager Subotica in Serbien und Baja in Ungarn Ende Mai 1944 nach Auschwitz. Von dort wurde er über Buchenwald und die Außenkommandos Magdeburg und Niederorschel im Februar 1945 dem Außenlager Langenstein-Zwieberge überstellt. Er zählte als Fachkraft für die Herstellung von Flugzeugteilen, da er in Niederorschel in einem Junkerswerk gearbeitet hatte, und wurde demzufolge im sogenannten Junkerslager untergebracht. Da die Produktion noch nicht angelaufen war, erfolgte sein Einsatz beim Stollenvortrieb.

Ivan Ivanji überlebte die Lager und kehrte im September 1945 nach Jugoslawien zurück, besuchte von 1945 bis 1948 die Technische Oberschule in Novi Sad und arbeitete anschließend als Lehrer an der Technischen Oberschule in Belgrad. Er veröffentlichte Gedichte, wurde Sekretär des jugoslawischen Schriftstellerverbandes und Redakteur der Jugendzeitung „Omladina“. 1956 gründete er mit anderen die Wochenzeitung „Mladost“ und wurde deren Redakteur. Ab den 1950er Jahren dolmetschte Ivan Ivanji für die jugoslawische Regierung und deren Präsidenten Josip Broz Tito. Von 1969 bis 1974 war er stellvertretender Generalintendant des Belgrader Nationaltheaters, von 1974 bis 1978 Botschaftsrat für Kultur und Presse an der Jugoslawischen Botschaft in Bonn. 1975 nahm er als Dolmetscher an der KSZE-Gründungskonferenz in Helsinki teil und war von 1978 bis 1981 als Berater im Belgrader Außenministerium tätig.

Ivan Ivanjis umfangreiches literarisches Werk umfasst Romane, Erzählungen, Dramen und Aufsätze. Er übersetzte zahlreiche bekannte deutsche Autoren ins Serbische. Ivan Ivanji lebt heute als Literat und Übersetzer in Belgrad.

Anhang

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

Jannes Bergmann ist Redakteur beim Portal Militärgeschichte. | **Dr. Nicolas Bertrand** ist Leiter der Gedenkstätte für Opfer des KZ Langenstein-Zwieberge. | **Dr. Franziska Davies** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung für Geschichte Ost- und Südosteuropas am Historischen Seminar der Ludwig-Maximilians-Universität München. | **Andreas Dose** ist Werkstattpädagoge bei der Stiftung Bildung & Handwerk-Südost GmbH und Projektleiter des „Tagebuchs der Gefühle“. | **Andreas Froese** ist Leiter der Gedenkstätte Feldscheune Isenschneibbe Gardelegen. | **Dr. Paul Fröhlich** ist Redakteur beim Portal Militärgeschichte. | **Dr. Anke Giesen** ist Vorstandsmitglied von MEMORIAL International und MEMORIAL Deutschland e.V. | **Dr. Luisa Hulsrøj** ist wissenschaftliche Volontärin in der KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora. | **Prof. Dr. Angela Kolb-Janssen** ist Professorin im Fachbereich Verwaltungswissenschaften der Hochschule Harz. | **Dr. Kai Langer** ist Direktor der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt. | **Dr. Etienne Schinkel** ist Studienrat für die Fächer Geschichte und Französisch am Winkelmann-Gymnasium Stendal. | **Dr. Berthold Seewald** ist leitender Redakteur Kulturgeschichte und Archäologie, WELTgeschichte. | Wolodymyr Selenskyj ist Präsident der Ukraine. | **Prof. Dr. Therkel Stræde** ist Professor für Zeitgeschichte an der Universität Süddänemark in Odense. | **Magnus Vattrodt** ist Drehbuchautor.

Fotonachweis

Titelbild: Susann Eilers

S. 3 / 8 / 13 / 19: Kai Langer | S. 25: Deutscher Bundestag | S. 30: Memorial | S. 38 / 43 / 46: Constantin Television/ ZDF/ Julia Terjung | S. 53 / 57: Cornelsen | S. 67 / 68 / 69 / 71: Stadtarchiv Odense | S. 75: Therkel Stræde | S. 80: KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora | S. 87 : Alvin Gilens, KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora | S. 91 / 93: Thomas Ziegler, Sammlung Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale) | S. 96: Picus Verlag

Impressum

Herausgeberin: Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt | Umfassungsstraße 76 | 39124 Magdeburg
Tel. 0391 244 55-930 | Fax -998 | Mail: info-geschaeftsstelle@erinnern.org

Redaktion: Kai Langer (v.i.S.d.P.), Nicolas Bertrand, Matthias Ohms

Gestaltung | Druck: laut wie leise, Halle | Halberstädter Druckhaus GmbH

ISSN-Nr.: 2194-2307

Spendenkonto: IBAN: DE74 8100 0000 0081 0015 16 | BIC: MARKDEF1810

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Herausgeberin dar. Für die inhaltlichen Aussagen sowie für die Veröffentlichungsrechte der verwendeten Fotos tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

Die Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt wird gefördert durch das Land Sachsen-Anhalt.



SACHSEN-ANHALT

#moderndenken

HELFEN SIE MIT IHRER SPENDE ÜBERLEBENDEN DER NS-VERFOLGUNG IN DER UKRAINE

SPENDENKONTO

bei der Berliner Volksbank

Empfänger: Kontakte-Kontakty

IBAN: DE59 1009 0000 2888 9620 02

BIC: BEVODE33

Hilfsnetzwerk für
Überlebende der
NS-Verfolgung
in der Ukraine

